72. Jahrgang, 37–38/2022, 12. September 2022

bpb:

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Ungleichheit

*Stefan Gosepath*
GLEICHHEIT ALS NORMATIVES PRINZIP

*Dagmar Schulze Heuling*
GLEICHHEIT – EIN MISSVERSTÄNDNIS

*Simone M. Schneider*
ILLUSION DER GLEICHHEIT. ÜBER DIE PERZEPTION SOZIALER UNGLEICHHEIT

*Staffan I. Lindberg · Martin Lundstedt*
UNGLEICHHEIT, DEMOKRATIE UND AUTOKRATISIERUNG

*Theresa Neef · Lucas Chancel*
WIE UNGLEICH IST DIE WELT? ERGEBNISSE DES WORLD INEQUALITY REPORT

*Christoph Butterwegge*
UNGLEICHHEIT IN DER KLASSENGESELLSCHAFT

APuZ
ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG
Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Der APuZ-Podcast
bpb.de/apuz-podcast

# Ungleichheit
## APuZ 37–38/2022


STEFAN GOSEPATH
GLEICHHEIT ALS NORMATIVES PRINZIP
Soziale Ungleichheit steht häufig im Mittelpunkt gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen. Dabei ist, normativ betrachtet, gar nicht von vornherein klar, welche Formen der Ungleichheit moralisch schlecht und welche zu rechtfertigen sind.
Seite 04–10

DAGMAR SCHULZE HEULING
GLEICHHEIT – EIN MISSVERSTÄNDNIS
Viele Diskussionen über Vor- und Nachteile von (Un-)Gleichheit gehen am Problem vorbei. Weder Gleichheit noch Ungleichheit besitzen einen intrinsischen Wert. Statt sich an relativen Maßen abzuarbeiten, wäre es sinnvoller, sich auf absolute Ziele zu konzentrieren.
Seite 11–16

SIMONE M. SCHNEIDER
ILLUSION DER GLEICHHEIT.
ÜBER DIE PERZEPTION SOZIALER UNGLEICHHEIT
Die empirische Analyse von Perzeptionen sozialer Ungleichheiten zeigt, wie schwer es uns fällt, Verteilungsergebnisse und -prozesse angemessen einzuschätzen oder uns selbst korrekt in Verteilungsmustern zu verorten. Das hat auch Folgen für die Demokratie.
Seite 17–22

STAFFAN I. LINDBERG · MARTIN LUNDSTEDT
UNGLEICHHEIT, DEMOKRATIE UND AUTOKRATISIERUNG
Es ist ein Trugschluss, dass Demokratien generell ein niedrigeres Niveau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit aufweisen als Autokratien. Wenn aus sozialer Ungleichheit Unzufriedenheit mit der Demokratie wird, dann ist ihre Stabilität in Gefahr.
Seite 23–28

THERESA NEEF · LUCAS CHANCEL
WIE UNGLEICH IST DIE WELT?
ERGEBNISSE DES WORLD INEQUALITY REPORT
Einkommen und Vermögen sind nicht nur innerhalb von Ländern, sondern auch zwischen ihnen höchst ungleich verteilt, wie der World Inequality Report zeigt. Abhilfe schaffen könnten Mindeststeuern, ein globales Vermögensregister und eine globale Vermögenssteuer.
Seite 29–39

CHRISTOPH BUTTERWEGGE
UNGLEICHHEIT IN DER KLASSENGESELLSCHAFT
Sozioökonomische Ungleichheit lässt sich nur unter Rückgriff auf die analytische Schlüsselkategorie der Klasse verstehen. Die „Klassengesellschaft“ steht insofern nicht vor ihrer Rückkehr, sondern sie war nie weg. Daran ändern auch neuere Theorien nichts.
Seite 40–46

# EDITORIAL

Dass Menschen nicht gleich sind, ist weder eine neue noch eine überraschende Erkenntnis. Sie unterscheiden sich in ihren Vorlieben und Abneigungen, ihren Bedürfnissen und Lebenszielen, ihren Hoffnungen und Enttäuschungen, auch in ihren Fähigkeiten und Schwächen. In einer grundlegenden Hinsicht sind Menschen jedoch zweifellos gleich: Sie alle haben einen moralischen Anspruch darauf, als Gleiche behandelt zu werden – mit gleichen Rechten, gleicher Achtung, gleicher Würde und gleichen Chancen auf die Verwirklichung selbstgewählter Ziele. Das ist der menschenrechtliche Anspruch der Moderne: Niemand soll wegen nicht selbst gewählter Unterschiede ungleich behandelt werden.

Allerdings klaffen Anspruch und Wirklichkeit mitunter weit auseinander, wie sich vor allem im Bereich der sozioökonomischen Ungleichheit zeigt. Während in Deutschland auf vergleichsweise hohem Wohlstandsniveau über den Umfang der Armut, ihre Bekämpfung und die Unterschiede zwischen relativen und absoluten Armutsquoten gestritten wird, verdeutlichen die Zahlen des World Inequality Report, wie ungleich es in weiten Teilen der Welt tatsächlich zugeht: Global betrachtet verfügen die „oberen zehn Prozent“ über mehr als die Hälfte der Nationaleinkommen und mehr als 75 Prozent der Vermögen. Die gesamte untere Hälfte der Weltbevölkerung erzielt hingegen nur 8 Prozent der Einkommen – und besitzt praktisch nichts.

Diese extremen Ungleichheiten finden sich in Europa so nicht. Doch auch hier sind die sozioökonomischen Unterschiede so groß, dass man sich Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie machen muss. Dabei wird es den meisten schwerfallen, das tatsächliche Ausmaß gesellschaftlicher Ungleichheit oder die eigene Position in der Einkommens- und Vermögenspyramide richtig einzuschätzen. Jenseits der Expertengremien fehlt es an empirischem Wissen über das Ausmaß, die Ursachen und die Folgen von Ungleichheit. Nur wer über dieses Wissen verfügt, kann ungerechtfertigte Ungleichheiten erfolgreich bekämpfen – in der Zivilgesellschaft, im Parlament oder an der Wahlurne.

*Sascha Kneip*

# GLEICHHEIT ALS NORMATIVES PRINZIP

*Stefan Gosepath*

Glaubt man den einschlägigen empirischen Indikatoren, dann herrscht in Deutschland eine zunehmende soziale und finanzielle Ungleichheit. Diese betrifft zum einen die ungleiche Verteilung von Vermögen[01] und Einkommen[02] zwischen Personen und Haushalten, wobei die weltweite wirtschaftliche Ungleichheit noch weitaus gravierender erscheint.[03] Monetäre Ungleichheit manifestiert sich allerdings nicht nur in einer finanziellen Streuung von Armut bis Reichtum, sondern umfasst als Folgewirkung zum anderen oft auch eine soziale Stratifikation der Gesellschaft in soziale Lagen oder Klassen, verbunden mit mangelnden Aufstiegschancen, fehlender Chancengleichheit und geringer sozialer Mobilität.[04] Soziale Ungleichheit umfasst daher neben finanzieller Ungleichheit auch die ungleiche Art des sozialen Umgangs der Gesellschaftsmitglieder untereinander. Bei dieser Art sozialer Ungleichheit, oft genauer „relationale Ungleichheit" genannt, wird den anderen Gesellschaftsmitgliedern nicht der gleiche soziale Status zuerkannt; sie werden im sozialen Umgang nicht als Gleiche anerkannt.

So weit die empirisch feststellbare Lage. Warum ist das normativ betrachtet ein Problem? Intuitiv mögen viele diese Ungleichheiten als schlecht empfinden, andere hingegen nicht, was die immer wieder aufkommenden gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen über diese Thematik erklärt. Nicht beantwortet ist damit aber die normative Frage, ob finanzielle und soziale Ungleichheit denn tatsächlich, moralisch betrachtet, schlecht sind oder nicht – und was genau an Ungleichheit schlecht ist. Wer (deskriptiv) empirische Ungleichheit beklagt, fordert (präskriptiv) mehr Gleichheit. Daher setzt eine Antwort auf die vorhergehenden Fragen einen präskriptiven Maßstab, eine Norm oder eine Regel, voraus: Unter welchen Bedingungen sind Forderungen, Menschen finanziell und sozial gleich(er) zu behandeln, sie also in gleicher Weise mit Gütern oder Einkommen oder Vermögen auszustatten und sozial als Gleiche anzuerkennen, Forderungen der Gerechtigkeit? Die folgenden Ausführungen wollen aus philosophischer Perspektive klären helfen, warum genau welche Art von Ungleichheit aus Gründen der Gerechtigkeit als moralisch schlecht angesehen und deshalb erfolgreicher als bisher bekämpft werden sollte.

## KEINE STRIKTE „EINFACHE" GLEICHHEIT

Um einen typischen – oft polemischen – Einwand gleich aus dem Weg zu räumen: Es geht nicht um Gleichmacherei. Natürlich sind nicht alle Menschen gleich, im Gegenteil, und natürlich sollen sie nicht alle gleich gemacht werden. Im Unterschied zu numerischer Identität setzt eine Forderung nach Gleichheit die Verschiedenheit des Verglichenen voraus. „Gleichheit" bedeutet Übereinstimmung einer Mehrzahl von Gegenständen, Personen oder Sachverhalten in einem bestimmten Merkmal, bei Verschiedenheit in anderen Merkmalen.[05] „Gleichheit" beziehungsweise „gleich" ist somit ein unvollständiges Prädikat und muss immer die Frage nach sich ziehen: gleich in welcher Hinsicht? Wer die Gleichbehandlung von Personen in einer Hinsicht fordert, unterstellt nicht, dass diese Personen in allen Hinsichten vergleichbar sind, sondern dass sie – trotz ansonsten bestehender Unterschiede – in dieser einen relevanten Hinsicht gleichbehandelt werden sollten. Um Personen gerecht zu werden, impliziert Gleichheit als Forderung der Moral immer auch eine Anerkennung der Besonderheit, der Individualität und damit der Verschiedenheit der Personen.

Strikte Gleichheit als Maximalposition, die allen Personen ein gleiches materielles Level an Gütern und Leistungen gewähren will, wird gemeinhin als unplausibel verworfen. Sie scheitert an Problemen, die auch allgemein gegen Gleich-

heit eingewandt werden und die jede plausible Gleichheitsauffassung lösen muss: *Erstens* müssen angemessene Indizes für die Messung der Gleichheit der zu verteilenden Güter angegeben werden. In welchen Begriffen oder Konzepten soll Gleichheit beziehungsweise Ungleichheit verstanden werden? Die Gleichheit materieller Güter beispielsweise kann zu ungleicher Zufriedenheit führen. Als üblicher, wenn auch bekanntermaßen unzulänglicher Index wird das Geld benutzt, wobei offensichtlich ist, dass zum Beispiel das Konzept der Chancengleichheit anders erfasst werden muss. *Zweitens* muss angeben werden, in welchem Zeitraum das angestrebte gleiche Verteilungsmuster realisiert sein muss. Strikte Gleichheit fordert Gleichheit innerhalb kürzerer Zeitabstände. Dies scheint jedoch die Verfügungsgewalt von Personen über ihren Anteil unzulässig einzuschränken. *Drittens* verzerrt Gleichheit ökonomische Leistungsanreize und führt zu einem Mangel an Effizienz, weil bei der Umverteilung durch administrative Kosten ein Schwund an Gütern auftritt.[06] Gleichheit und Effizienz müssen in ein ausgewogenes Verhältnis gesetzt werden. Oft wird, hauptsächlich von Ökonomen, diesbezüglich eine sogenannte Pareto-Optimalität verlangt. Ein Zustand ist Pareto-optimal oder Pareto-effizient, wenn es nicht möglich ist, in einen anderen sozialen Zustand überzugehen, der mindestens von einer Person als besser und von keiner als schlechter beurteilt wird. Diese Beurteilung ist jedoch immer relativ zu einem gegebenen Ausgangszustand, der ungleich und ungerecht sein kann. Deshalb mag es zur Herstellung von Gerechtigkeit nötig sein, Pareto-Optimalität zu verletzen. Zumindest darf Gleichheit in den Augen der Kritikerinnen und Kritiker nicht dazu führen, dass manche auf Güter verzichten müssen, wenn dadurch kein „Schlechtergestellter" bessergestellt wird. *Viertens* gibt es moralische Einwände: Strikte und mechanische Gleichbehandlung aller Beteiligten nimmt die Unterschiede zwischen den Individuen und ihren Situationen nicht ernst. Eine Kranke hat intuitiv andere Ansprüche als ein Gesunder; ihr das Gleiche zuzuteilen wäre falsch. Bei einfacher Gleichheit wird die Freiheit der Individuen unzulässig beschränkt und die je individuelle Besonderheit der Person nicht hinreichend berücksichtigt; insofern wird sie eben nicht „gleich" berücksichtigt. Moralisch besteht nicht nur ein Recht auf die Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse, sondern auch ein Recht auf die Früchte der eigenen Arbeit, darauf, dass die eigene Leistung, das Verdienst, auch zählt. *Fünftens* schließlich besteht die Gefahr, dass Gleichheit zu Gleichmacherei, Uniformität und Einebnung führt, statt Differenz und Pluralität zu respektieren.[07]

## POSTULATE DER GLEICHHEIT

Wenn schon Gleichheit, dann bedarf es also statt einfacher Gleichheit einer Konzeption komplexerer Gleichheit, der es durch die Unterscheidung von verschiedenen Güterklassen, Sphären und differenzierteren Kriterien gelingt, auf diese Problemlagen zu antworten.[08] Aber warum überhaupt Gleichheit? Weil bestimmte Formen der Gleichheit konstitutive Elemente der Gerechtig-

**01** Vgl. z. B. Thilo N. H. Albers/Charlotte Bartels/Moritz Schularick, The Distribution of Wealth in Germany 1895–2018, ECONtribute Policy Brief 1/2020; Carsten Schröder et al., Millionaires Under the Microscope: Data Gap on Top Wealth Holders Closed, Wealth Concentration Higher than Presumed, DIW Weekly Report 30–31/2020, S. 313–332.

**02** Vgl. z. B. die Länderdaten für Deutschland der World Inequality Database unter https://wid.world/country/germany; Markus M. Grabka, Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen, DIW Wochenbericht 23/2022, S. 329–337; Hans Böckler Stiftung, Auf einen Blick: Soziale Ungleichheit in Deutschland, www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20845.htm.

**03** Die globale Ungleichheit hat neue Extreme angenommen. Die reichsten 1 Prozent haben mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen. Vgl. Oxfam International, Time to Care: Unpaid and Underpaid Care Work and the Global Inequality Crisis, Oxford 2020, S. 20–27; Word Inequality Report 2022, https://wid.world/document/world-inequality-report-2022; Thomas Piketty, Capital in the Twenty-First Century, Cambridge, MA 2014; Florencia Torche, Analyses of Intergenerational Mobility: An Interdisciplinary Review, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 1/2015, S. 37–62.

**04** Die soziale Mobilität, also die Aufstiegschancen, sind in Deutschland extrem an die Herkunft geknüpft, was die allseits geforderte Chancengleichheit verletzt. Vgl. OECD, A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility, Paris 2018, S. 27.

**05** Vgl. zur Definition von Gleichheit und zur Form von Gleichheitsurteilen Stefan Gosepath, Gleichheit/Ungleichheit, in: Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.), Enzyklopädie der Philosophie, Hamburg 2010, Band 1, S. 919–924.

**06** Vgl. Arthur M. Okun, Equality and Efficiency: The Big Tradeoff, Washington 1975.

**07** Vgl. Michael Walzer, Sphären der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1992; Iris Marion Young, Justice and the Politics of Difference, Princeton 1990.

**08** Vgl. Walzer (Anm. 7).

keit sind. Diese für Gerechtigkeit notwendigen Formen der Gleichheit lassen sich mittels der folgenden fünf moralisch begründeten Postulate der Gleichheit explizieren.[09]

### Formale Gleichheit

Wenn zwei Personen in mindestens einer relevanten Hinsicht als gleich gelten, müssen sie in dieser Hinsicht auch gleichbehandelt werden; andernfalls wird eine ungerecht behandelt. Dies ist das allgemein akzeptierte formale Gleichheitsprinzip, das Aristoteles im Rückgriff auf Platon so formulierte: Gleiche(s) gleichbehandeln.[10] Damit sind wichtige – empirisch aber leider immer noch vorkommende – Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen prinzipiell ausgeschlossen, wie etwa die ungleiche Behandlung vor dem Gesetz. Strittig sind jedoch nach wie vor Fälle, in denen zum Beispiel Frauen für gleiche Arbeit weniger Lohn beziehen als Männer. Eine unterschiedliche Behandlung der Geschlechter ist gesetzlich in Deutschland zulässig, wenn der Grund der Ungleichbehandlung wegen der Art der auszuübenden Tätigkeit oder der Bedingungen ihrer Ausübung eine wesentliche und entscheidende berufliche Anforderung darstellt, sofern der Zweck rechtmäßig und die Anforderung angemessen ist.[11] Das formale Postulat der Gleichheit bleibt also solange leer, wie unklar ist, was hier „gleiche Fälle" und was „gleichbehandeln" meint. Alle Debatten über die richtige Auffassung von Gerechtigkeit, also darüber, wem was zukommt, können, wie schon Aristoteles bemerkte, als Kontroversen über die Frage aufgefasst werden, welche Fälle gleich und welche ungleich sind.[12]

### Proportionale Gleichheit

Oft scheint Gerechtigkeit eine Ungleichbehandlung von Menschen zu fordern. Alle anti-egalitären Theorien haben ihren Ursprung in der Überlegung, dass es keinen allgemeinen Anspruch auf Gleichheit unter allen Menschen und keinen gleichen Anspruch aller Menschen auf etwas geben könne. Deshalb hatten Platon und Aristoteles bereits die Forderung einer proportionalen Gerechtigkeit beziehungsweise Gleichheit erhoben, nach der ungleiche Ansprüche verhältnismäßig oder verhältnisgerecht zu berücksichtigen sind.[13] Wenn Faktoren für eine Ungleichverteilung sprechen, weil Personen in relevanten Hinsichten ungleich sind, ist diejenige Verteilung gerecht, die proportional zu diesen Faktoren ist. Ungleiche Verteilungsansprüche müssen proportional berücksichtigt werden; das ist die Voraussetzung dafür, dass die Personen gleich berücksichtigt werden.

Wenn sich Unterschiede (jenseits des gleichen Wertes aller Menschen, siehe nächsten Abschnitt) als behandlungs- oder verteilungsrelevant allgemein und reziprok rechtfertigen lassen, müssen die jeweiligen Menschen proportional gleichbehandelt werden. So sollten zum Beispiel Erwachsene und Kinder üblicherweise unterschiedliche Kalorienmengen bekommen, um ihren gleichen Anspruch auf Ernährung oder Sättigung zu befriedigen. Die angemessene Zuteilung von Kalorien ist ein Fall proportionaler Gleichheit: Erwachsene und Kinder werden hier mit Blick auf die Kalorien ergebnisungleich behandelt, da sie nicht die gleiche Menge an Kalorien erhalten. Bezüglich ihres Anspruchs auf Ernährung werden sie jedoch gleich berücksichtigt, also in dieser Hinsicht gleichbehandelt. Gleiche Berücksichtigung – oder in der Formulierung des Philosophen Ronald Dworkin: „als Gleiche behandelt zu werden" –[14] erfordert demnach nicht ergebnisgleiche, sondern proportional gleiche Behandlung.

### Moralische Gleichheit

Neben formaler und proportionaler Gleichheit ist für die Moderne die Forderung moralischer Gleichheit zentral. Alle Personen sollen trotz deskriptiver Unterschiede in bestimmten relevanten Hinsichten als moralisch gleich betrachtet und als Gleiche behandelt werden, sodass ihnen im Wesentlichen gleiche moralische Rechte und Pflichten zustehen und jeder und jede auf die-

**09** Das Folgende habe ich ausführlicher ausgeführt in Stefan Gosepath, Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines liberalen Egalitarismus, Frankfurt/M. 2004, Kap. II; ders., Equality, in: Edward N. Zalta (Hrsg.), The Stanford Encyclopedia of Philosophy, https://plato.stanford.edu/entries/equality; ders. (Anm. 5).

**10** Vgl. Aristoteles, Nikomachische Ethik, Zürich–München 1967, V.3. 1131a10-b15; ders., Politik, Zürich–München 1971, III.9.1280 a8-15, III. 12. 182b18-23.

**11** Vgl. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), §8 Abs. 1.

**12** Vgl. Aristoteles, Politik (Anm. 10), 1282b 22.

**13** Vgl. Platon, Nomos, in: ders., Sämtliche Werke, Bd. 6, Hamburg 1958, 757b-c; Aristoteles, Nikomachische Ethik (Anm. 10), 1130b-1132b.

**14** Vgl. Ronald Dworkin, Was ist Gleichheit?, Berlin 2011.

selbe Weise mit gleicher Achtung und Rücksicht behandelt wird. Jeder Person gebührt die gleiche Würde (Menschenwürde) und gleiche Achtung. Das bedeutet aber nicht notwendig, dass eine Person genau gleich wie eine andere zu behandeln ist.[15] Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte drückt es so aus: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren." Dieser Grundsatz beinhaltet mindestens dreierlei: erstens einen Anspruch auf gleiche Anerkennung und Sicherung der individuellen Autonomie. Kant hat dies mit der „Würdigkeit eines jeden vernünftigen Subjects, ein gesetzgebendes Glied im Reiche der Zwecke zu sein" auf den Begriff gebracht.[16] Er beinhaltet zweitens einen Anspruch auf gleiche Würde, auch wenn das substanziell wenig konkret ist. Drittens schließlich beinhaltet er ein Verbot primärer Diskriminierung. Darunter ist eine Ungleichbehandlung unter der Annahme gegebener Wertunterschiede zwischen Menschen zu verstehen, die angeblich unterschiedliche (oft proportionale) Ansprüche rechtfertigen.[17]

Dieses Prinzip der gleichen Würde und Achtung wird heute von allen Hauptströmungen der modernen westlichen Kultur als moralischer Minimalstandard akzeptiert.[18] Aber auch wenn sich in der Philosophie diese Einsicht durchgesetzt zu haben scheint, ist das in der alltäglichen Praxis keineswegs der Fall. Der Kampf gegen primäre Diskriminierungen aller Art ist und bleibt ein klassisch egalitäres Anliegen, das trotz allgemeiner philosophischer Akzeptanz nach wie vor nichts von seiner politischen Bedeutung verloren hat.[19] Denn weder werden alle Menschen tatsächlich weltweit gleich berücksichtigt, noch mangelt es an immer wiederkehrenden, meist ideologischen Versuchen einer Verteidigung inegalitaristischen Gedankenguts, denen es von egalitaristischer Seite entgegenzutreten gilt. Primäre Diskriminierungen und ihre Folgen sind fundamental ungerecht und oft schlimmer zu ertragen als zum Beispiel ökonomische Ungleichheiten, die nicht auf primären Diskriminierungen beruhen. Im Laufe der Zeit ist – meist durch politische Bewegungen und Anerkennungskämpfe, erinnert sei nur an die jüngeren Bewegungen für die Gleichstellung der Geschlechter, von Schwulen und Lesben oder der Körperbehinderten – unsere Sensibilität mühsam dafür geschärft worden, dass es über das schon Anerkannte hinaus weitere Dinge gibt, die als primäre Diskriminierung anzusehen sind. Es bedarf deshalb auch heute der steten Aufmerksamkeit, ob nicht unter dem Deckmantel einer vermeintlichen (kulturellen) Normalität weitere, sich letztlich als unbegründbar herausstellende Ausschlüsse und Normierungen vonstattengehen – sei es wegen Unterschieden im Geschlecht, der sozialen Herkunft, der Ethnie, der Sprache, der Kultur, der Religion oder aufgrund von sozialen Hierarchien –, die dafür sorgen, dass Menschen das Recht, als Gleiche behandelt zu werden, versagt wird. Nach dem Prinzip moralischer Gleichheit dürfen keine Unterschiede zwischen Menschen bezüglich ihrer Würde oder ihrem basalen Wert gemacht werden.

## Präsumtion der Gleichheit

Welche Art von Gleichheit oder Gleichbehandlung ist nun normativ gefordert, wenn wir uns wechselseitig als Personen betrachten? Eine Antwort auf diese Frage lässt sich durch das Verfahrensprinzip der „Präsumtion der Gleichheit" strukturieren.[20] Die Regel lautet: Allen Betroffenen sind ungeachtet ihrer deskriptiven Unterschiede strikt gleiche Anteile der zu verteilenden Güter zu geben – es sei denn, bestimmte (Typen von) Unterschiede(n) sind für die Verteilung relevant und rechtfertigen durch allgemein annehmbare Gründe erfolgreich eine ungleiche Verteilung. Die Präsumtion der Gleichheit stellt ein Prima-facie-Gleichverteilungsprinzip für alle politisch zur Verteilung anstehenden Güter dar. Sie spezifiziert, was es heißt, alle Personen als Gleiche und Freie zu behandeln, sofern es um die

**15** Vgl. ders., Bürgerrechte ernstgenommen, Frankfurt/M. 1977, S. 370.

**16** Immanuel Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, in: ders., Akademie-Ausgabe, Bd. IV, Berlin 1968 (1785), S. 439.

**17** Vgl. Ernst Tugendhat, Vorlesungen über Ethik, Frankfurt/M. 1993, S. 375–378.

**18** Vgl. Will Kymlicka, Politische Philosophie heute, Frankfurt/M. 1996.

**19** Dies betonen auch jene Kritikerinnen und Kritiker, die die weitreichenderen distributiven Prinzipien des modernen Egalitarismus ablehnen, weil dieser so seinem zentralen Anliegen nicht mehr entspreche. Vgl. z. B. Young (Anm. 7); Elizabeth S. Anderson, What Is the Point of Equality?, in: Ethics 2/1999, S. 287–337.

**20** Vgl. Stefan Gosepath, The Principles and the Presumption of Equality, in: Carina Fourie/Fabian Schuppert/Ivo Wallimann-Helmer (Hrsg.), Social Equality: On What It Means to Be Equals, Oxford 2015, S. 167–185.

Verteilung von Rechten und Pflichten sowie von Gütern und Lasten geht. Die Präsumtion gesteht der Gleichverteilung gewissermaßen einen argumentativ-formalen Vorrang zu: Ungleichverteilungen sind rechtfertigungsbedürftig, Gleichverteilungen dagegen nicht. Im Prinzip ist dies mit jeder Form von Ungleichheit zu vereinbaren, sofern diese sich begründen lässt. Gleichwohl bewirkt die formale Auszeichnung einen Vorrang der Gleichverteilung; durch die Beweislastverschiebung wird es erfahrungsgemäß viel schwerer, Ungleichheiten zu rechtfertigen.

Wie naheliegend dies ist, zeigt das häufig in diesem Zusammenhang erwähnte „Tortenbeispiel“:[21] Eine Mutter will einen Kuchen unter ihren Kindern verteilen. Angenommen, alle Kinder wollen ein möglichst großes Stück des Kuchens – wie soll die Mutter den Kuchen verteilen? Wenn keines der Kinder einen überzeugenden Grund dafür nennen kann, warum es ein größeres Stück bekommen soll als andere, muss der Kuchen in gleich große Stücke geteilt werden. Ein anderes in Diskussionen um Verteilungsgerechtigkeit ebenfalls oft benutztes Beispiel zeigt, was solche relevanten Gründe sein können: Die Besatzung eines Schiffes ist auf einer unbewohnten Insel gelandet und steht nun vor der Frage, wie sie die dortigen Ressourcen verteilen soll.[22] Relevante Gründe für eine Ungleichverteilung der Ressourcen könnten zum Beispiel sein: spezifische Bedürfnisse, erworbene Rechte, Verdienst oder größerer Nutzen.

Warum gilt die Präsumtion der Gleichheit? Jede Person muss alle Vorteile, vor allem Güter, die sich in ihrem Besitz befinden, aus reziproken und allgemeinen Gründen für sich reklamieren können.[23] Die gleiche Berücksichtigung aller subjektiven Rechtsansprüche zusammen mit diesem Rechtfertigungsprinzip erlegen uns einen Rechtfertigungszwang für alle im Prinzip veränderbaren Situationen auf. Die gleiche, angemessene Berücksichtigung aller subjektiven Rechtsansprüche verlangt, jedem das zu geben, was ihm zusteht. Das ist der Anspruch der Gerechtigkeit.[24] Eine unterschiedliche Güterzuteilung kann nur gerechtfertigt werden mit Bezug auf verteilungsrelevante Unterschiede der Personen. Nur diese können eine Ungleichbehandlung als jeder Person angemessen rechtfertigen. Eine Ungleichverteilung ohne solche rechtfertigenden Gründe wäre willkürlich. Gerechtigkeit verlangt hingegen den Ausschluss jeglicher moralischer Willkür. Wenn also keine verteilungsrelevanten Unterschiede bestehen – weil von vornherein niemand berechtigte Ansprüche auf bestimmte Güter stellen kann oder weil alle Ansprüche bereits erfüllt wurden –, müssen alle Personen dieselbe Güterzuweisung erhalten. So begründet sich die Präsumtion der Gleichheit.

Hält man sich die verschiedenen Formen finanzieller Ungleichheit vor Augen, wie wir sie gegenwärtig empirisch vorfinden, dann bestehen doch erhebliche Zweifel, ob sich diese nach den genannten Kriterien rechtfertigen lassen. Ohne die in der Diskussion vorgeschlagenen Gründe für eine Ungleichverteilung hier im Einzelnen diskutieren zu können,[25] lehnt man sich wohl mit der an anderer Stelle überprüften Hypothese nicht zu weit aus dem Fenster, dass in unserer Gesellschaft zu viele und zu große finanzielle Ungleichheiten herrschen, die sich nach den hier genannten Gleichheitsprinzipien nicht rechtfertigen lassen.

Schaut man sich insbesondere das immer wieder zur Rechtfertigung von ungleichen Einkommen vorgebrachte Argument der „Leistungsgerechtigkeit“ des Marktes an, erkennt man schnell, wie ungerecht dieser ist. Erstens belohnt der Markt nicht Leistung, sondern funktioniert nach Angebot und Nachfrage. Wer zuerst einen Impfstoff auf den Markt bringt, der macht enorme Profite, auch wenn er möglicherweise nicht mehr leistet als ein anderes Unternehmen, das einfach Pech bei der Entwicklung hatte. Zweitens ist das, was unter Leistung verstanden wird, häufig in der sozialen Herkunft, der natürlichen Ausstattung oder in angeborenen Talenten begründet. Wer aus einem bildungsbürgerlichen Haushalt kommt und deshalb besonders gut in der Schule ist, der leistet nicht mehr, sondern reproduziert das, was

**21** Vgl. Tugendhat (Anm. 17), S. 373 f.

**22** Vgl. Ronald Dworkin, Sovereign Virtue. The Theory and Practice of Equality, Cambridge, MA 2000; Bruce Ackerman, Social Justice in the Liberal State, New Haven 1980.

**23** Vgl. Rainer Forst, Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 2007.

**24** Vgl. Stefan Gosepath, „Gerechtigkeit“, in: ders./Wilfried Hinsch/Beate Rössler (Hrsg.), Handbuch für Politische Philosophie und Sozialphilosophie, Berlin–New York 2008, S. 394–401.

**25** Dazu ausführlich ders. (Anm. 9).

er von Zuhause mitbringt. Ebenso verhält es sich mit dem Basketballspieler, der 2,10 Meter groß ist und deshalb viele Körbe wirft. Niemand kann etwas für solche Zufälle, und deshalb dürfen diese auch kein Kriterium für eine Verteilung sein. Der Markt kann nicht für Gerechtigkeit sorgen.

Gleichwohl brauchen wir den Markt aus instrumentellen Gründen. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft sollten bestimmte Tätigkeiten von denjenigen mit den besten Fähigkeiten und Talenten ausgeübt werden. Wer möchte schon von einem inkompetenten Herzchirurgen operiert werden statt von dem besten, den es gibt? Diese Auswahl nach bestimmten Fähigkeiten gewährleistet der Markt. Aber daraus, dass jemand die fähigste Herzchirurgin ist, folgt eben noch nicht zwingend, dass sie mehr leistet als andere und dementsprechend mehr verdienen sollte. Wer heute de facto viel Geld verdient, verdient das häufig nicht in einem moralischen Sinne, denn er oder sie leistet moralisch gesehen nicht mehr als andere. Dies verlangt nach Umverteilung zugunsten der Schlechtergestellten; die Zufälle der Natur müssen kompensiert werden. Ein gerechtes Steuersystem müsste die negativen Folgen der Marktwirtschaft ausgleichen, und zwar vor allem durch eine höhere Einkommens- und Vermögenssteuer. Dann ist eine gerechte Verteilung auch für diejenigen möglich, die aufgrund von Zufällen nicht die Chance hatten, Herzchirurgin oder Spitzensportler zu werden. Auch bräuchte es eine deutlich wirkungsvollere Erbschaftssteuer, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Denn auch Erben ist ein historischer Zufall.

### Relationale Gleichheit

Finanzielle Ungleichheit führt oft zu einer sozialen Hierarchisierung der Gesellschaft, in der die finanziell Bessergestellten nicht mehr auf dem gleichen gesellschaftlichen Level agieren wie die finanziell Schlechtergestellten. Im schlimmsten Fall führt das zu einer sozialen Stratifikation der Gesellschaft, in der „die da Oben" und „die da Unten" kaum noch oder gar nicht mehr miteinander interagieren. Die Beseitigung bestimmter schädlicher sozialer Hierarchien, wie etwa Herrschafts-, Status- und Kastenhierarchien, stellt eine zentrale Forderung der Gerechtigkeit dar.[26] Relationale Gleichheit verlangt daher, Ungerechtigkeiten wie Marginalisierung (keinen Zugang zu nützlicher sozialer Teilhabe zu haben), Machtlosigkeit (nur Zugang zu sozialen Rollen zu haben, die die Autonomie übermäßig einschränken), Kulturimperialismus (Kulturen unsichtbar zu machen oder durch abwertende Stereotype zu repräsentieren) oder illegitime Herrschaft (Unterwerfung unter willkürliche Macht) zu vermeiden.[27] So kann es beispielsweise unsere Pflicht sein, systemischen Rassismus durch eine Umstrukturierung unserer Kultur und unserer Institutionen zu bekämpfen oder sogar die soziale Klasse zu beseitigen, indem wir die intergenerationale Weitergabe von wirtschaftlicher Ungleichheit und Bildungsvorteilen stark einschränken. Dazu müssen auch bestimmte soziale Bedingungen und persönliche Fähigkeiten herausgebildet werden, die es den Menschen ermöglichen, eine gleichberechtigte Stellung in der Gesellschaft einzunehmen. So benötigen Bürgerinnen und Bürger etwa angemessene Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Bildung und medizinische Versorgung. Obwohl relationale Gleichheit den Schwerpunkt auf gerechte soziale Beziehungen und nicht auf die Verteilung von Gütern an sich legt, liefert sie somit auch intrinsische und instrumentelle Gerechtigkeitsgründe, um sich um mehr Verteilungsgleichheit bei gesellschaftlich produzierten Gütern zu kümmern.[28]

## GLEICHHEIT IST ALS NORMATIVES PRINZIP UNVERZICHTBAR

Ist Gleichheit ein Wert an sich? Viele Egalitaristen sind heute bereit zuzugestehen, dass Gleichheit im Sinne von Gleichheit der Lebensumstände keinen starken Wert an sich hat, sondern ihre Bedeutung im Rahmen liberaler Gerechtigkeitskonzeptionen im Zuge der Verfolgung anderer Ideale erhält – wie Freiheit für alle, der vollen Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten und der Persönlichkeit, der Beseitigung von Leid, Dominanz und Stigmatisierung oder einem stabilen Zusammenhalt freiheitlich verfasster Gesellschaften. Dies öffnet die Tür für die kritische Nachfrage, ob nicht vielleicht ein anderer Gesichtspunkt als die Gleichheit der Lebensumstände (auch für

**26** Vgl. Anderson (Anm. 19); Fourie/Schuppert/Wallimann-Helmer (Anm. 20); Christian Schemmel, Justice and Egalitarian Relations, New York 2021.

**27** Vgl. Young (Anm. 7). Zur Nicht-Beherrschung vgl. Philip Pettit, Gerechte Freiheit, Berlin 2017.

**28** Vgl. Schemmel (Anm. 26).

Egalitaristen) das Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit ist.[29] Alternativen wären etwa die Sicherung eines hinreichend guten Auskommens für jeden und jede oder die vorrangige Verbesserung der Situation der Schlechtergestellten.[30]

Beides ist in der Tat dringlich, doch ist und bleibt Gleichheit ein wichtiger Wert. Denn auch wenn Gleichheit keinen intrinsischen Wert an sich darstellt, ist sie konstitutiv für (das Erreichen von) Gerechtigkeit.[31] Jede Bestimmung moralischer Ansprüche muss vergleichend vorgenommen werden,[32] geht es bei (distributiver) Gerechtigkeit doch gerade darum, welche Ansprüche auf welche Güter gegenüber wem mit welchen Gründen zu rechtfertigen sind. Gebote der Gerechtigkeit haben es stets mit der Frage nach dem „fairen Anteil" zu tun, der nur im Rechtfertigungsverfahren ermittelt werden kann. Dieses Rechtfertigungsverfahren muss für jedes zu verteilende Gut separat angewandt werden, sodass bei manchen Gütern (zum Beispiel Nahrung) weniger komparative, bei anderen (zum Beispiel Ansehen oder Missachtung) stärker sozial-relative Gründe zum Tragen kommen. Von einem Bekannten beispielsweise nicht gegrüßt zu werden, ist in unserer Gesellschaft eine Missachtung, die aber nur vor dem Hintergrund, dass andere Personen zum Zeichen der Höflichkeit gegrüßt werden, verständlich und berechtigt ist. Ein Missachtungsgefühl ist immer relativ zu den Anerkennungen, die andere Personen genießen.

Gerechtigkeit ist also schon insofern vergleichend, als es keine „absoluten" Argumente gibt, sondern nur solche, denen Freie und Gleiche im Prinzip zustimmen könnten. Um zu wissen, was dem jeweils individuellen Anderen geschuldet wird, muss eine in dem Sinn komparative beziehungsweise vergleichende Gerechtigkeitsperspektive eingenommen werden, dass die Handlung oder der Anspruch aus der unparteiischen Perspektive aller beurteilt wird. Zudem muss sichergestellt werden, dass gleiche Fälle auch gleich behandelt werden. Moralische Ansprüche auf Hilfe in Notlagen müssen darüber hinaus vergleichend zu den sonstigen gesellschaftlichen Verpflichtungen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen beurteilt werden können. Was wir einer einzelnen Person schulden, hängt wesentlich davon ab, was wir anderen Personen in vergleichbaren oder schlimmeren Lagen schulden und wie wir angesichts dieser Verpflichtungen unsere knappen Ressourcen – Geld, Güter, Zeit, Anstrengungen – moralisch einsetzen müssen. Menschen haben moralische Ansprüche auf Unterstützung nur in dem Maße, wie es nach allgemein gerechtfertigter Überzeugung den Umständen entsprechend angemessen und effizient ist, also relativ zur Menge der zur Verfügung stehenden Ressourcen und zu den möglichen Ansprüchen anderer darauf. Gleichheit ist als komparativer Maßstab für die Gerechtigkeit also unverzichtbar.

STEFAN GOSEPATH
ist Professor für Praktische Philosophie an der Freien Universität Berlin.
stefan.gosepath@fu-berlin.de

**29** Vgl. die Aufsätze in Angelika Krebs (Hrsg.), Gerechtigkeit oder Gleichheit, Frankfurt/M. 2000; Thomas Scanlon, Why Does Inequality Matter?, New York 2018.
**30** Vgl. für das Erste Harry Frankfurt, Equality as a Moral Ideal, in: Ethics 1/1987, S. 21–42, für das Zweite Derek Parfit, Equality and Priority, in: Ratio 3/1997, S. 202–221.
**31** Vgl. Gosepath, Gleiche Gerechtigkeit (Anm. 9), Kap. VI.
**32** Vgl. ders., Verteidigung egalitärer Gerechtigkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 2/2003, S. 275–297.

Gedanken, Anregungen, Kritik?

Schreiben Sie uns eine E-Mail:
apuz@bpb.de

Folgen Sie uns auf Twitter:
@apuz_bpb

ESSAY

# GLEICHHEIT – EIN MISSVERSTÄNDNIS

*Dagmar Schulze Heuling*

„Wie könnte es denn etwa kein Übel sein, daß dem Leben unzähliger Menschen von Geburt an im Verhältnis zum Leben anderer automatisch nur ein drastisch eingeschränktes Spektrum von Möglichkeiten zuteil wird?“[01] Diese Frage mag rhetorisch sein, sie ist aber keineswegs obsolet. Denn Beispiele für üble Zustände durch eingeschränkte Möglichkeiten gibt es leider viel zu viele. Frauen, die vielerorts weniger Rechte haben als Männer; Menschen, die wegen ihrer Hautfarbe, Religion oder Sexualität von Staaten, Gruppen oder Einzelnen schikaniert, verfolgt oder getötet werden; Kinder, die vernachlässigt oder wegen ihrer Herkunft als hoffnungslose Fälle abgestempelt werden. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

## WAS IST DAS PROBLEM?

Soziale Probleme, himmelschreiende Ungerechtigkeiten und grausame Schicksale zu bekämpfen, ist ein lohnendes Ziel. Um es erreichen zu können, ist es erforderlich, die Wurzel des Übels richtig zu erkennen. Medizinisch gesprochen: Zunächst muss die korrekte Diagnose gestellt werden. Erst auf ihrer Grundlage ist es möglich, eine wirksame Therapie einzuleiten. Andernfalls läuft man Gefahr, mit großem Aufwand lediglich Symptome zu lindern oder, im schlechtesten Fall, nutzlose oder gar schädliche Maßnahmen zu ergreifen.

Nicht anders verhält es sich auch im Hinblick auf gesellschaftliche, wirtschaftliche oder soziale Probleme. Um sie nachhaltig zu lösen, muss zunächst Klarheit über ihre Ursache bestehen. Das gilt für die oben genannten Beispiele ebenso wie für alle anderen Situationen.

Kaum jemand hält die eingangs skizzierten Verhältnisse für akzeptabel, verstoßen sie doch gegen normative Grundüberzeugungen, die hierzulande weit verbreitet sind. Eine Welt ohne Unterdrückung, ohne Verfolgung, Gewalt und Armut ist eine Idealvorstellung, die die meisten Menschen teilen. Abweichungen von diesem Ideal werden als Ungleichheit wahrgenommen.

Bei oberflächlicher Betrachtung folgt daraus ein einfacher Lösungsansatz: Es gilt, eine gleichere Gesellschaft zu formen – oder, etwas realistischer, zumindest das Ausmaß der Ungleichheit zu reduzieren. Intuitiv erscheint Gleichheit als Lösung für Probleme von Armut bis Entrechtung, von Missbrauch bis Mobbing. Doch diese Analyse ist falsch, der intuitive Schluss ist ein Trugschluss.

Das lässt sich mit einem einfachen Gedankenexperiment leicht nachvollziehen. Wäre tatsächlich Gleichheit das wichtigste Ziel, dann müsste die Welt ja in Ordnung sein, wenn fortan nicht nur einige, sondern alle Menschen verhungerten. So grausam diese Vorstellung ist, es lässt sich nicht bezweifeln, dass in einer solchen Situation vollkommene Gleichheit herrscht. Hautfarbe, Herkunft, Vermögen, Behinderung, Geschlecht – nichts spielt mehr eine Rolle. Doch trotz der perfekten Gleichheit empfinden wir diese Aussicht als schrecklich, als ein großes Übel, das es nach Kräften zu verhindern gilt. Offenbar stimmt also die einfache Formel, dass mehr Gleichheit zu einer besseren Welt führt, nicht.

Anderenfalls könnte man etwa Gleichberechtigung auch dadurch herstellen, dass die Selbstbestimmung von Männern *und* Frauen beschnitten wird und ein Familien- oder Wirtschaftsrat über Beruf, Aufenthaltsort und die zukünftige Ehepartnerin entscheidet.[02] Wäre wirklich Ungleichheit das Problem, so könnten uns Bildungshindernisse, Analphabetismus und Gewalt kalt lassen, solange nur alle Menschen von ihnen betroffen sind. Doch ganz offensichtlich sind solche Verhältnisse trotz der dann herrschenden extremen Gleichheit nicht erstrebenswert.

Wie viel besser wäre es, wenn wenigstens ein Teil der Menschheit genügend Nahrung hätte! Und sollten wir uns nicht über jedes einzelne Kind freuen, das Liebe und Unterstützung erfährt statt Missachtung und Gewalt? Allerdings

– wenn nun einige Menschen nicht mehr verhungern und eine zunehmende Zahl von Kindern in Verhältnissen aufwächst, die ihrer Entwicklung zumindest nicht abträglich sind, dann nimmt die Gleichheit ab und in demselben Maß die Ungleichheit zu.

Diese schematischen Beispiele verdeutlichen, dass der Reflex, Gleichheit als gut und Ungleichheit als schlecht zu bewerten, in die Irre führt. Doch auch das Nebeneinander von extremer Armut und extremem Reichtum ist verstörend. Sollte es etwa kein moralisches oder politisches Problem sein, wenn vor dem Zaun eine Obdachlose verhungert, während hinter dem Zaun Champagner und Kaviar im Überfluss vorhanden sind? Wie lassen sich diese widerstreitenden Befunde miteinander vereinbaren?

## VON ABSOLUTEN UND RELATIVEN MAßSTÄBEN

Der Vermutung, das Wesen der hier beispielhaft genannten Probleme bestünde in der Ungleichheit, liegt eine Verwechslung zugrunde. Konkret besteht der Fehler darin, relative und absolute Maßstäbe miteinander zu verwechseln.[03] Relative Maßstäbe betrachten, wie viel eine Person im Vergleich zu anderen hat. Absolute Maßstäbe betrachten, ob ein relevantes Bedürfnis erfüllt wurde.

Bezogen auf das Beispiel des Hungers bedeutet das, dass es ein Übel ist, wenn ein Mensch Hunger leiden muss oder sogar verhungert. Denn dann wird die anerkannte normative Forderung, dass jeder Mensch genug Nahrung haben soll, nicht erfüllt. Ob andere Menschen derweil genügend zu essen haben oder gar im Überfluss leben, ist für das Urteil, dass das Vorhandensein von Hunger trotz grundsätzlich verfügbarer Nahrung ein Übel ist, nicht relevant. Denn das Problem liegt im Vorhandensein des Hungers, nicht im Vorhandensein von Ungleichheit. Anders ausgedrückt: Es ist ein Übel, wenn ein Mensch verhungert, unabhängig davon, ob auf der anderen Seite des Zauns eine Party stattfindet oder ein Friedhof liegt. Es ist ein Übel, wenn ein Krankenpfleger einen Menschen tötet, auch wenn das zuvor schon hunderte Male vorgekommen ist.[04] Das Töten eines Menschen ist falsch, völlig unabhängig von den Schicksalen und Lebenswegen der Mitmenschen.

Wenn nun niemand verhungert oder getötet wird, herrscht in dieser Hinsicht Gleichheit. Diese Gleichheit ist aber nur ein zufälliger Nebeneffekt eines aus anderen (absoluten) Gründen guten Zustands. Sie ist nicht die Ursache dieses guten Zustands.[05] Weil Gleichheit lediglich ein relativer Maßstab ist, kann sie nichts über die Qualität eines Zustands aussagen. Das gilt auch für das bereits erwähnte Beispiel einer Welt, in der alle Menschen verhungern. Gleichheit ist ein zufälliges Artefakt, das nichts über die Qualität (oder den Horror) des Zustands aussagt.

Diese Überlegungen lassen sich auch auf Ungleichheit übertragen. Ob Verhältnisse gut sind oder schlecht, hängt nicht davon ab, ob sie gleich sind oder ungleich. Auch hier kommt es vielmehr darauf an, ob beziehungsweise in welchem Maße die für relevant erachteten Normen und Standards erfüllt werden. Gelingt es also in dem obigen Beispiel der verhungernden Menschen, dass nur noch einige wenige an Hunger sterben, so ist das fraglos eine drastische Verbesserung – obwohl nun erhebliche Ungleichheit herrscht. Noch besser wäre es selbstverständlich, wenn niemand mehr verhungern müsste. Erneut ist der Grund aber nicht die dann herrschende Gleichheit, sondern die Tatsache, dass ein absolutes Ziel – keine verhungernden Menschen mehr – erreicht wurde.

In diesem Sinne ist auch die eingangs zitierte Frage falsch gestellt. Dass es ein Übel ist, wenn die Möglichkeiten im Leben eines Menschen unnötig oder gar willkürlich eingeschränkt werden – durch vermeidbare Armut, durch Gewalt, durch Nichtachtung von Rechten –, liegt schlicht daran, dass solche Einschränkungen an sich ein Übel sind. Der Vergleich mit anderen Menschen ist dafür unerheblich, ja er führt sogar in die Irre.

**01** Thomas Nagel, Eine Abhandlung über Gleichheit und Parteilichkeit und andere Schriften zur Politischen Philosophie, hrsg. von Michael Gebauer, Paderborn 1994, S. 44.

**02** Geschlechtsspezifische Bezeichnungen werden in diesem Text unsystematisch benutzt. Sofern nur eine Form genannt wird, geschieht dies um der besseren Lesbarkeit willen und ist nicht als gedanklicher Ausschluss anderer Geschlechter zu verstehen.

**03** Vgl. z. B. Angelika Krebs, Arbeit und Liebe, Frankfurt/M. 2002.

**04** Vgl. Reinhard Bingener, Mordverdacht in 332 Fällen, 5. 6. 2019, www.faz.net/-16221163.html.

**05** Vgl. Angelika Krebs, Die neue Egalitarismuskritik im Überblick, in: dies. (Hrsg.), Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik, Frankfurt/M. 2000, S. 7–37, insb. S. 18.

Denn ob alle anderen Menschen, nur einige Menschen oder niemand sonst von diesem Übel ebenfalls betroffen sind, ist für die Bestimmung des Übels nicht von Belang.

Gleichwohl sind die hier als absolut bezeichneten Maßstäbe nicht zwangsläufig völlig unwandelbar und unabhängig von ihrem Kontext. Während sich uns der Sinngehalt von Begriffen wie „Liebe" oder „Treue" auch in jahrhundertealten Texten deshalb noch erschließt, weil hier kein nennenswerter Bedeutungswandel stattgefunden hat, ist dies im Hinblick auf Armut anders. Ein Mensch, der heute in Deutschland als arm gilt, wäre mit derselben materiellen Ausstattung vor 300 Jahren reich gewesen. Selbstredend ist das Bild etwas schief; so stiftet ein Smartphone als Netzwerkgut keinen Nutzen, wenn es ein Einzelstück ohne entsprechende Infrastruktur ist. Die Segnungen von Penicillin und Elektrizität, von Kanalisation und politischen Rechten lassen sich nicht eindimensional erfassen. Doch selbst wenn man sich auf Vergleichsaspekte wie Kleidung und Schuhe, Größe und Qualität der Wohnung, Arbeitsbelastung und Zugang zu Freizeit- und Kultureinrichtungen beschränkt, wird deutlich, dass Armut und Wohlstand nicht als zeit- und kontextunabhängig verstanden werden können. Aber auch abstrakte Konzepte wie das Verständnis bürgerlicher und politischer Rechte haben sich gewandelt.

## KEIN INTRINSISCHER WERT

Die Verwechslung von absoluten und relativen Maßstäben führt auch deshalb in die Irre, weil Gleichheit und Ungleichheit keinen eigenen Wert haben.[06] Sie beschreiben lediglich logische Relationen. Doch ob abstrakte Muster wie Gleichheit, Ungleichheit, Ähnlichkeit, Identität oder andere Relationen in normativer Hinsicht als gut oder schlecht beurteilt werden, das ist nicht in den Relationen angelegt, sondern lässt sich nur durch Hinzunahme anderer Maßstäbe oder Ziele klären.

Diese Argumentationsstrategie kommt dann zum Tragen, wenn auf die positiven Folgen von mehr Gleichheit oder Ungleichheit hingewiesen wird. Mehr Gleichheit wird etwa als Ausdruck des Respekts vor Menschen oder förderlich für „die Befolgung anderer sozial wünschenswerter Ziele"[07] betrachtet. Hier kommen zum Beispiel soziale Kohäsion oder eine Reduktion von Neid und daraus resultierender Unzufriedenheit in Betracht.[08] In nicht ganz sauberer Verkürzung wird dann gerne mit dem Glückspotenzial der Gleichheit getitelt,[09] während es vielmehr die Abwesenheit von negativen Gefühlen oder Leid sowie die Realisierung des Potenzials zuvor an ihrer Entfaltung gehinderter Menschen sind, die sich positiv auswirken.

Auch für die Ungleichheit werden konsequentialistische Argumente ins Feld geführt, und auch hier werden bisweilen Ursache und zufälliger Nebeneffekt verwechselt. So ist zum Beispiel eine freie Marktwirtschaft die Voraussetzung für Wohlstand. Aus der Perspektive einer reichen Industriegesellschaft ist dieser Hinweis oft als oberflächlich-materialistisch denunziert, Wirtschaftswachstum gar als schädlich dargestellt worden. In den vergangenen Monaten wurde uns die Bedeutung materiellen Wohlstands und sein unmittelbarer Zusammenhang mit der Erfüllung von Grundbedürfnissen bis hin zur Höhe der Lebenserwartung in aller Deutlichkeit vor Augen geführt.

Wegen einer Vielzahl von Faktoren von Geschick bis Glück ist eine Marktwirtschaft allerdings unter Umständen durch erhebliche Ungleichheiten geprägt.[10] Schließlich impliziert diese Wirtschaftsform nicht nur die Möglichkeit, zu großem Reichtum zu kommen, sondern zwangsläufig auch die Möglichkeit des wirtschaftlichen Scheiterns – aufgrund eigener Fehler, durch un-

**06** Vgl. Krebs (Anm. 3); Harry Frankfurt, On Inequality, Princeton 2015.

**07** Harry Frankfurt, Gleichheit und Achtung, in: Angelika Krebs (Anm. 5), S. 38–49, hier S. 38.

**08** Zugleich ist Neid ein Nähephänomen, das eher im Kontext von ähnlichen Lebensbedingungen zu gedeihen scheint. Der Neid auf Sportstars, Superreiche oder Mitglieder des europäischen Hochadels und ihre im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung größeren Möglichkeiten ist, wenn überhaupt vorhanden, keineswegs proportional zu dem Neid, den manche Menschen angesichts der vergleichsweise kleinen Vorteile empfinden, die Nachbarinnen, Geschwister oder Kolleginnen ihnen gegenüber (vermeintlich) genießen. Vgl. Helmut Schoeck, Der Neid. Die Urgeschichte des Bösen, München–Wien 1980 sowie David Potter, People of Plenty, Chicago 1954.

**09** Vgl. Robert Misik, Gleichheit macht glücklich, in: Die Tageszeitung (taz), 23. 10. 2010, S. 9; Elke Ziegler, Gleichheit macht glücklich, https://science.orf.at/v2/stories/2799938.

**10** Wie Friedrich August von Hayek schon 1944 in seinem Buch „Der Weg zur Knechtschaft" herausarbeitete, lässt sich Ungleichheit im Sozialismus ebenfalls nicht vermeiden, der daneben aber auch den Nachteil hat, nicht mit einer Demokratie vereinbar zu sein.

glückliche Umstände oder auch, weil die potenzielle Kundschaft sich lieber von Personen fernhält, die im jeweiligen Kontext als suspekt gelten.

Letztendlich führt die Struktur dieser Argumentation – unabhängig davon, ob einzelne Zusammenhänge empirisch zutreffend sind oder nicht – in die Irre. Denn wenn Gleichheit und Ungleichheit lediglich Nebeneffekte oder instrumentelle Vehikel sind, dann ist damit bereits ausgesagt, dass es eigentlich um etwas anderes geht. Grabenkämpfe entlang von Schlagworten können leicht dazu führen, dass – anstatt sich darüber zu streiten und zu verständigen, an welchen Werten wir uns orientieren wollen oder welche konkreten Ziele ins Auge gefasst werden sollen –, alles im Geschütznebel des Kampfes um die Umsetzungsmodalitäten verschwindet. Um das Bild aus der Medizin erneut aufzugreifen: keine Diagnose, kein Therapieziel, aber erbitterter Streit um die richtige Medikation.

## GLEICHBEHANDLUNG, ERGEBNISGLEICHHEIT, CHANCENGLEICHHEIT

Rational ist die Problematik der relativen und absoluten Maßstäbe nicht schwer zu verstehen. Weil weder Gleichheit noch Ungleichheit aus sich selbst heraus gut oder schlecht sind, hängt die Beurteilung einer Situation davon ab, ob es um etwas Gutes oder Schlechtes geht. Bei einem Unfall, einem Terroranschlag oder einer Hungerkatastrophe freuen wir uns über jeden Menschen, der unversehrt oder zumindest mit dem Leben davonkommt – auch und gerade dann, wenn andere verletzt wurden oder gestorben sind. Niemand würde bei einem Grubenunglück auch die Bergleute sterben lassen, die man problemlos hätte retten können – nur, um Gleichheit herzustellen.

Trotz dieser theoretischen Erkenntnis stoßen wir immer wieder auf Situationen, die wir empörend finden und intuitiv mit dem Gleichheits-Ungleichheits-Schema analysieren. Ein vieldiskutiertes Beispiel hierfür ist etwa, dass Kinder aus sozial schwächeren Familien vom deutschen Bildungssystem weniger profitieren als Kinder aus Familien, die über mehr materielle, emotionale und kulturelle Ressourcen verfügen. Lehrerinnen und Lehrer trauen ihnen weniger zu, vielleicht ist das einzige „Buch“, das sie besitzen, eine Fitnesszeitschrift, und an nachmittäglichen Musikunterricht ist nicht zu denken.

Der Versuch, diese Situation als ein Problem der Ungleichheit zu erklären und dementsprechend mehr Gleichheit als Therapie zu verordnen, ist bereits in seinen theoretischen Grundannahmen falsch. Ein Bildungssystem, das für alle Kinder gleichermaßen inadäquat ist, ist nicht besser als eines, das zumindest für einige von ihnen gut funktioniert. Nicht mehr Gleichheit, sondern mehr Qualität (genauer: die für jedes Kind individuell passende Lernumgebung) verbessern ein suboptimales Bildungssystem.

Will man den Gleichheitsansatz dennoch verfolgen, landet man unweigerlich in einer logischen Sackgasse. Denn der Forderung nach mehr Gleichheit lässt sich nicht entnehmen, worauf sie sich bezieht.[11] Gleichheit kann unter anderem sowohl Ergebnisgleichheit als auch Gleichbehandlung bedeuten. Weil nur in konstruierten Ausnahmefällen (alle Menschen werden ermordet) sowohl Ergebnisgleichheit als auch Gleichbehandlung gemeinsam verwirklicht werden können, bedeutet dies zwangsläufig, dass jede Angleichung in der einen Hinsicht zu größeren Unterschieden in der anderen führt.[12]

Konkret: Würde man, um die fehlende Unterstützung seitens des Elternhauses zu kompensieren, allen Kindern der Zielgruppe zusätzliche Bildungs-, Betreuungs- oder Fördermaßnahmen angedeihen lassen, um den gleichen Bildungserfolg beider Gruppen sicherzustellen, so impliziert das eine Ungleichbehandlung. Die zusätzlich betreuten und geförderten Kinder bekommen mehr als die anderen. Setzt man hingegen auf eine gleiche Behandlung, also Unterricht von vergleichbarem Umfang und Qualität, wird sich keine Ergebnisgleichheit einstellen, weil beide Gruppen unterschiedliche Voraussetzungen haben.

Wie man es auch dreht und wendet, aus dieser logischen Sackgasse gibt es keinen Ausweg. Mehr Gleichheit in der einen Hinsicht ist nur zum Preis von mehr Ungleichheit in der anderen zu haben. Zugleich liefert die Berufung auf Gleichheit keinen Hinweis darauf, welcher Aspekt zu bevorzugen ist. Auch in dieser Frage wird sich eine logisch konsistente und theoretisch überzeugende

**11** Zur Einführung in die umfangreiche Debatte siehe Gerald Cohen, On the Currency of Egalitarian Justice, in: Ethics 4/1989, S. 906–944. Für eine pointierte Kritik siehe Elizabeth S. Anderson, What Is the Point of Equality?, in: Ethics 2/1999, S. 287–337.
**12** Vgl. Dagmar Schulze Heuling, Was Gerechtigkeit nicht ist. Politisch-philosophische Überlegungen zu Grundgedanken der Gerechtigkeit, Baden-Baden 2015, S. 115.

Lösung daher an absoluten Maßstäben orientieren müssen.

Ein weiteres Beispiel, bei dem es schwerfällt, sich von der Vorstellung von Gleichheit als der „richtigen", gerechten, anzustrebenden Lösung zu verabschieden, ist Chancengleichheit. Doch die erwähnten Denkfehler liegen auch der Vorstellung von Chancen*gleichheit* zu Grunde. Statt sich an ihr zu orientieren, wäre es sinnvoller, nach mehr und vielfältigeren Chancen zu streben.

So ist Chancengleichheit auch gegeben, wenn niemand eine Chance bekommt oder alle nur eine einzige. Wäre es nicht besser, wenn alle so viele Chancen wie nötig oder möglich bekämen? Wer schon in jungen Jahren weiß, welcher Beruf der richtige ist, und wem alle Schritte für ein glückliches und erfolgreiches Berufsleben gelingen, braucht keine weiteren Chancen. Wer erst spät das richtige Berufsfeld für sich findet – vielleicht, weil das Umfeld gleichgültig bis entmutigend war, vielleicht aber auch, weil der aus Loyalität zu Eltern und Familientradition gewählte Beruf sich als unpassend erweist –, braucht möglicherweise mehrere Anläufe. Sollte man diesen Menschen aus Gleichheitsgründen zweite und dritte Chancen verwehren?

## FREIHEIT UND GLÜCK

An dieser Stelle dürfte deutlich geworden sein, dass das Schielen auf andere und die Orientierung an ihnen keinen intrinsischen Wert hat und als handlungsleitender Kompass nicht taugt. Das Denken in Kategorien von Gleichheit und Ungleichheit führt in eine Sackgasse. Solange diese Kategorien noch wirkmächtig sind, sei es in politischen Diskussionen oder affektiven Urteilen, könnte es sich lohnen, gezielt gedankliche Vorbehalte gegenüber Ungleichheit abzubauen – so, wie es unter dem Schlagwort Diversität bereits geschieht. Denn eine Aversion gegen Ungleichheit behindert die Verwirklichung eines in der bundesrepublikanischen Verfassung und Werteordnung zentralen Ideals: der Freiheit in ihren mannigfaltigen Ausprägungen.[13] Freiheit wiederum ist zentral nicht nur für unseren Wohlstand, sondern auch für unser Lebensglück in den unterschiedlichsten Dimensionen.

Die Zusammenhänge liegen auf der Hand. Allein aus epistemologischen Gründen ist es ausgeschlossen, dass ein geplantes beziehungsweise zentral administriertes Wirtschaftssystem die Bedürfnisse der Menschen besser erfüllen kann als ein freies[14] – nichts anderes ist die Bedeutung von Wohlstand. Der Glaube, dass familiäre, religiöse, wissenschaftliche oder staatliche Autoritäten besser als das Individuum dazu in der Lage sein sollten, gute Entscheidungen für dieses zu treffen, wird sich hierzulande hoffentlich nicht wieder durchsetzen. Selbstredend ist es nicht ausgeschlossen, dass eine selbstgewählte Beziehung in die Brüche geht, dass auch wohlüberlegte Entscheidungen sich als falsch erweisen und erst recht nicht, dass ein Mensch im Laufe seines Lebens viele kurzsichtige Entscheidungen trifft. Das kann bisweilen sehr bittere Konsequenzen haben.

Der Wunsch nach besseren, langfristig glücklich (oder zufrieden oder gesund) machenden Entscheidungen für sich und für andere ist daher verständlich. Das ist allerdings durch eine pauschale Delegation von Entscheidungen nicht zu erreichen. Wäre das anders, würden sich wegen der langfristig positiven Folgen mehr Menschen für Zwangsehen, Fremdbestimmung in persönlichen und politischen Belangen oder die „Bindung an die Scholle" entscheiden. Wir mögen das Nirwana stets optimaler Entscheidungen noch so sehr herbeiphantasieren – eine realistische Alternative ist es nicht.[15]

Die beste der erreichbaren Möglichkeiten sind daher freie Entscheidungen, ganz egal, ob es die Ernährungsweise oder den Beruf, die Ablehnung lebensverlängernder Maßnahmen, Freundschaften, Freizeitgestaltung oder politische Ansichten betrifft. Diesem Argument wird gelegentlich entgegengehalten, dass Freiheit auf Voraussetzungen beruhe, ohne die es nicht oder nur eingeschränkt möglich sei, Freiheit überhaupt auszuleben. Genannt wird hier etwa der Zugang zu Bildung und Informationen, ohne die ein Individuum die sich ihm bietenden Möglichkeiten sowie deren Konsequenzen nicht angemessen erfassen kann. Wer

**13** So beginnt der Grundrechtskatalog mit der allgemeinen Handlungsfreiheit in Art. 2 GG. Darüber hinaus werden u. a. Glaubens- und Meinungsfreiheit (Art. 4 bzw. 5 GG), Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 8 bzw. 9 GG) sowie die Berufsfreiheit (Art. 12 GG) explizit geschützt.

**14** Vgl. Friedrich August von Hayek, The Use of Knowledge in Society, in: The American Economic Review 4/1945, S. 519–530.

**15** Vgl. Harold Demsetz, Information and Efficiency: Another Viewpoint, in: The Journal of Law and Economics 1/1969, S. 1–22.

nicht weiß, wie schädlich Rauchen ist, läuft Gefahr, eine suboptimale Entscheidung zu treffen.

Diese Sorge ist zweifellos berechtigt, doch die Schlussfolgerung, dass von Freiheit mitsamt ihrem wohlstands- und glücksfördernden Potenzial erst dann die Rede sein kann, wenn allerlei Voraussetzungen erfüllt sind (Bildung, Mindesteinkommen, Informationen und so weiter), führt zu einem inkonsistenten und letztlich sinnlosen Freiheitsbegriff. Wenn man Freiheit von anderen Voraussetzungen als der Abwesenheit von Zwang abhängig macht, führt das zu absurden Ergebnissen. Um das Beispiel der Bildung aufzugreifen: Ein Kind, dessen kognitive Fähigkeiten ihm trotz aller Unterstützung nicht erlauben, Stringtheorien zu verstehen, wäre demnach zu ewiger Unfreiheit verdammt. Ebenso erginge es Menschen, die gerne in der Lage wären, ohne Hilfsmittel zu fliegen. Selbstredend sind diese Beispiele pointiert. Sie verdeutlichen aber das Problem: Eine Freiheitsvorstellung, die sich von der Erfüllung positiver Voraussetzungen abhängig macht, führt sich selbst ad absurdum. Denn solange wir nicht in die Zukunft sehen können, wird es immer Dinge geben, die wir nicht wissen – was einer garantierten Glücksmaximierung im Wege steht. Eine logisch konsistente, zwingende Beschränkung auf einige zumindest potenziell erfüllbare Voraussetzungen ist nicht möglich. Die Festlegung positiver Voraussetzungen ist vielmehr immer willkürlich.

## FAZIT

Dass ein Mädchen, das heute in Afghanistan aufwächst, Aussicht auf ein Leben voller Fremdbestimmung und Gewalt hat, ist traurig und empörend. Sein Schicksal wird nicht weniger traurig und empörend, wenn afghanische Jungen vergleichbare Erfahrungen machen. Erst recht sind nicht die Existenz des afghanischen Jungen oder seine vergleichsweise geringere Fremdbestimmtheit schuld an der Situation des Mädchens. Ungleichheit ist nicht die Ursache und Gleichheit ist nicht die Lösung seiner Probleme.

Vielmehr empört und bedrückt uns das Schicksal des Mädchens, weil absolute und nach westlicher Vorstellung wichtige Werte und Standards verletzt werden. Mädchenbildung könnte trotz logistischer und organisatorischer Schwierigkeiten auch in Afghanistan stattfinden, und es gibt keinen objektiven Grund, weshalb afghanische Mädchen nicht in der Lage sein sollten, selbst zu entscheiden, ob und wen sie heiraten möchten.

In der Analyse solcher Situationen spielt uns die Wahrnehmung allerdings häufig einen Streich. Das Nebeneinander von frei und unfrei, von arm und reich, von Kindern, die in gedeihlichen Verhältnissen aufwachsen und solchen, die mit adversen Bedingungen klarkommen müssen, zeigt uns nicht nur wertvolles Verbesserungspotenzial auf. Zu schnell stellen wir einen falschen Kausalzusammenhang her zwischen der besseren Lage der einen und der schlechteren Lage der anderen. Dann liegt es nahe, sich auf eine Nivellierung zwischen den Gruppen zu konzentrieren, statt die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die Menschen daran hindern, ihr Potenzial auszuleben und das Leben gemäß eigener Bedürfnisse und Vorstellungen zu gestalten.

Verfolgt man hingegen letztere Option, führt dies zwangsläufig zu Ungleichheit in vielerlei Hinsicht – oder, in einer vielleicht weniger Unbehagen auslösenden Ausdrucksweise: zu mehr Diversität. Man kann natürlich auch die Perspektive wechseln und feststellen, dass nun mehr Gleichheit erreicht ist: Alle dürfen innerhalb der für alle geltenden Grenzen „jeder nach seiner Faßon selich werden“.[16] Diese gedanklichen Volten zeigen, wie unzureichend Konzepte wie Gleichheit und Ungleichheit sind. Letztlich kommt es nicht auf die Relationen an, sondern auf die Inhalte und damit auf absolute Maßstäbe.

DAGMAR SCHULZE HEULING
ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Habilitandin an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt. Aktuell forscht sie zu rechtlichen, politischen und philosophischen Implikationen des Lockdowns.
dagmar.heuling@uni-erfurt.de

**16** Die Randbemerkung Friedrichs des Großen bezog sich ursprünglich auf religiöse Toleranz, vgl. das Faksimile unter www.preussenchronik.de/bild_jsp/key=bild_252.html.

# ILLUSION DER GLEICHHEIT

## Über die Perzeption sozialer Ungleichheit und ihre Folgen

*Simone M. Schneider*

Die zunehmende Spreizung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse gibt Anlass zur Sorge – auch und gerade dann, wenn die daraus resultierenden Folgen für die Gesellschaft in den Blick genommen werden. So stehen sozioökonomische Ungleichheiten beispielsweise im Verdacht, die Gesundheit und das subjektive Wohlbefinden zu beeinträchtigen und das soziale Miteinander zu schwächen. Und nicht nur sozial schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen scheinen hiervon betroffen zu sein, sondern auch jene, die tendenziell zu den Gewinnern ökonomischer Verteilungsprozesse zählen.[01] Dieser Sachverhalt gibt Rätsel auf. Es stellt sich die Frage, wann Ungleichheiten krank, unzufrieden und unsolidarisch machen – und warum alle Bevölkerungsschichten davon betroffen zu sein scheinen, obwohl sich doch gerade die sozial Bessergestellten über ihre Vorteile besonders freuen könnten. Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler unterschiedlicher Teildisziplinen haben in diesem Zusammenhang wiederholt auf die Bedeutung von Wahrnehmungsprozessen verwiesen – der viel zitierten Aussage der Soziologen William und Dorothy Thomas folgend: „If men define situations as real, they are real in their consequences."[02] Demzufolge sollten sich soziale Ungleichheiten vornehmlich dann auf das Wohlbefinden und Verhalten der Bürgerinnen und Bürger auswirken – und damit auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt –, wenn Ungleichheiten als solche wahrgenommen und entsprechend bewertet werden.[03] Es ist also nicht unbedingt das faktische Ausmaß an Ungleichheit, das zu emotionalen, einstellungs- und verhaltensbezogenen Reaktionen führt, sondern vor allem seine individuelle Wahrnehmung und Bewertung.

Vor diesem Hintergrund erscheint ein Perspektivenwechsel erforderlich: die Betrachtung von Ungleichheiten aus dem Blickwinkel der Bevölkerung. Aber wie nehmen wir Bürgerinnen und Bürger eigentlich soziale Ungleichheit wahr? Wie kommt es, dass wir nur über ein sehr ungenaues Bild von den Einkommensverhältnissen anderer verfügen und nicht besser über unsere eigenen Positionen in der sozialen Hierarchie Bescheid wissen? Gibt es systematische Perzeptionsunterschiede – beispielsweise zwischen armen und reichen Menschen oder zwischen jenen, die in gleicheren oder ungleicheren Gesellschaften leben? Und was folgt eigentlich aus der vielleicht fehlerhaften Perzeption für die Bewertung und Akzeptanz von Ungleichheiten und die Forderung nach staatlicher Umverteilung?

### KONZEPTE UND MESSINSTRUMENTE

Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit beziehen sich auf subjektive Repräsentationen eines gesellschaftlichen Sachverhalts (den „Status quo")[04] und zielen entweder auf das faktische Verteilungsergebnis oder den vorgeschalteten Verteilungsprozess ab. Sie geben Aufschluss darüber, wie – aus Sicht der Bevölkerung – knappe Güter in der Gesellschaft verteilt werden und warum (gesellschaftsbezogene Ungleichheitswahrnehmungen) und wie die Betrachterin oder der Betrachter ihre oder seine persönlichen Verhältnisse relativ zu den Verhältnissen anderer wahrnimmt (selbstbezogene Ungleichheitswahrnehmungen). Indem sie üblicherweise ein wertneutrales – wenn auch subjektives und dadurch verzerrtes – Abbild real existierender Verhältnisse wiedergeben, grenzen sich Perzeptionen klar von anderen Kognitionen wie beispielsweise Präferenzen und Einstellungen zu sozialen Verteilungsfragen ab.[05] Im Gegensatz zu Perzeptionen geben Letztere darüber Aufschluss, wie knappe Güter in der Gesellschaft am besten verteilt werden *sollten* und warum. Werden normative Aussagen zum Soll-Zustand ins Verhältnis gesetzt zur Wahrnehmung der aktuellen Verteilungssituation (dem Ist-Zu-

stand), können daraus Rückschlüsse gezogen werden, wie die sozialen Verhältnisse – wiederum aus Sicht der Bevölkerung – bewertet und inwieweit soziale Ungleichheiten gesellschaftlich als legitim erachtet werden.[06]

In der länderübergreifenden Umfrageforschung haben sich vornehmlich zwei Messinstrumente zur empirischen Erfassung von gesellschaftsbezogenen Ungleichheitswahrnehmungen in Bezug auf das *Verteilungsergebnis* etabliert: Zum einen werden Personen Pyramidendiagramme vorgelegt, die verschiedene Gesellschaftsformen abbilden. Die Befragten werden aufgefordert, jene Abbildung zu bestimmen, die am besten ihrer Wahrnehmung von Ungleichheit in ihrem Land entspricht. Ein anderes verbreitetes Messinstrument befasst sich mit der Polarisierung von Einkommen. Befragte werden aufgefordert, die Höhe der durchschnittlichen Einkommen verschiedener Berufsgruppen zu schätzen. Die Höhe der wahrgenommenen Einkommensspreizung wird im Anschluss daran indirekt, meist über die Diskrepanz in den angegebenen Durchschnittsgehältern von Vorstandsvorsitzenden großer Unternehmen und ungelernten Fabrikarbeitern, ermittelt. Informationen zum *Verteilungsprozess* und damit zur wahrgenommenen sozialen Mobilität beziehungsweise der sozialen Durchlässigkeit des Gesellschaftssystems werden üblicherweise mittels Fragen zu den Hintergründen für das Vorankommen in der Gesellschaft erfasst. Dabei wird zwischen personenbezogenen Begründungen, wie harter Arbeit und Bildung, und strukturellen Begründungen, wie der Bevorteilung aufgrund der familiären Herkunft oder Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts oder der Religionszugehörigkeit, unterschieden. Die Wahrnehmung gesellschaftsbezogener Ungleichheiten (insbesondere zu Verteilungsergebnissen) ist auch für selbstbezogene Ungleichheitswahrnehmungen relevant, da sie einen Referenzrahmen zur Wahrnehmung und Bewertung der eigenen Position bietet. Dazu werden Befragte üblicherweise gebeten, sich selbst auf einer 10-stufigen Skala zu verorten, die die hierarchische Gesellschaftsstruktur widerspiegelt.[07]

## FEHLWAHRNEHMUNGEN SOZIALER UNGLEICHHEIT

Wahrnehmungen geben immer „nur" ein subjektives Abbild eines sozialen und hoch komplexen Sachverhaltes wieder. Daher stellt sich die Frage, wie sehr unsere Wahrnehmungen von den tatsächlichen Gegebenheiten abweichen und ob sich systematische Unterschiede zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und Ländern feststellen lassen.

Es gibt Anzeichen dafür, dass wir Bürgerinnen und Bürger die Gesellschaft gleicher wahrnehmen als sie in Wirklichkeit ist. Gerade die Schätzung von Einkommen am oberen Ende des Einkommensspektrums fällt uns besonders schwer.[08] Da obere Einkommen häufig als geringer wahrgenommen werden als sie sind, wird auch die Einkommensspreizung tendenziell unterschätzt, das heißt, sie wird als kleiner wahrgenommen als sie tatsächlich ist. Eine empirische Studie aus den USA bestätigt diese Vermutung auch für Ungleichheiten in der Vermögensverteilung und zeigt dazu mittels eigens erarbeiteter Erhebungsinstrumente, dass Personen – unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrer politischen Einstellung – die realen Unterschiede im Vermögen tendenziell unterschätzen.[09]

**01** Vgl. Richard Wilkinson/Kate Pickett, Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2009.

**02** William I. Thomas/Dorothy S. Thomas, The Child in America: Behavior Problems and Programs, New York 1928, S. 572.

**03** Vgl. Simone M. Schneider, Income Inequality and Subjective Wellbeing: Trends, Challenges, and Research Directions, in: Journal of Happiness Studies 4/2016, S. 1719–1739.

**04** Vgl. Galen van Bodenhausen/Kurt Hugenbert, Social Cognition. The Basis of Human Interaction, New York 2009.

**05** Vgl. Jan Germen Janmaat, Subjective Inequality: A Review of International Comparative Studies on People's Views About Inequality, in: European Journal of Sociology 3/2013, S. 357–389.

**06** Vgl. Bernd Wegener, Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit: Die zwei Welten der empirischen Gerechtigkeitsforschung, in: Ulrich Druwe/Volker Kunz (Hrsg.), Politische Gerechtigkeit, Opladen 1999, S. 167–214.

**07** Vgl. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Internationale Sozialwissenschaftliche Umfrage (ISSP), Soziale Gerechtigkeit in Deutschland, Mannheim 2019.

**08** Vgl. Lars Osberg/Timothy Smeeding, „Fair" Inequality? Attitudes toward Pay Differentials: The United States in Comparative Perspective, in: American Sociological Review 3/2006, S. 450–473.

**09** Vgl. Michael I. Norton/Dan Ariely, Building a Better America – One Wealth Quintile at a Time, in: Perspectives on Psychological Science 1/2011, S. 9–12. Siehe auch Oliver P. Hauser/Michael I. Norton, (Mis)perceptions of Inequality, in: Current Opinion in Psychology 18/2017, S. 21–25.

Aber auch wenn das eigentliche Ausmaß an Ungleichheit oftmals unterschätzt wird, so sind Perzeptionen meist nicht zufällig. Personen nehmen zum Beispiel im Durchschnitt größere Ungleichheiten wahr, wenn sie in Ländern mit höheren Ungleichheiten leben. Auch wenn der statistische Zusammenhang nicht besonders stark ist, so ist er doch positiv.[10] Werden Veränderungen von Ungleichheiten über die Zeit in den Blick genommen, dann zeigt sich, dass Perzeptionen sich nicht immer synchron zu den realen Bedingungen verändern.[11]

Markante Unterschiede in der Wahrnehmung von Einkommensungleichheiten sind auch zwischen sozialen Gruppen zu beobachten. Beispielsweise nehmen Personen aus einkommensstarken Haushalten größere Lohndivergenzen zwischen Vorstandsvorsitzenden und ungelernten Fabrikarbeitern wahr als Personen einkommensschwacher Haushalte. Stellt man dieser Betrachtung gegenüber, was Vorstandsvorsitzende und Fabrikarbeiter aus Sicht der Befragten gerechterweise verdienen *sollten*, so zeigt sich, dass Personen mit hohem Einkommen gleichzeitig auch dazu tendieren, größere Lohndivergenzen zu akzeptieren. Einkommensschwache Personengruppen hingegen nehmen zwar geringere Lohndiskrepanzen wahr, empfinden diese aber eher als ungerecht.[12] Demnach bestimmen unsere sozialen Verhältnisse auch darüber, wie wir die sozialen Verhältnisse um uns herum wahrnehmen.

Auch mit der Wahrnehmung unserer eigenen Position in der sozialen Hierarchie haben wir Bürgerinnen und Bürger unsere Probleme. Hier zeigt sich eine klare „Tendenz zur Mitte" – eine systematische Wahrnehmungsverzerrung, die sich in allen bislang untersuchten Ländern beobachten lässt.[13] Demzufolge tendieren Bürgerinnen und Bürger dazu, sich in der Mitte der Gesellschaft zu verorten: Menschen mit höherem Einkommen verorten sich selbst eher weiter unten in der Gesellschaft, Menschen mit geringerem Einkommen verorten sich dagegen eher weiter oben als es ihrer objektiven Lage entspricht.[14] Trotz dieser Verzerrung finden sich deutliche Anzeichen dafür, dass sozialstrukturelle Merkmale – allen voran Bildung und Einkommen – für die eigene Positionierung in der Gesellschaft von Bedeutung sind, dem Motto folgend: Je mehr Einkommen und Bildung ich habe, desto höher ist meine Position in der Gesellschaft. Auch im Ländervergleich lassen sich interessante systematische Unterschiede identifizieren: Beispielsweise sortieren sich Menschen durchschnittlich eher weiter oben ein, wenn sie in gleicheren Gesellschaften Europas leben, wie zum Beispiel in Dänemark oder Schweden. Ist ein Land besonders ungleich, dann tendieren Menschen – unabhängig von ihrem eigenen Einkommen – eher dazu, sich weiter unten in der sozialen Hierarchie einzuordnen.[15]

Diese Ergebnisse unterstreichen, dass Wahrnehmungen zum Ausmaß der Ungleichheit und die Selbstpositionierung in der sozialen Hierarchie nicht zufällig sind, sondern bestimmten Gesetzmäßigkeiten folgen. Dabei ist davon auszugehen, dass die Ursachen für diese Fehlwahrnehmungen vielschichtig sind. Das direkte soziale Umfeld, Werte und Glaubenssätze, aber auch Heuristiken und soziale Vergleiche können unsere Wahrnehmung entscheidend beeinflussen.

## URSACHENANALYSE

Dass sich real existierende Ungleichheiten nicht eins zu eins in der Wahrnehmung der Bevölkerung widerspiegeln, ist angesichts der Komplexität des Sachverhalts nicht weiter verwunderlich. Auch wenn Informationen zu bestehenden Ungleichheiten öffentlich zur Verfügung stehen und in regelmäßigen Abständen über die Medien ins Blickfeld geraten, so sind diese oftmals für den Einzelnen zu abstrakt und fernab der individuellen Lebenswelt. Denn Menschen bewegen sich tendenziell in eher homogenen Umfeldern. Wir ziehen in Viertel, in denen andere ähnlich

**10** Vgl. Andreas Kuhn, The Individual (Mis-)Perception of Wage Inequality: Measurement, Correlates and Implications, in: Empirical Economics 59/2020, S. 2039–2069.

**11** Vgl. Lane Kenworthy/Leslie McCall, Inequality, Public Opinion, and Redistribution, in: Socio-Economic Review 6/2018, S. 35–68.

**12** Vgl. Simone M. Schneider, Income Inequality and Its Consequences for Life Satisfaction: What Role Do Social Cognitions Play?, in: Social Indicators Research 3/2012, S. 419–438.

**13** Vgl. M.D.R. Evans/Jonathan Kelley, Subjective Social Location: Data From 21 Nations, in: International Journal of Public Opinion Research 1/2004, S. 3–38.

**14** Vgl. Carina Engelhardt/Andreas Wagener, What Do Germans Think and Know about Income Inequality? A Survey Experiment, in: Socio-Economic Review 4/2018, S. 743–767.

**15** Vgl. Simone M. Schneider, Why Income Inequality Is Dissatisfying – Perceptions of Social Status and the Inequality-Satisfaction Link in Europe, in: European Sociological Review 3/2019, S. 409–430.

viel verdienen wie wir selbst. Wir umgeben uns mit Freunden und Bekannten, die ähnliche Berufe ausüben und ähnliche Bildungsbiografien haben. Gesellschaftliche Gruppen, die sehr viel reicher oder sehr viel ärmer sind, kommen in unserem Alltag in der Regel kaum vor.[16] Diese persönlichen Erfahrungen – insbesondere die Häufigkeit und die Enge von Kontakten zu sozial Gleichgestellen – haben vermutlich einen besonders starken Einfluss auf unsere Wahrnehmung und dienen uns als wichtige Referenz. Dies dürfte zumindest teilweise erklären, warum wir uns tendenziell als gleicher wahrnehmen als wir es in Wirklichkeit sind und warum wir uns selbst tendenziell eher in der Mitte der Gesellschaft verorten – auch wenn wir gar nicht zur Mittelschicht gehören.[17]

Diese Grundhypothese wird durch die sogenannte Verfügbarkeitsheuristik unterstützt – eine einfache kognitive Faustregel, um Häufigkeiten oder Wahrscheinlichkeiten auch dann zu beurteilen, wenn die Zeit oder die Möglichkeit fehlt, dafür auf präzise Daten zurückzugreifen. Demnach werden Häufigkeiten oder Wahrscheinlichkeiten von Ereignissen überschätzt, wenn sie kognitiv schneller zugänglich sind und leichter abgerufen werden können.[18] Für die Ungleichheitswahrnehmung heißt dies, dass unser Bild von sozialer Ungleichheit eine Verallgemeinerung dessen ist, was wir in unserem direkten Umfeld erfahren und was uns vertraut ist.

Dass gerade Personen unterer Einkommensgruppen ein geringeres Ausmaß an Ungleichheit wahrnehmen, kann auf die oben beschriebenen Mechanismen zurückgeführt werden. Zudem wird hier – neben dem fehlenden Wissen über die Einkommen von sozial Höhergestellten und einer mangelnden Vorstellungskraft – auch eine geringere Fähigkeit zur sozialen Differenzierung vermutet.[19] Dies bedarf allerdings weiterer Forschung.

Für *selbstbezogene* Ungleichheitswahrnehmungen – wie beispielsweise die soziale Positionswahrnehmung – sei auf die Relevanz von sozialen Vergleichsprozessen hingewiesen. Es ist eine generelle Eigenschaft des Menschen, sich zu vergleichen. Allerdings unterscheiden wir uns nicht nur darin, dass wir uns unterschiedlich häufig vergleichen, sondern auch in der Wahl der Referenzgruppe. Vergleiche mit sozial Höhergestellten können leicht zu einem Gefühl der sozialen Deprivation führen und somit zu einer geringeren Selbstpositionierung im sozialen Gefüge und einer größeren Ungleichheitswahrnehmung.[20] Dies würde erklären, warum gerade Personen in sozial ungleichen Gesellschaften sich selbst als niedriger positioniert wahrnehmen als Personen in sozial gleicheren Gesellschaften.

Auch Ideologien und allgemeine Glaubenssätze zu gesellschaftlichen Verteilungsfragen scheinen die Perzeption von Ungleichheiten in der Gesellschaft – vor allem aber deren Bewertung – zu beeinflussen.[21] So scheint beispielsweise uneingeschränkte Einigkeit darüber zu herrschen, dass harte Arbeit und eine gute Ausbildung für das Vorankommen in der Gesellschaft wichtig sind. Diese individuellen Zuschreibungen erfahren gerade in westlichen Gesellschaften eine hohe Zustimmung und sind über alle Bevölkerungsgruppen hinweg zu beobachten. Dies lässt vermuten, dass es sich hierbei um einen kulturell verankerten Glaubenssatz handelt, der zur Legitimierung wahrgenommener Ungleichheiten in der Gesellschaft beiträgt.[22]

## BEWERTUNG VON UNGLEICHHEIT UND DIE FORDERUNG NACH STAATLICHER UMVERTEILUNG

Es überrascht auf den ersten Blick nur wenig, dass die Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten in einem engen Zusammenhang mit der politi-

**16** Siehe hierzu auch „Wir ahnen oft gar nicht, wie reich manche sind", 25. 2. 2022, www.sueddeutsche.de/1.5535257.

**17** Vgl. M. D. R. Evans/Jonathan Kelley, Communism, Capitalism, and Images of Class: Effects of Reference Groups, Reality, and Regime in 43 Nations and 110 000 Individuals, 1987–2009, in: Cross-Cultural Research 4/2017, S. 315–359.

**18** Vgl. Amos Tversky/Daniel Kahneman, Judgment Under Uncertainty: Heuristics and Biases, in: Science 185/1974, S. 1124–1131.

**19** Vgl. Bernd Wegener, Equity, Relative Deprivation, and the Value Consensus Paradox, in: Social Justice Research 1/1990, S. 65–86.

**20** Vgl. Meghan Condon/Amber Wichowsky, Inequality in the Social Mind: Social Comparison and Support for Redistribution, in: The Journal of Politics 1/2020, S. 149–161.

**21** Vgl. Juan Carlos Castillo/Juan-Diego García-Castro/Martín Venegas, Perception of Economic Inequality: Concepts, Associated Factors and Prospects of a Burgeoning Research Agenda, in: International Journal of Social Psychology 1/2022, S. 180–207.

**22** Vgl. Simone M. Schneider/Juan Carlos Castillo, Poverty Attributions and the Perceived Justice of Income Inequality: A Comparison of East and West Germany, in: Social Psychology Quarterly 3/2015, S. 263–282.

schen Forderung nach staatlicher Umverteilung steht. Dies trifft auf die gesellschaftsbezogene Ungleichheitsperzeption ebenso zu wie auf die Wahrnehmung der eigenen Position in der sozialen Hierarchie: Je größer die sozialen Unterschiede und je geringer der eigene soziale Status wahrgenommen werden, desto höher ist die Zustimmung zu staatlichen Interventionen.[23] Bei genauerem Hinsehen ist es allerdings nicht so sehr die wahrgenommene Ungleichheit, sondern vielmehr ihre normative Bewertung, die staatliche Umverteilungsprogramme in ein positives oder negatives Licht rücken.[24] Denn das Ausmaß der wahrgenommenen Ungleichheit allein entscheidet noch nicht über ihre Legitimität. Erst wenn die wahrgenommene Ungleichheit als ungerecht hoch bewertet wird, liegt die Forderung nach mehr staatlicher Intervention nahe.[25] Dies verdeutlicht einmal mehr die Relevanz des Zusammenspiels von Wahrnehmungs- und Bewertungsprozessen für die gesellschaftspolitische Debatte und die Umverteilung knapper Güter.

Aber wie genau hängen Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse zusammen? Die psychologische Forschung verweist darauf, dass Wahrnehmungen einen direkten Einfluss auf die Präferenzbildung haben und somit unsere Bewertung von sozialer Ungleichheit stark beeinflussen. Der Soziologe George Homans hat dies prägnant so zusammengefasst: „What is, is always becoming what ought to be."[26] Das Ausmaß wahrgenommener Ungleichheit schafft demnach einen faktischen Referenzrahmen für den weiteren Bewertungsprozess. Denn auch wenn Ungleichheiten tendenziell als „ungerecht" oder „zu hoch" bewertet werden, so kommt doch eine vollständige Gleichverteilung nur für die wenigsten in Frage. Möglicherweise liegt eine zu große Abweichung vom Status quo außerhalb unserer Vorstellungskraft und gilt nur aufgrund fehlender Erfahrungswerte als unrealistisch. Für die Umfrageforschung bedeutet dies, dass das Ausmaß der Ungerechtigkeit nur mit Blick auf die ihr zugrunde liegende, wahrgenommene Ungleichheit interpretierbar ist. Oder in den Worten der Politikwissenschaftlerin Jennifer L. Hochschild: „Where you stand depends on what you see."[27]

Des Weiteren zeigt sich, dass Wahrnehmungen von Verteilungsprozessen für die Akzeptanz von Ungleichheiten erheblich sind. Wird zum Beispiel individuelles Fehlverhalten als Ursache für Armut angesehen, tendieren Bürgerinnen und Bürger dazu, die von ihnen wahrgenommene Ungleichheit eher zu akzeptieren.[28] Zu ähnlichen Erkenntnissen kommen Studien zur sozialen Mobilität, die eine größere gesellschaftliche Akzeptanz von Ungleichheiten beobachten, wenn Ungleichheiten individuellen Faktoren zugeschrieben werden.[29]

## AUSBLICK

Die Erforschung von Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit hat ihre ganz eigene Berechtigung. Als ein separater, interdisziplinär angelegter Forschungszweig innerhalb der Sozialwissenschaften leistet sie einen eigenständigen und vielversprechenden Beitrag zur gesellschaftspolitischen Debatte hinsichtlich der Legitimität, Stabilität und Kontinuität von sozialen Ungleichheiten in demokratisch verfassten Gesellschaften. Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse sind auch für die Erklärung von individuellen und gesellschaftlichen Folgen von Einkommensungleichheiten

**23** Vgl. Licia Bobzien, Polarized Perceptions, Polarized Preferences? Understanding the Relationship Between Inequality and Preferences for Redistribution, in: Journal of European Social Policy 2/2020, S. 206–224. Siehe auch Andreas Kuhn, The Subversive Nature of Inequality: Subjective Inequality Perceptions and Attitudes to Social Inequality, in: European Journal of Political Economy 59/2019, S. 331–344; Matthias Fatke, Inequality Perceptions, Preferences Conducive to Redistribution, and the Conditioning Role of Social Position, in: Societies 4/2018, https://doi.org/10.3390/soc8040099.

**24** Vgl. Andreas Kuhn, International Evidence on the Perception and Normative Valuation of Executive Compensation, in: British Journal of Industrial Relations 1/2017, S. 112–136.

**25** Die sozialpsychologische Forschung geht davon aus, dass die Bewertung eines Sachverhalts auf dessen Wahrnehmung folgt. Erst die Bewertung löst emotionale und Verhaltensreaktionen aus; vgl. dazu Angus Campbell/Philip E. Converse/Willard L. Rodgers, The Quality of American Life. Perceptions, Evaluations, and Satisfactions, New York 1976.

**26** Vgl. George C. Homans, Commentary, in: Leonard Berkowitz/Elaine Walster (Hrsg.), Equity Theory: Toward a General Theory of Social Interaction, New York 1976, S. 231–244, hier S. 244.

**27** Jennifer L. Hochschild, Where You Stand Depends on What You See: Connections Among Values, Perceptions of Fact, and Political Prescriptions, in: James H. Kuklinski (Hrsg.), Citizens and Politics. Perspectives from Political Psychology, Cambridge 2001, S. 313–340.

**28** Vgl. Schneider/Castillo (Anm. 22).

**29** Vgl. Jonathan J.B. Mijs, The Paradox of Inequality: Income Inequality and Belief in Meritocracy Go Hand in Hand, in: Socio-Economic Review 1/2021, S. 7–35.

von zentraler Bedeutung. Denn Einschränkungen in der Lebensqualität, in der Gesundheit und im Wohlbefinden von Individuen sind primär dann zu erwarten, wenn Ungleichheiten von diesen als zu hoch wahrgenommen werden und als ungerecht oder illegitim bewertet werden.[30] Daher ist es wichtig, auch künftig der Analyse von Ungleichheitswahrnehmungen einen zentralen Platz in der sozialwissenschaftlichen Forschung einzuräumen.

Grundsätzlich ist die empirische Analyse von Perzeptionen sozialer Ungleichheiten ein komplexes Unterfangen. Es ist unstrittig, dass Perzeptionen mittels standardisierter Umfrageinstrumente nur ungenau erhoben und Kausalitäten zwischen einzelnen kognitiven Teilaspekten nur unzureichend bestimmt werden können. Eine theoriegeleitete Vorgehensweise ist daher umso wichtiger, genauso wie die Entwicklung und Implementierung neuer Erhebungsinstrumente, die es erlauben, verschiedene Ungleichheitsdimensionen zu erfassen und mit realen Verhältnissen zu vergleichen. Denn nicht nur Unterschiede im Einkommen und Vermögen, sondern beispielsweise auch im sozialen Status sind für die Ungleichheitsforschung relevant. Auch die Entwicklung von sensitiven Messinstrumenten zur vergleichenden Erfassung von subjektiven und objektiven Ungleichheiten – so komplex und abenteuerreich dieses Unterfangen auch sein mag – sollte ein weiterer Schwerpunkt künftiger Forschung sein.[31]

Zudem ist bislang nur wenig über den Einfluss der Medien und des politischen Diskurses bekannt. So ist zum Beispiel weitgehend unklar, ob Ungleichheitswahrnehmungen politisch beeinflussbar sind und an welche ethisch-moralischen Grenzen eine gezielte Beeinflussung stößt. Pikant sind diese Fragen insbesondere vor dem Hintergrund, dass Wahrnehmungen eine besondere Rolle für die Legitimierung und Stabilität von Ungleichheiten spielen und damit auch politische Forderungen nach staatlicher Umverteilung beeinflussen.

Abschließend sei angemerkt, dass Ungleichheiten natürlich auch dann existieren können, wenn sie von der Bevölkerung nicht als solche wahrgenommen werden. Gerade dann ist politischer Wille gefragt und eine neutrale Sozialberichterstattung, die über die bestehenden Verhältnisse aufklärt und eine gesellschaftliche Debatte darüber anregt, welches Ausmaß an Ungleichheit für jeden einzelnen und für die Gesellschaft als solche vertretbar ist.[32]

**30** Vgl. Simone M. Schneider, Wie Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse unsere materielle Zufriedenheit beeinflussen. Ein Erklärungsversuch der materiellen Wohlfahrtsdivergenz zwischen Ost- und Westdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/2016, S. 341–367.

**31** Vgl. Kimmo Eriksson/Bent Simpson, What Do Americans Know About Inequality? It Depends on How You Ask Them, in: Judgment and Decision Making 6/2012, S. 741–745. Siehe auch dies., The Available Evidence Suggests the Percent Measure Should Not Be Used to Study Inequality: Reply to Norton and Ariely, in: Judgment and Decision Making 3/2013, S. 395–396.

**32** Vgl. Ellen M. Immergut/Simone M. Schneider, Is It Unfair for the Affluent to Be Able to Purchase „Better" Healthcare? Existential Standards and Institutional Norms in Healthcare Attitudes across 28 Countries, in: Social Science and Medicine 267/2020, https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2020.113146.

SIMONE M. SCHNEIDER
ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und forscht am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München zu Themen der sozialen Ungleichheit. Ihre Forschung zu Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit wird künftig durch den Europäischen Forschungsrat gefördert.
s.schneider@mpisoc.mpg.de

# UNGLEICHHEIT, DEMOKRATIE UND AUTOKRATISIERUNG

*Staffan I. Lindberg · Martin Lundstedt*

In Demokratien hören die Menschen oft, die ihrem politischen System zugrunde liegende Idee sei die einer „Herrschaft durch das Volk für das Volk". Es gibt verschiedene Möglichkeiten zu bewerten, wie gut ein politisches System funktioniert, doch häufig wird die Verteilung von materiellen Ressourcen in einer Gesellschaft als Maßstab genommen. Wirtschaftliche Ungleichheit bedeutet, dass diejenigen, die sich am falschen Ende der Leiter befinden, mit – relativ gesehen – erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Wenn diese Nachteile nicht nach und nach verringert werden, sondern sich sogar verstärken, wie können wir dann von den Leuten erwarten, dass sie ein solches politisches System als eine „Herrschaft *für* das Volk" wahrnehmen? Wir wollen hier der Frage nachgehen, inwiefern die hohe und weltweit um sich greifende wirtschaftliche Ungleichheit eine Erklärung für die jüngste Welle der Autokratisierung ist, die wir seit einiger Zeit beobachten können.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Welt einen dramatischen Wandel von politischen Systemen erlebt. In den 1970er und 1980er Jahren begann die sogenannte dritte Welle der Demokratisierung, die ihren Höhepunkt in den 1990er Jahren erreichte, als sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion über 70 Länder gleichzeitig in einem Demokratisierungsprozess befanden. Seitdem ist die Zahl der sich demokratisierenden Länder deutlich zurückgegangen – auf 13 im Jahr 2021 –, während der entgegengesetzte Prozess der Autokratisierung weltweit dominant wurde. Im Jahr 2021 befanden sich 33 Länder in Autokratisierungsprozessen, von denen nicht weniger als 36 Prozent der Weltbevölkerung betroffen waren.[01] Dies wird gemeinhin als „dritte Welle der Autokratisierung" bezeichnet, die auch eine Veränderung in der Autokratisierungsdynamik mit sich brachte. Während sich eine Autokratisierung in der Vergangenheit meist innerhalb kurzer Zeit in Form von Putschversuchen oder ausländischen Übergriffen vollzog, ist sie heute in der Regel ein schrittweiser Prozess, bei dem demokratisch gewählte Entscheidungsträger die demokratischen Institutionen nach und nach von innen heraus aushöhlen und abbauen.[02]

Parallel zu diesen Entwicklungen hat die wirtschaftliche Ungleichheit seit den 1980er Jahren weltweit zugenommen.[03] Für Menschen am unteren Ende der Einkommens- und Vermögensskala stellt die wirtschaftliche Ungleichheit eine erhebliche, vielgestaltige Belastung dar. Gefangen in prekären Arbeitsverhältnissen, im Niedriglohnsektor oder in der Arbeitslosigkeit, verfügen zahlreiche Menschen nicht über nötige Qualifikationen, können nur auf geringe Ersparnisse zurückgreifen oder haben Schulden und sind aufgrund dieser Faktoren bei wirtschaftlichem Abschwung oder einer Wirtschaftskrise einem hohen Risiko ausgesetzt. Die, die am wenigsten haben, sind in Bezug auf Grundbedürfnisse wie Ernährung und Wohnraum vom Staat, der Gemeinschaft, der Familie oder anderen abhängig – oder sind gänzlich auf sich allein gestellt. Ungleichheit bedeutet natürlich aber auch, dass es nicht nur die verschiedenen Grade wirtschaftlicher Entbehrung gibt, sondern dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in gutsituierten bis hin zu extrem wohlhabenden Verhältnissen lebt.

Im Folgenden betrachten wir zunächst das Verhältnis von Demokratie und Ungleichheit und zeigen, dass es in Demokratien im Durchschnitt keineswegs eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen gibt als in Autokratien. Anschließend erörtern wir die Umstände, unter denen Ungleichheit einen Prozess der Autokratisierung in Gang setzen kann. Da nicht wenige Politiker, die autokratische Ambitionen an den Tag legen, demokratisch gewählt sind, konzentrieren wir uns im Besonderen darauf, welche Konsequenzen Ungleichheit für einzelne Wählerinnen und Wähler hat und wie daraus potenziell eine Unterstützung antidemokratischer Politik erwächst.

## DEMOKRATIE UND UNGLEICHHEIT

Ein Großteil der Wissenschaftler, die sich mit den sozialen Auswirkungen von Autokratie und Demokratie beschäftigen, ist der Ansicht, dass Demokratien besser auf die Bedürfnisse der Bürger eingehen als Autokratien. Das klassische theoretische Modell geht davon aus, dass in dem Maß, in dem das Wahlrecht ausgeweitet wird – was zur Folge hat, dass das Einkommen des Durchschnittswählers statistisch sinkt –, die Umverteilungsbemühungen zunehmen, da die Politikerinnen und Politiker sich um die Stimmen der Wähler bemühen müssen, um an der Macht zu bleiben.[04] Allgemeiner ausgedrückt: Je gleichmäßiger die politische Mitsprache und der politische Einfluss verteilt sind, so die Annahme, desto größer ist der Teil der Bevölkerung, dessen Bedürfnisse von der Politik berücksichtigt werden. Intuitiv scheint dieses Argument einleuchtend.

Das vom Varieties-of-Democracy-Institut (V-Dem) durchgeführte Projekt „The Case for Democracy" zeigt, dass diese grundlegende Annahme für viele zentrale gesellschaftliche Bereiche und Anliegen zutrifft. So gibt es in Demokratien in der Tat ein größeres Wirtschaftswachstum,[05] eine allgemein bessere Gesundheit[06] und weniger gewaltsame Konflikte,[07] um nur einige wichtige Beispiele zu nennen. In Bezug auf die wirtschaftliche Ungleichheit kann die Forschung jedoch keine ähnliche Wirkung der Demokratie nachweisen.[08] In einer aktuellen und umfassenden länderübergreifenden Untersuchung konnten die Wissenschaftler um Daron Acemoglu keinen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Demokratie feststellen.[09] Auch hinsichtlich der Vermögensungleichheit finden sich nur wenige Anhaltspunkte dafür, dass es in Demokratien eine gleichmäßigere Vermögensverteilung gibt als in Autokratien.[10] Die Autorinnen und Autoren bieten einige theoretische Erklärungen für diese Ergebnisse an, etwa, dass sich in vielen Demokratien wohlhabende Eliten an die Spitze der Regierungen gesetzt haben, dass keine Chancengleichheit gegeben ist, um am Markt teilzunehmen, dass es andere politische Trennlinien gibt, etwa ethnische oder religiöse, oder dass eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler die Idee der Umverteilung ungerecht findet und ablehnt. Was auch immer die Gründe sein mögen: Es gibt keinen Beleg dafür, dass Demokratie im Durchschnitt zu einem niedrigeren Niveau wirtschaftlicher Ungleichheit führt.

Dies steht im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Vorstellung darüber, warum es in Ländern überhaupt zu Demokratisierung kommt. In zwei in der Demokratisierungsforschung sehr einflussreichen Büchern gehen zum Beispiel Carles Boix[11] sowie Daron Acemoglu und James Robinson[12] davon aus, dass sich der Kampf um Demokratisierung eigentlich aus wirtschaftlichen Umverteilungskonflikten speist. Eine wohlhabende autokratische Elite, so argumentieren sie, will immer Umverteilung vermeiden. Der Rest der Bevölkerung – der die Demokratisierung vorantreibt – ist hingegen von dem Wunsch nach Umverteilung beseelt und betrachtet die Demokratie als ein System, das es ermöglicht, die wirtschaftlichen Dividenden der Gesellschaft gleichmäßiger unter den Vielen aufzuteilen. Eine andere bedeutende Tradition in der Demokratisierungsforschung verfolgt einen alternativen Ansatz: Wissenschaftler wie Douglass North und Barry Weingast[13] oder

**01** Vgl. Vanessa A. Boese et al., State of the World 2021: Autocratization Changing its Nature?, in: Democratization 6/2022, S. 983–1013.

**02** Vgl. Anna Lührmann/Staffan I. Lindberg, A Third Wave of Autocratization Is Here: What Is New About It?, in: Democratization 7/2019, S. 1095–1113.

**03** Vgl. Lucas Chancel et al., World Inequality Report 2022, World Inequality Lab, https://wir2022.wid.world.

**04** Vgl. Allan H. Meltzer/Scott F. Richard, A Rational Theory of the Size of Government, in: Journal of Political Economy 5/1981, S. 914–927.

**05** Vgl. Daron Acemoglu et al., Democracy Does Cause Growth, in: Journal of Political Economy 1/2019, S. 47–100.

**06** Vgl. Thomas J. Bollyky et al., The Relationships Between Democratic Experience, Adult Health, and Cause-Specific Mortality in 170 Countries Between 1980 and 2016: An Observational Analysis, in: The Lancet, 20.4.2019, S. 1628–1640.

**07** Vgl. David Altman/Federico Rojas-de-Galarreta/Francisco Urdinez, An Interactive Model of Democratic Peace, in: Journal of Peace Research 3/2021, S. 384–398.

**08** Vgl. Jeffrey F. Timmons, Does Democracy Reduce Economic Inequality?, in: British Journal of Political Science 4/2010, S. 741–757.

**09** Vgl. Daron Acemoglu et al., Democracy, Redistribution, and Inequality, in: Handbook of Income Distribution, Vol. 2., Amsterdam 2015, S. 1885–1966.

**10** Vgl. Kenneth Scheve/David Stasavage, Wealth Inequality and Democracy, in: Annual Review of Political Science 1/2017, S. 451–468.

**11** Vgl. Carles Boix, Democracy and Redistribution, Cambridge 2003.

**12** Vgl. Daron Acemoglu/James A. Robinson, Economic Origins of Dictatorship and Democracy, Cambridge 2006.

**13** Vgl. Douglass C. North/Barry R. Weingast, Constitutions and Commitment: The Evolution of Institutions Governing Public Choice in Seventeenth-Century England, in: The Journal of Economic History 4/1989, S. 803–832.

Ben Ansell und David Samuels[14] vertreten die Position, dass Demokratisierung in erster Linie das Ergebnis einer wachsenden Mittelschicht ist, die versucht, ihr Eigentum vor einer enteignenden autokratischen Elite zu schützen. In dem Maße, wie Größe und Vermögen dieser Mittelschicht zunehmen, wächst auch ihre Unzufriedenheit mit der Willkürherrschaft der autokratischen Elite – und ebenso ihre Fähigkeit, die Demokratisierung tatsächlich voranzutreiben.

Beide Theoriestränge versuchen also, Demokratisierungsprozesse zu erklären, unterscheiden sich dabei aber deutlich hinsichtlich des erwarteten sozioökonomischen Effekts demokratischen Regierens. Die Frage ist: Welche der beiden Denkschulen entspricht eher den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger selbst? Wir können annehmen, dass die Präferenzen der Bürger in Bezug auf das Thema Umverteilung dafür ausschlaggebend sind, inwieweit sie die Demokratie angesichts der wachsenden Ungleichheiten legitimiert sehen. Wenn ein wesentlicher Teil der Gesellschaft von einem demokratischen politischen System erwartet, dass wirtschaftliche Ungleichheit durch Umverteilung verringert wird, können wir daraus schließen, dass anhaltende oder sogar zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit von diesen Personen als ein Versagen der Demokratie wahrgenommen wird. Das wiederum würde das politische System selbst gefährden.

## AUTOKRATISIERUNG UND WIRTSCHAFTLICHE UNGLEICHHEIT

Die jüngste Forschung zur Autokratisierung liefert wertvolle Analysen über die Art und Weise, wie sich Autokratisierung heute vollzieht. Die Ursachenanalyse hingegen wurde bisher etwas stiefmütterlich behandelt, insbesondere in Bezug auf strukturelle Determinanten wie die Wirtschaft. Uns sind zumindest keine Studien bekannt, in denen konkret die Auswirkungen von Ungleichheit auf die jüngste Welle der Autokratisierung untersucht worden wären. Im Folgenden gehen wir daher zunächst auf einige nachgewiesene Auswirkungen der Ungleichheit auf die demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und auf die Befürwortung antidemokratischer Politik ein und stellen dann unsere Überlegungen dazu vor, wie diese Erkenntnisse mit der Autokratisierungsfrage zusammenhängen.

Es ist allgemein bekannt, dass demokratische Partizipation Ressourcen erfordert. Klassischerweise werden drei Komponenten genannt – Zeit, Geld und staatsbürgerliche Kompetenzen oder Fähigkeiten –, die in der Gesellschaft ungleich verteilt sind.[15] Nicht nur Geld, sondern auch Zeit und zivilgesellschaftliche Ressourcen sind in den unteren Schichten der Einkommens- und Vermögenspyramide knapp. Entsprechend gibt es eine ganze Reihe von Belegen dafür, dass wirtschaftliche Benachteiligung unterschiedlichste Aspekte der demokratischen Beteiligung behindert. In einer Gesellschaft, in der es deutlich voneinander getrennte sozioökonomische Schichten gibt, wird dieser Effekt noch verstärkt, da wohlhabende Menschen nicht nur einen größeren Einfluss auf einzelne politische Entscheidungen ausüben können, sondern auch die politische Agenda so gestalten können, dass sie ihren Interessen dient und die Interessen anderer Gruppen unter den Tisch fallen. So lässt sich etwa empirisch nachweisen, dass Einkommensungleichheit bei allen Bürgerinnen und Bürgern zu einer Verringerung von politischem Interesse, politischem Engagement und der Wahlbeteiligung führt – mit Ausnahme der Vermögenden.[16] Eine geringe Wahlbeteiligung bei bestimmten Bevölkerungsgruppen ist jedoch gefährlich für die Demokratie. Der Grundsatz der Gleichheit im Recht auf politische Beteiligung ist ein Grundpfeiler der Idee von Demokratie. Zwar erreicht wohl keine Gesellschaft de facto eine perfekt austarierte Beteiligung. Entfernt sich eine demokratisch verfasste Gesellschaft jedoch zu weit vom Ideal der politischen Gleichheit, kann die Legitimität des Systems ernsthaft Schaden nehmen.

Die vergangenen Jahrzehnte in Europa und Nordamerika zeichneten sich durch eine sinkende Wahlbeteiligung, eine schwindende Identifikation mit den Parteien, fallende Mitgliederzahlen, eine geringere Unterstützung für die etablierten Parteien, das Aufkommen von „Single-Issue-Bewegungen“, die sich nur auf einzelne Themen konzentrieren, und den Aufstieg von systemfeindlichen

**14** Vgl. Ben W. Ansell/David J. Samuels, Inequality and Democratization, Cambridge 2014.

**15** Vgl. Henry E. Brady/Sidney Verba/Kay Lehman Schlozman, Beyond SES: A Resource Model of Political Participation, in: American Political Science Review 2/1995, S. 271–294.

**16** Vgl. Frederick Solt, Economic Inequality and Democratic Political Engagement, in: American Journal of Political Science 1/2008, S. 48–60.

Parteien aus. Dies kann als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand der Politik in den etablierten Demokratien gedeutet werden, es bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass die Unterstützung für eine autokratische Alternative wächst. Die Ablehnung von etablierten Parteien und die Unterstützung einer populistischen Partei als Ergebnis politischer Unzufriedenheit kann immerhin noch als Zeichen dafür verstanden werden, dass das vorhandene politische System weiterhin für fähig gehalten wird, sich zum Besseren zu wandeln. Wenn die populistische Partei jedoch auch antidemokratisch agiert und/oder die Wählerschaft antidemokratische Werte vertritt, kann aus der Ablehnung einer aktuellen Regierung oder einer konkreten Politik eine Ablehnung des gesamten politischen Systems werden.

Antidemokratische Werte haben in den etablierten Demokratien Europas und Nordamerikas in den zurückliegenden Jahrzehnten erheblich an Zustimmung gewonnen: Bürgerinnen und Bürger scheinen immer weniger von der Hoffnung getragen, sie könnten tatsächlich Einfluss auf die öffentliche Politik nehmen. Sie messen der Demokratie als politischem System immer weniger Wert bei und stehen autoritären Optionen offener gegenüber als früher.[17] Für das Überleben der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, ob das demokratische politische System generell Unterstützung erfährt, und dies gilt nicht nur für die alten, etablierten Demokratien. Eine empirische Untersuchung von 135 Ländern über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten ergab kürzlich, dass ein höheres Maß an demokratischer Unterstützung eng mit dem Fortbestand der Demokratie verbunden ist.[18] Auch gibt es Hinweise darauf, dass Ungleichheit bei der abnehmenden Unterstützung für die Demokratie eine Rolle spielt. So zeigt sich zum Beispiel, dass die Kombination aus rechtsgerichteten kulturellen Werten und linksgerichteten wirtschaftlichen Werten (sogenannte protektionistische Einstellungen) der stärkste Indikator für autoritäre Werte in Demokratien ist.[19] Ein Kernelement dieses protektionistischen Einstellungssets ist die Abneigung gegen Ungleichheit und Globalisierung, bei gleichzeitiger Befürwortung einer (nationalen) Sozialpolitik. Dies deutet darauf hin, dass wirtschaftliche Ungleichheit tatsächlich einen Effekt auf die Unterstützung des demokratischen politischen Systems hat. Da der Effekt jedoch in Kombination mit rechtsgerichteten kulturellen Werten besonders ausgeprägt ist, scheint die Angelegenheit noch etwas komplizierter zu sein.

## SOZIOÖKONOMISCHE UND KULTURELLE FAKTOREN

Diese Komplexität tritt klar zutage, wenn man sich die Indikatoren für die Unterstützung populistischer und rechtsradikaler Parteien in diesen etablierten Demokratien anschaut. In der Regel konzentriert sich die Forschung zu den Ursachen der Unterstützung für solche Parteien entweder auf wirtschaftliche oder auf kulturelle Faktoren. In Studien, die sich auf wirtschaftliche Aspekte konzentrieren, konnte gezeigt werden, dass Personen am unteren Ende des Einkommensspektrums eher für populistische und rechtsradikale Parteien stimmen, wenn die Verhältnisse insgesamt sehr ungleich sind.[20]

Es gibt aber auch ein wachsendes Forschungsfeld, das sich mit der Kombination von wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren befasst und somit den autoritären Werten, die sich aus protektionistischen Einstellungen ergeben, Rechnung trägt. Ungleichheit und wirtschaftliche Benachteiligung sind wichtige Indikatoren für den Grad der sozialen Integration, das soziale Kapital und den sozialen Status einer Person, die wiederum die Wahrscheinlichkeit für die Unterstützung rechtsradikaler und populistischer Parteien beeinflussen. So haben Studien zum Beispiel gezeigt, dass Statusangst[21] und soziale Marginalisierung[22] Wählerinnen und Wähler dazu veranlassen, derartige Parteien zu unterstützen. Außerdem argumentieren einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dass wirtschaftliche und kulturelle Benachtei-

**17** Vgl. Roberto Stefan Foa/Yascha Mounk, The Danger of Deconsolidation: The Democratic Disconnect, in: Journal of Democracy 3/2016, S. 5–17.

**18** Vgl. Christopher Claassen, Does Public Support Help Democracy Survive?, in: American Journal of Political Science 1/2020, S. 118–134.

**19** Vgl. Ariel Malka et al., Who Is Open to Authoritarian Governance within Western Democracies?, in: Perspectives on Politics 2020, https://doi.org/10.1017/S1537592720002091.

**20** Vgl. Brian Burgoon et al., Positional Deprivation and Support for Radical Right and Radical Left Parties, in: Economic Policy 97/2019, S. 49–93.

**21** Vgl. Noam Gidron/Peter A. Hall, The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right, in: The British Journal of Sociology S1/2017, S. 57–84.

**22** Vgl. dies., Populism as a Problem of Social Integration, in: Comparative Political Studies 7/2020, S. 1027–1059.

ligung zwar beides relevante Faktoren sind, dass aber erstere zumindest teilweise letztere hervorbringt. Das heißt, dass die Werte der Menschen, ihre gesellschaftliche Selbstverortung und alles, was damit zusammenhängt, in hohem Maße von ihrer wirtschaftlichen Stellung abhängen.[23]

Allerdings ist wichtig, auf einige Vorbehalte gegenüber diesen Ergebnissen hinzuweisen. Erstens wird jede Antwort auf die Frage, wie sich Ungleichheit auf Autokratisierung auswirkt, unweigerlich dadurch beeinträchtigt, dass der Umfang der verfügbaren Vergleichsstudien, sowohl in geografischer wie zeitlicher Hinsicht, relativ klein ist. Eine klare Einschränkung besteht darin, dass die untersuchten Länder oft zu den wohlhabenderen gehören und viele von ihnen über relativ umfangreiche Sozialsysteme verfügen. Wir können nicht davon ausgehen, dass Menschen am unteren Ende des Einkommensspektrums in weniger wohlhabenden Regionen der Welt ähnlich reagieren – vor allem dann, wenn sie sich in weitaus prekäreren Situationen befinden und keinerlei staatliche Hilfe gegeben ist.

Zweitens liegen die meisten Länder, die von der aktuellen Autokratisierungswelle erfasst werden, außerhalb Europas und Nordamerikas. Obwohl viele von ihnen, zum Beispiel Brasilien, die Türkei oder Indien, von rechtspopulistischen oder rechtsradikalen Parteien angeführt werden, können wir nicht einfach davon ausgehen, dass die Triebkräfte für die Wählerunterstützung dort genau dieselben sind wie bei den rechtsgerichteten Parteien in Europa und Nordamerika.

Drittens würden die Ergebnisse an Belastbarkeit gewinnen, wenn man die Fälle gewählter Autokraten aus der Vergangenheit mit einbeziehen würde. Auch wenn diese Fälle selten sind und es offensichtliche Probleme mit den Daten gibt, könnten wir die Ergebnisse so auf die Auswirkungen von Ungleichheit angesichts heutiger Entwicklungen kontrollieren (wie etwa die jüngste Globalisierungswelle, die ebenfalls als Gefahr für die Demokratie angesehen wird).[24]

Viertens: Nicht alle populistischen und rechtsradikalen Parteien sind antidemokratisch. Wenn es uns um die Prozesse der Autokratisierung geht, sollten wir in die Analyse auch nur die Unterstützung für solche Parteien einbeziehen, die tatsächlich autokratische Werte zum Ausdruck bringen und Autokratie zum Ziel haben.

Ein letzter Punkt: Wie die Forschung über Ungleichheit und Demokratisierung zeigt,[25] ist es ergiebig, sich bei der Analyse auf soziologische Gruppen wie die Mittel- und Arbeiterklasse zu konzentrieren, anstatt auf wirtschaftliche Gruppen zu schauen, die nach Einkommensperzentilen unterschieden werden. Dies schließt an das Argument an, dass man sich gleichermaßen auf wirtschaftliche *und* auf kulturelle Benachteiligungen konzentrieren sollte. Soziologische Gruppen wie Klassen sind nicht nur durch ein ähnliches wirtschaftliches Niveau, sondern auch durch ähnliche Werte, Überzeugungen oder Sitten und Gebräuche gekennzeichnet. Die Konzentration auf solche Gruppen und darauf, wie sich Ungleichheit auf sie und ihre Zusammensetzung auswirkt, kann Aufschluss darüber geben, wie antidemokratische Werte dazu führen können, dass autokratische Führer an die Macht kommen. So entstünde beispielsweise auch ein deutlicheres Bild davon, welche Gruppen für diese antidemokratischen Kräfte so entscheidend sind, dass sie diese für sich zu gewinnen suchen. Wie genau ihnen dies gelingt und welche sozioökonomischen Kennzeichen einer Gesellschaft diese Entwicklung fördern, harrt noch weiterer Aufklärung. Ein weiterer Vorteil dieser Vorgehensweise besteht darin, dass die Fokussierung auf stärker sozial definierte Gruppen eine Brücke zur Polarisierungsforschung schlagen könnte – ein zentrales Interessensgebiet innerhalb der Autokratisierungsforschung –, indem untersucht wird, wie diese Gesellschaftsgruppen mitunter gegeneinander ausgespielt werden und inwieweit dies durch die gesellschaftliche Spaltung aufgrund hoher oder wachsender wirtschaftlicher Ungleichheit ermöglicht wird.

## AUSBLICK: UNGLEICHHEIT UND AUTOKRATISIERUNG

Wir möchten diesen Beitrag mit einigen kurzen theoretischen Mutmaßungen darüber beschließen, wie Ungleichheit und Autokratisierung zusammenhängen. Wir hoffen, damit einen Aus-

**23** Vgl. Cameron Ballard-Rosa et al., The Economic Origins of Authoritarian Values: Evidence from Local Trade Shocks in the United Kingdom, in: Comparative Political Studies 13/2021, S. 2321–2353.

**24** Vgl. Dani Rodrik, The Globalization Paradox: Democracy and the Future of the World Economy, New York–London 2011.

**25** Vgl. insbesondere die Arbeiten von Ansell/Samuels (Anm. 14).

gangspunkt für weitere Überlegungen zu den Auswirkungen von Ungleichheit auf Autokratisierung zu schaffen und künftige Forschungsarbeiten anzustoßen. Konkret wollen wir zwei Thesen formulieren, wie Ungleichheit Autokratisierung beeinflusst: Erstens glauben wir, dass Ungleichheit vor allem auf lange Sicht eine Rolle spielen wird. Zweitens denken wir, dass die Entwicklung von Ungleichheit für die hier diskutierte Frage ebenso wichtig ist wie das absolute Niveau von Ungleichheit.

Anhaltend hohe oder wachsende Ungleichheit wird vor allem auf lange Sicht zu Autokratisierung führen, da über längere Zeiträume hinweg ein Gefühl der politischen und sozialen Stagnation entstehen kann. Natürlich glauben wir nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger das Niveau der Ungleichheit jedes Jahr genauestens zur Kenntnis nehmen und ab einem bestimmten Schwellenwert die Autokratie bevorzugen. Wir glauben aber, dass die wirtschaftliche Ungleichheit ein wichtiger Faktor ist, der die Wahrnehmung der Qualität und des Charakters der Gesellschaft, in der man lebt, beeinflusst. Wenn wirtschaftliche Ungleichheit im Laufe der Zeit konstant hoch bleibt oder zunimmt, haben wir Grund zu der Annahme, dass dies zu einem Gefühl des Pessimismus und des Misstrauens gegenüber zukünftigen Verbesserungen führt. Wenn ein demokratisches politisches System unablässig sozioökonomische Ergebnisse zeitigt, die einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft an den Rand drängen, während die Politik bei jeder Wahl verspricht, die Gesellschaft für alle zu verbessern, wäre es nicht überraschend, wenn eine große Anzahl von Wählerinnen und Wählern zunehmend das politische System als Ganzes in Frage stellt – statt wie bisher nur einzelne Regierungen oder Parteien. Wir sollten unbedingt genauer empirisch untersuchen, wie sich jahrzehntelang anhaltende oder zunehmende Ungleichheit auf die Zustimmung zu antidemokratischer Politik auf der Ebene des einzelnen Wählers oder von Wählergruppen sowie auf die Autokratisierung auf Staatsebene auswirkt.

Die zweite These ähnelt der ersten, rückt aber die Dynamik der Ungleichheit in den Vordergrund, nicht ihr langfristiges Niveau. Auch hier gehen wir davon aus, dass die Entwicklung der Ungleichheit Einfluss darauf hat, wie die Leistungsfähigkeit und die Attraktivität eines politischen Systems wahrgenommen und bewertet werden. Aus verschiedenen historischen Gründen bestehen große Unterschiede zwischen Staaten hinsichtlich des Ausmaßes der Ungleichheit oder der sozioökonomischen Strukturen. Wird wirtschaftliche Ungleichheit im Laufe der Zeit verringert, kann das die Legitimität des politischen Systems erhöhen – selbst wenn der Grad der Ungleichheit generell hoch bleibt –, weil es den Bürgern, denen solche sozioökonomischen Ergebnisse wichtig sind, ein Gefühl von Optimismus und nachweislicher Verbesserung vermittelt. Wenn jedoch die Ungleichheit in einer Demokratie im Laufe der Zeit zunimmt, kann dies – selbst wenn die Ungleichheit eigentlich relativ gering ist – zu gegenteiligen Wahrnehmungen führen. Entwicklungen in die eine oder andere Richtung sind für das allgemeine Gefühl der Menschen, wohin sich eine Gesellschaft bewegt, von Bedeutung. Daher glauben wir, dass sich auch Länder mit einem relativ niedrigen Ungleichheitsgrad auf dünnes Eis begeben, wenn die Ungleichheit zuzunehmen beginnt. Bei zunehmender Ungleichheit, vor allem über einen längeren Zeitraum hinweg, ist es nicht verwunderlich, wenn Bürgerinnen und Bürger das Ergebnis dieses Prozesses früher oder später dem politischen System als Ganzem zuschreiben.

Wie und in welchem Ausmaß wirtschaftliche Ungleichheit zur Autokratisierung beiträgt, muss erst noch genauer systematisch erforscht werden. Doch wir glauben, überzeugende Beweise für einen Zusammenhang zwischen beiden Faktoren vorgelegt zu haben. Eine weitere Beschäftigung mit diesem Thema wäre nicht nur ein gewinnbringendes wissenschaftliches Unterfangen, sondern auch wichtig für die heutige und die zukünftige Politik. Wollen wir der Gefahr einer Autokratisierung entgegenwirken, müssen wir uns um ein besseres Verständnis von Autokratisierungsprozessen bemühen. Die Untersuchung des Zusammenhangs von Ungleichheit, Unzufriedenheit mit der Demokratie und daraus resultierender Unterstützung antidemokratischer Kräfte ist hierfür entscheidend.

Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff.

STAFFAN I. LINDBERG
ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göteborg und Direktor des V-Dem Instituts.
staffan.i.lindberg@pol.gu.se

MARTIN LUNDSTEDT
ist Forschungsassistent am V-Dem Institut der Universität Göteborg.
martin.lundstedt@v-dem.net

# WIE UNGLEICH IST DIE WELT?

## Ergebnisse des World Inequality Report 2022

*Theresa Neef · Lucas Chancel*

Einkommens- und Vermögensungleichheit ist ein weit verbreitetes Phänomen, das bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich ist und immer im Zentrum von Debatten darüber steht, wie Gesellschaften organisiert sein sollten. Die Coronakrise hat dies unerwartet deutlich vor Augen geführt. Sie hat große Wirtschaftszweige zum Erliegen gebracht und viele Menschen damit ihrer Existenzgrundlage beraubt. Dennoch wurden in vielen Ländern sehr schnell kompensierende Unterstützungsprogramme aufgelegt, was zeigt, dass die Gesellschaften durchaus über die Machtmittel verfügen, über politische Maßnahmen Ungleichheiten zu mildern und soziale und politische Notlagen abzuwenden. Doch obwohl Ungleichheit in gesellschaftlichen Debatten einen hohen Stellenwert einnimmt, fehlen uns oft grundlegende Informationen. Zahlen zum Wirtschaftswachstum werden jährlich von Regierungen in aller Welt veröffentlicht, aber diese sagen nichts darüber aus, wie sich das Wachstum auf die Bevölkerung verteilt – und wer von der Wirtschaftspolitik profitiert und wer leer ausgeht. Der Zugang zu solchen Daten ist für die demokratische Debatte essenziell.

Der World Inequality Report 2022, auf dem die folgenden Ausführungen beruhen, ist die aktuellste Übersicht über die internationalen Forschungsbemühungen, Ungleichheiten bei Einkommen, Vermögen und Kohlenstoffemissionen im weltweiten Vergleich aufzuzeigen.[01] Die vorgestellten Daten und Analysen beruhen auf der Arbeit von mehr als hundert Forschenden aus allen Kontinenten, die über vier Jahre hinweg zur World Inequality Database beigetragen haben, die vom World Inequality Lab in Paris gepflegt wird. Dieses umfangreiche Netzwerk arbeitet mit statistischen Ämtern, Steuerbehörden, Hochschulen und internationalen Organisationen zusammen, um länderübergreifend vergleichbare Daten zur Ungleichheit zu vereinheitlichen, zu analysieren und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Im Folgenden fassen wir die wichtigsten Ergebnisse des Berichts zusammen und verorten Deutschland im internationalen Vergleich.

### UNGLEICHHEIT – EIN ÜBERBLICK

Wichtige Indikatoren zur Beschreibung der Ungleichheit sind Einkommens- und Vermögensanteile am Nationaleinkommen oder Gesamtvermögen. Sie beschreiben, wie viel eine gesellschaftliche Gruppe vom Gesamteinkommen in einer Volkswirtschaft erhält oder wie viel sie vom Gesamtvermögen besitzt. Um die Gesellschaft in Gruppen einzuteilen, sortieren wir die Individuen einer Volkswirtschaft nach der Höhe ihres Einkommens oder Vermögens von den ärmsten zu den reichsten und gruppieren sie in die untersten beziehungsweise ärmsten 50 Prozent, die mittleren 40 Prozent (mitunter „Mittelschicht“ genannt) und die obersten 10 Prozent. Die reichsten 1 Prozent werden oft gesondert betrachtet. In einer Gesellschaft, in der Gleichheit herrscht, würden die obersten 10 Prozent auch 10 Prozent des gesamten Nationaleinkommens erhalten, während die unteren 50 Prozent die Hälfte des Nationaleinkommens erhalten würden. Je mehr die Anteile von dieser Parität zwischen Bevölkerungsanteil und Einkommens-/Vermögensanteil abweichen, desto ungleicher ist eine Gesellschaft. So beträgt heute in vielen europäischen Ländern der Einkommensanteil der oberen 10 Prozent zwischen 30 und 40 Prozent, während der Einkommensanteil der unteren 50 Prozent in vielen Fällen unter 25 Prozent liegt.

Global gesehen nahm die Einkommensungleichheit zwischen 1820 und 1910 mit zunehmender westlicher Dominanz und Kolonialherrschaft rasant zu und blieb zwischen 1910 und 2020 auf einem sehr hohen Niveau. Aufgrund des schnellen Wachstums in den großen „Schwellenländern“ hat sich die Kluft zwischen den Ländern seit 1980 etwas verringert. Jedoch nahmen

Ungleichheiten innerhalb von Ländern im gleichen Zeitraum erheblich zu. Diese beiden Effekte glichen sich gegenseitig aus, sodass die globale Ungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten weiterhin hoch blieb. Heute erhalten die reichsten 10 Prozent der Einkommensbezieher*innen etwa die Hälfte des weltweiten Einkommens. Die Vermögensungleichheit ist noch deutlich größer als die Einkommensungleichheit: Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung besitzen heute etwa drei Viertel des weltweiten Vermögens, während die ärmsten 50 Prozent über kein nennenswertes Vermögen verfügen.

Weitere Ungleichheitsachsen betreffen die Geschlechterungleichheit bei den Arbeitseinkommen sowie Ungleichheit in der Emission von Treibhausgasen: Frauen erhalten heute etwa 35 Prozent des gesamten weltweit erwirtschafteten Arbeitseinkommens, während die Parität bei 50 Prozent erreicht wäre. Kohlenstoffemissionen sind global gesehen ähnlich ungleich verteilt wie die Einkommen: Die obersten 10 Prozent der Kohlenstoffemittenten sind für fast 50 Prozent der weltweiten Kohlenstoffemissionen verantwortlich. Politische Maßnahmen zur Verringerung der globalen Emissionen sollten daher in erster Linie auf die sehr großen Emittenten abzielen.

Deutschland weist im Vergleich mit vielen westeuropäischen Ländern eine hohe Einkommensungleichheit auf. Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland teilen die deutsche Gesellschaft nach wie vor.

Eine globale Mindeststeuer auf – derzeit oft sehr niedrig besteuerte – Unternehmensgewinne, auf die sich 2021 mehr als 130 Länder im „Inclusive Framework on BEPS" der OECD geeinigt haben, könnte dringend benötigte Staatseinnahmen generieren.[02] Derzeit können multinationale Unternehmen ihre Unternehmenssteuern leicht senken, indem sie einen Teil ihrer Gewinne in Steuerparadiese verlagern; die laufenden internationalen Bemühungen könnten dieser künstlichen Gewinnverlagerung bald ein Ende setzen. Aber auch manche vermögenden Privatpersonen untergraben die Progressivität unserer Einkommensteuersysteme, etwa durch Steuerflucht. Um Steuerhinterziehung einzudämmen, aber auch, um Geldwäsche und Finanzkriminalität zu bekämpfen, ist Finanztransparenz von entscheidender Bedeutung. In der Debatte über die Eindämmung der extremen Vermögenskonzentration und die Erzielung dringend benötigter Staatseinnahmen werden progressive Vermögenssteuern (wieder) als vielversprechendes Instrument ins Spiel gebracht. Wir kommen darauf am Ende unseres Beitrags zurück.

Trotz der großen Menge an Daten, die für den World Inequality Report verwendet wurden, sind wir uns durchaus bewusst, dass unsere Fähigkeit, die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit zu messen, aufgrund zum Teil fehlender oder qualitativ minderwertiger Informationen begrenzt ist. Wir behaupten nicht, unsere Daten seien der Weisheit letzter Schluss, sondern wir wollen vielmehr deutlich machen, was wir wissen und was wir nicht wissen, und klar kennzeichnen, welche Länder in ihren Bemühungen, Statistiken zur Ungleichheit zu erstellen, bei der Datenproduktion und -veröffentlichung besser abschneiden als andere. Insbesondere ist es wichtig, dass Regierungen Forscher*innen Zugang zu zuverlässigen und detaillierten Steuerstatistiken gewähren. Nur zuverlässige Daten über Einkommen und Vermögen ermöglichen eine fundierte Debatte über die Entwicklung von Ungleichheit und darüber, was zu tun ist. Dabei sind wirtschaftliche Fragen nicht nur eine Angelegenheit von Wirtschaftswissenschaftler*innen, Statistiker*innen, Regierungsbeamt*innen oder Unternehmenschef*innen. Sie gehen alle etwas an, und es ist unser Hauptziel, die Zivilgesellschaft in dieser Debatte zu ermächtigen.

## GLOBALE EINKOMMENS- UND VERMÖGENSUNTERSCHIEDE

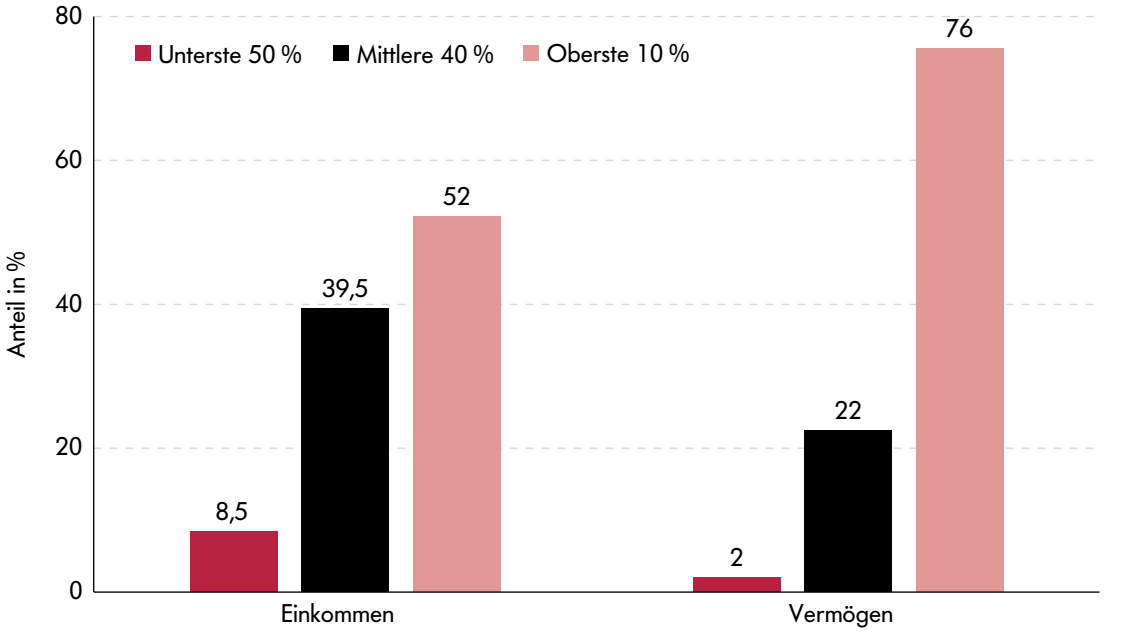
Ein durchschnittlicher Erwachsener verdiente im Jahr 2021 etwa 23 380 US-Dollar und besaß ein Vermögen von 102 600 US-Dollar.[03] Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich je-

**01** Der World Inequality Report 2022 wurde von Lucas Chancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez und Gabriel Zucman koordiniert. Er basiert auf den Forschungsergebnissen des World Inequality Lab in Paris. Ziel des Reports ist es, den weltweiten Debatten über Ungleichheit die aktuellsten und vollständigsten verfügbaren Daten zur Verfügung zu stellen. Siehe https://wid.world.

**02** Vgl. www.oecd.org/tax/beps.

**03** Alle monetären Werte sind ausgedrückt in Kaufkraftparität (KKP), jahresdurchschnittlicher Wechselkurs 2021.

*Abbildung 1:* Globale Einkommens- und Vermögensungleichheit 2021




**Interpretation:** Die untersten 50 % der Einkommensbezieher*innen weltweit verfügen über etwa 8,5 % des Gesamteinkommens (kaufkraftbereinigt). Die unteren 50 % besitzen weltweit 2 % des Vermögens (kaufkraftbereinigt). Die 10 % vermögendsten Haushalte besitzen etwa 76 % des weltweiten Vermögens und erzielen 52 % des Gesamteinkommens im Jahr 2021. Zu beachten ist, dass die Menschen mit dem höchsten Vermögen nicht unbedingt auch die höchsten Einkommen haben. Die Einkommen werden nach Abzug der Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge und unter Hinzurechnung der beitragsabhängigen Renten und der Arbeitslosenunterstützung gemessen, aber vor Einkommen- und Vermögenssteuern und bedürftigkeitsabhängigen Transfers.

*Quellen und Daten:* https://wir2022.wid.world/methodology

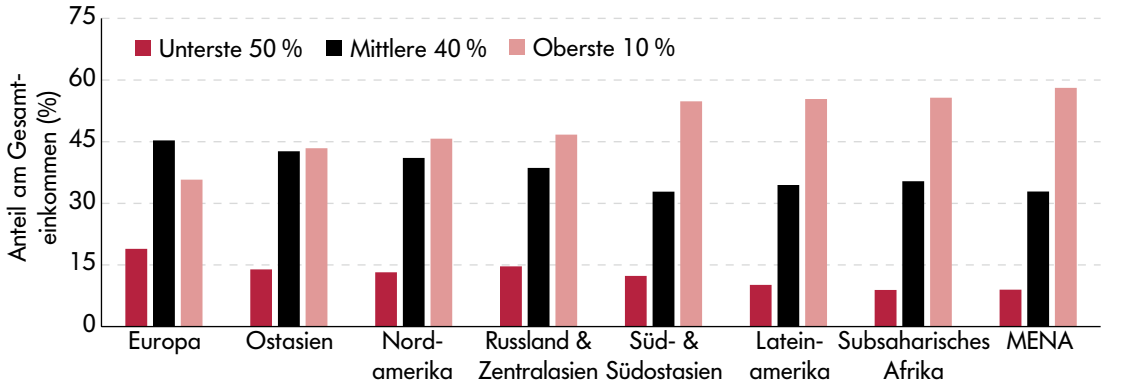
doch große Unterschiede sowohl zwischen als auch innerhalb von Ländern. Die einkommensstärksten 10 Prozent der Weltbevölkerung beziehen derzeit etwa 52 Prozent des weltweiten Einkommens, während auf die ärmere Hälfte der Bevölkerung 8,5 Prozent entfällt (*Abbildung 1*). Im Durchschnitt verdient eine Person aus den obersten 10 Prozent der weltweiten Einkommensverteilung 122 100 US-Dollar pro Jahr, während eine Person aus der ärmsten Hälfte der weltweiten Einkommensverteilung 3920 US-Dollar verdient.

Die globale Vermögensungleichheit ist noch ausgeprägter als die Ungleichheit beim Einkommen. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt so gut wie gar kein Vermögen, nämlich nur 2 Prozent des Gesamtvermögens. Im Gegensatz dazu besitzen die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung etwa 76 Prozent des gesamten Vermögens. Im Durchschnitt verfügt eine Person aus der ärmeren Hälfte der Bevölkerung über 4100 US-Dollar, während eine Person aus den obersten 10 Prozent im Durchschnitt 771 300 US-Dollar besitzt.

*Abbildung 2* zeigt das Niveau der Einkommensungleichheit in den einzelnen Weltregionen. Die Ungleichheit variiert erheblich zwischen der Region mit der größten Gleichheit (Europa) und der mit der größten Ungleichheit (Naher Osten und Nordafrika, zusammengefasst unter der Abkürzung MENA). In Europa liegt der Anteil der oberen 10 Prozent am Einkommen bei etwa 36 Prozent, während er in der MENA-Region 58 Prozent erreicht. Zwischen diesen beiden Extremen liegen die anderen Weltregionen. In Ostasien etwa beziehen die obersten 10 Prozent der Einkommenspyramide 43 Prozent des Gesamteinkommens, in Lateinamerika 55 Prozent.

Die Weltkarte der Ungleichheit (*Abbildung 3*) zeigt, dass sich vom durchschnittlichen nationalen Einkommensniveau nur schlecht auf den Grad der Ungleichheit schließen lässt: Unter den Ländern mit hohem Durchschnittsein-

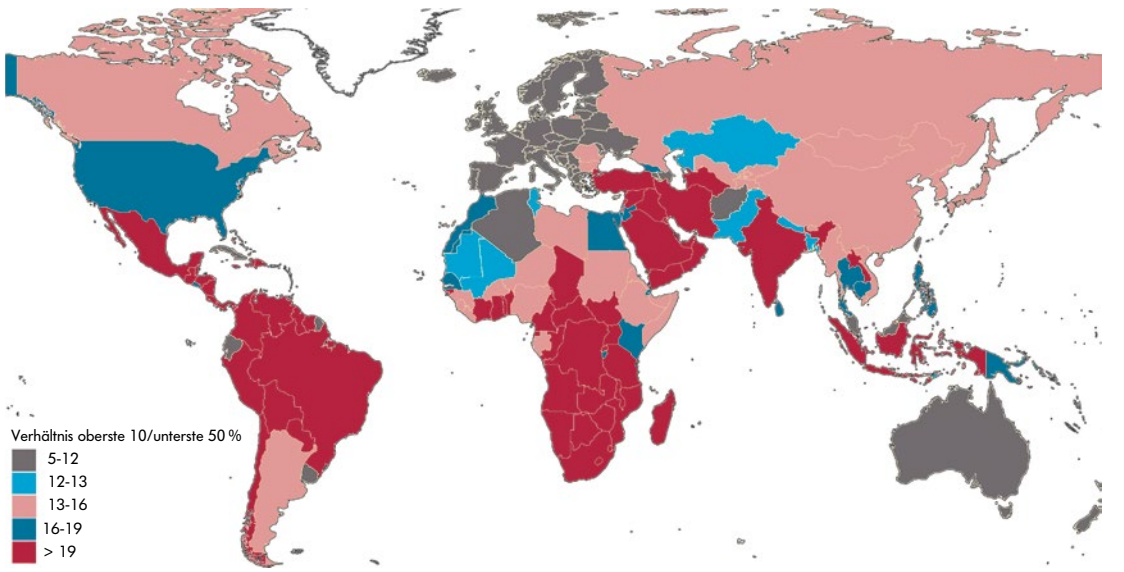
*Abbildung 2:* Einkommensanteile nach Weltregion 2021




**Interpretation:** In Lateinamerika erhalten die 10 % der höchsten Einkommensbezieher*innen über 55 % des Gesamteinkommens, während es in Europa 36 % sind. Die Einkommen werden nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und unter Hinzurechnung von beitragsabhängigen Transferleistungen, aber vor Einkommen- und Vermögenssteuern und bedürftigkeitsabhängigen Transfers gemessen.

*Quellen und Daten:* https://wir2022.wid.world/methodology

*Abbildung 3:* Weltweite Einkommensunterschiede zwischen den obersten 10 und den untersten 50 Prozent 2021

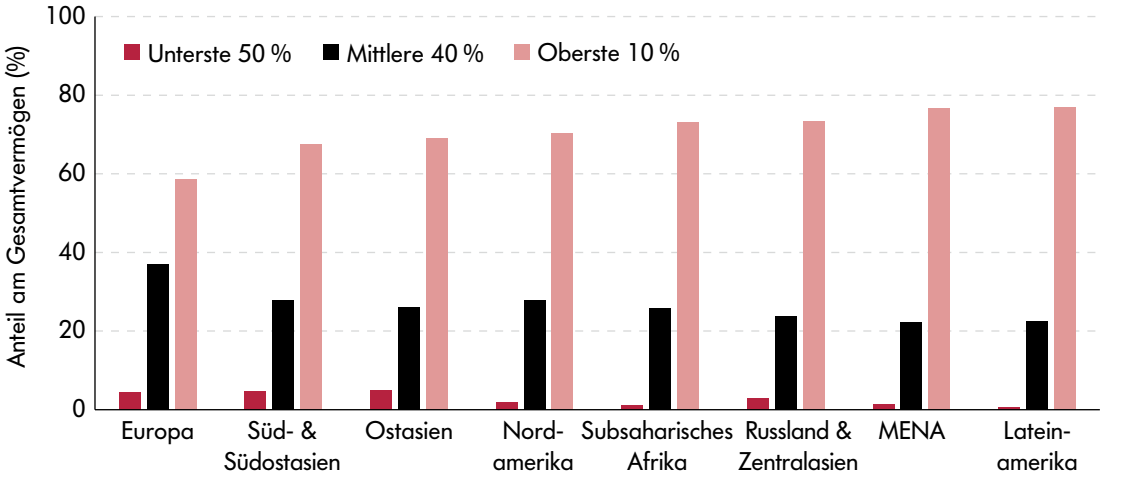



**Interpretation:** In Brasilien verdienen die obersten 10 % im Durchschnitt etwa das 29-fache des Einkommens der unteren 50 %. In Frankreich liegt dieses Verhältnis bei 7. Die Einkommen werden nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und unter Hinzurechnung von beitragsabhängigen Transferleistungen, aber vor Einkommen- und Vermögenssteuern und bedürftigkeitsabhängigen Transfers gemessen.

*Quellen und Daten:* https://wir2022.wid.world/methodology

kommen gibt es einige sehr ungleiche (zum Beispiel die USA), während andere relativ gleich sind (etwa Schweden). Das Gleiche gilt für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, von denen einige eine extreme Ungleichheit aufweisen (etwa Brasilien und Indien), andere ein relativ hohes Ungleichheitsniveau (zum Beispiel China) und wieder andere ein moderates bis relativ niedriges Niveau (etwa Malaysia oder Uruguay).

*Abbildung 4:* Vermögenskonzentration in verschiedenen Weltregionen 2021




**Interpretation:** Die reichsten 10 % in Lateinamerika besitzen etwa 77 % des gesamten Haushaltsvermögens, während die ärmsten 50 % nur etwa 1 % und die mittleren 40 % etwa 22 % des gesamten Haushaltsvermögens besitzen. In Europa besitzen die obersten 10 % etwa 58 %, während die mittleren 40 % über 38 % und die unteren 50 % über 4 % des gesamten Haushaltsvermögens verfügen.

*Quellen und Daten:* https://wir2022.wid.world/methodology

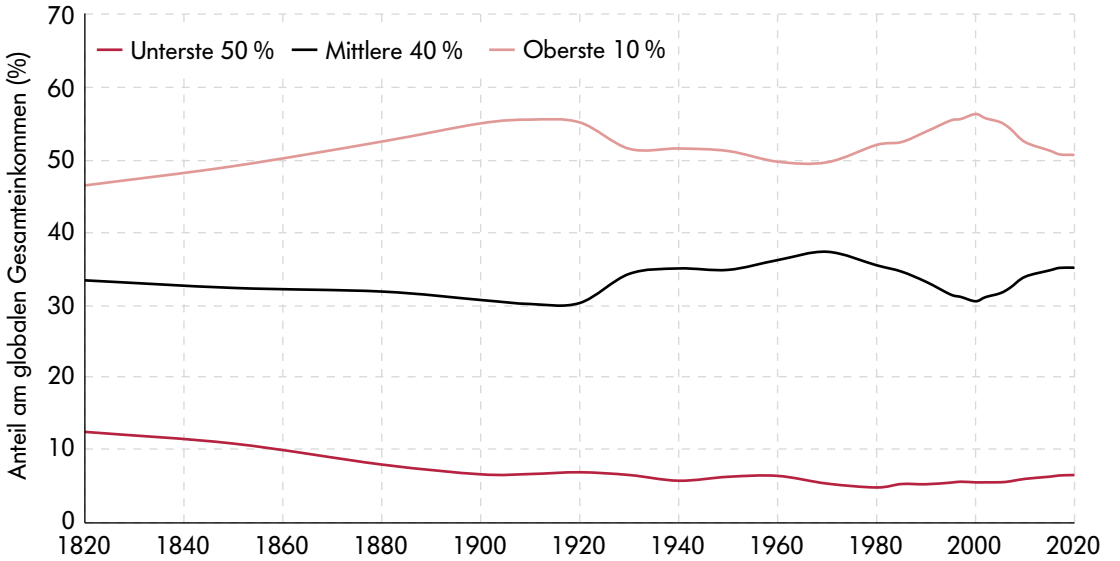
Vermögen konzentriert sich stärker in den Händen weniger Menschen als das Einkommen, doch ähnliche regionale Muster sehen wir auch hier. Lateinamerika und die MENA-Region sind die Regionen mit der größten Vermögensungleichheit (*Abbildung 4*). In diesen beiden Weltregionen besitzen die reichsten 10 Prozent mehr als drei Viertel des gesamten Haushaltsvermögens. In Europa, der Weltregion mit der größten Gleichheit, besitzen die reichsten 10 Prozent immer noch etwa 58 Prozent des gesamten Vermögens. Der Vermögensanteil der ärmeren Hälfte der Bevölkerung beträgt in allen Regionen weniger als 5 Prozent.

Die globalen Ungleichheiten sind heute in etwa so groß wie auf dem Höhepunkt des westlichen Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung bezieht heute einen Anteil am globalen Einkommen, der etwa halb so groß ist wie 1820, als die Schere zwischen den westlichen Ländern und ihren Kolonien noch nicht auseinanderklaffte (*Abbildung 5*). Es liegt offenkundig noch ein langer Weg vor uns, um die globalen wirtschaftlichen Ungleichheiten zu beseitigen, die sich aus der sehr ungleichen Organisation der Weltproduktion zwischen Mitte des 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts ergeben haben.

Die relativ geringe Dynamik der weltweiten Einkommensungleichheit sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich unter der Oberfläche erhebliche Veränderungen vollzogen haben: Während die Ungleichheit der Durchschnittseinkommen zwischen den Ländern in den vergangenen beiden Jahrzehnten zurückgegangen ist, haben sich die Ungleichheiten innerhalb der Länder erheblich verschärft. Dieser starke Anstieg der Ungleichheit innerhalb der einzelnen Länder hat dazu geführt, dass das Level an Ungleichheit in der Welt trotz des wirtschaftlichen Aufholprozesses und des starken Wachstums in den „Schwellenländern" auch heute noch bemerkenswert hoch ist. Die Einkommensungleichheit innerhalb einzelner Länder ist heute tatsächlich größer als die nach wie vor erheblichen Ungleichheiten zwischen den Ländern.

Im Gegensatz zum Einkommen, das beständig fließt, ist das Vermögen ein Bestand, eine wirtschaftliche Ressource, die im Laufe der Zeit akkumuliert wird. Wichtig ist, zwischen öffentlichem und privatem Vermögen zu unterscheiden. In den vergangenen 40 Jahren sind viele Gesellschaften deutlich reicher, ihre Regierungen jedoch deutlich ärmer geworden. Der Anteil des von öffentlichen Akteur*innen gehaltenen Vermögens geht in den reichen Ländern gegen Null oder ist negativ, was bedeutet, dass sich das ge-

*Abbildung 5:* Globale Einkommensungleichheit, 1820–2020




**Interpretation:** Der Anteil des globalen Einkommens, der auf die 10 % der höchsten Einkommensbezieher*innen entfällt, schwankte zwischen 1820 und 2020 zwischen 50 und 60 % (50 % im Jahr 1820, 60 % im Jahr 1910, 56 % im Jahr 1980, 61 % im Jahr 2000, 55 % im Jahr 2020), während der Anteil, der auf die 50 % der niedrigsten Einkommensbezieher*innen entfällt, im Allgemeinen um oder unter 10 % lag (14 % im Jahr 1820, 7 % im Jahr 1910, 5 % im Jahr 1980, 6 % im Jahr 2000, 7 % im Jahr 2020).
Die globale Ungleichheit hat zwischen 1820 und 1910 zugenommen und weist seitdem keinen signifikanten langfristigen Trend auf.

*Quellen und Daten:* https://wir2022.wid.world/methodology; Lucas Chancel/Thomas Piketty, Global Income Inequality, 1820–2020, in: Journal of the European Economic Association 6/2021, S. 3025–3062.

samte Vermögen in privaten Händen befindet (*Abbildung 6*). Dieser Trend wurde durch die Coronakrise noch verstärkt, in deren Verlauf die Regierungen Kredite in Höhe von 10 bis 20 Prozent des BIP aufnahmen, im Wesentlichen vom privaten Sektor. Das gegenwärtig geringe Vermögen der öffentlichen Hand hat weitreichende Auswirkungen darauf, inwiefern ein Staat in Zukunft imstande ist, Ungleichheit zu bekämpfen und sich den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzunehmen.

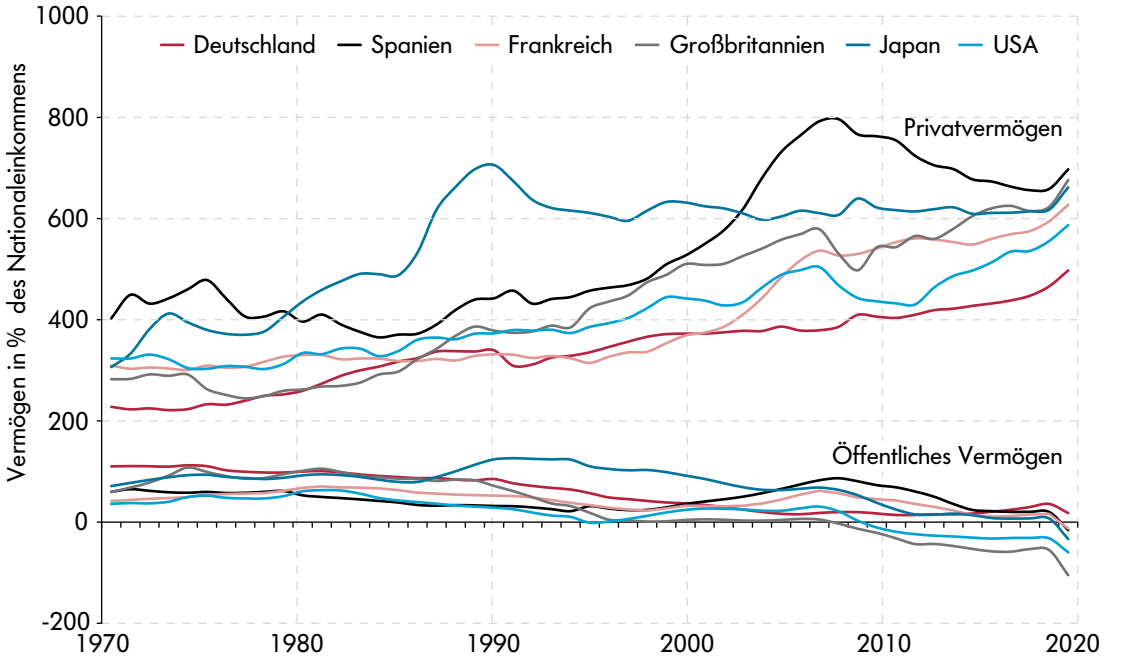
Das Privatvermögen stieg sowohl innerhalb der Länder als auch auf globaler Ebene in sehr unterschiedlichem Maße an. Globale Multimillionär*innen haben seit 1995 einen überproportionalen Anteil des globalen Vermögenswachstums erhalten. Auf das reichste 1 Prozent entfallen 38 Prozent des gesamten seit Mitte der 1990er Jahre zusätzlich angehäuften Vermögens, während die unteren 50 Prozent nur 2 Prozent von diesem Zuwachs abbekommen haben. Dieser ungleiche Vermögenszuwachs zwischen den oberen und den unteren Gruppen ist auf erhebliche Unterschiede bei den Wachstumsraten zurückzuführen. Das Vermögen der reichsten Menschen auf der Erde ist seit 1995 um 6 bis 9 Prozent pro Jahr gewachsen, während das durchschnittliche Vermögen nur um 3 Prozent pro Jahr gestiegen ist.

Wenn wir einen längeren Zeithorizont betrachten, ändert sich das Bild etwas: Die Vermögensungleichheit in den Vereinigten Staaten und Europa wurde zwischen dem frühen 20. Jahrhundert und den 1980er Jahren deutlich verringert, aber die ärmste Hälfte der Bevölkerung besaß in diesen Ländern gleichwohl immer nur sehr wenig, etwa zwischen 2 und 7 Prozent des Gesamtvermögens.

## GESCHLECHTERUNGLEICHHEIT, $CO_2$-EMISSIONEN UND KLIMAWANDEL

Der World Inequality Report 2022 liefert auch erste globale Schätzungen zur geschlechterspezifischen Ungleichheit beim Arbeitseinkommen. Insgesamt lag der Anteil, den Frauen am globalen Arbeitseinkommen erhielten, in den frühen 1990er

*Abbildung 6:* Anstieg des privaten und Rückgang des öffentlichen Vermögens in reichen Ländern, 1970–2020




**Interpretation**: Das öffentliche Vermögen ist die Summe aller finanziellen und nicht-finanziellen Vermögenswerte, abzüglich der Schulden, die von Regierungen gehalten werden. In Großbritannien sank das öffentliche Vermögen von 60 % des Nationaleinkommens im Jahr 1970 auf -106 % im Jahr 2020.

*Quellen und Daten:* https://wir2022.wid.world/methodology; Luis Bauluz et al., Estimation of Global Wealth Aggregates in WID.world: Methodology, World Inequality Lab, Technical Note 2021/13.

Jahren bei etwa 30 Prozent; auch heute noch liegt er bei nur 35 Prozent. In einer geschlechtergerechten Welt würden Frauen 50 Prozent des gesamten Arbeitseinkommens verdienen. In den vergangenen 30 Jahren wurden auf globaler Ebene hier nur sehr wenige Verbesserungen erzielt. Die Dynamik war von Land zu Land unterschiedlich: Während in einigen Ländern Fortschritte zu verzeichnen waren, ging in anderen, etwa in China, der Anteil, den Frauen am gesamten Arbeitseinkommen erhalten, zurück (*Abbildung 7*).

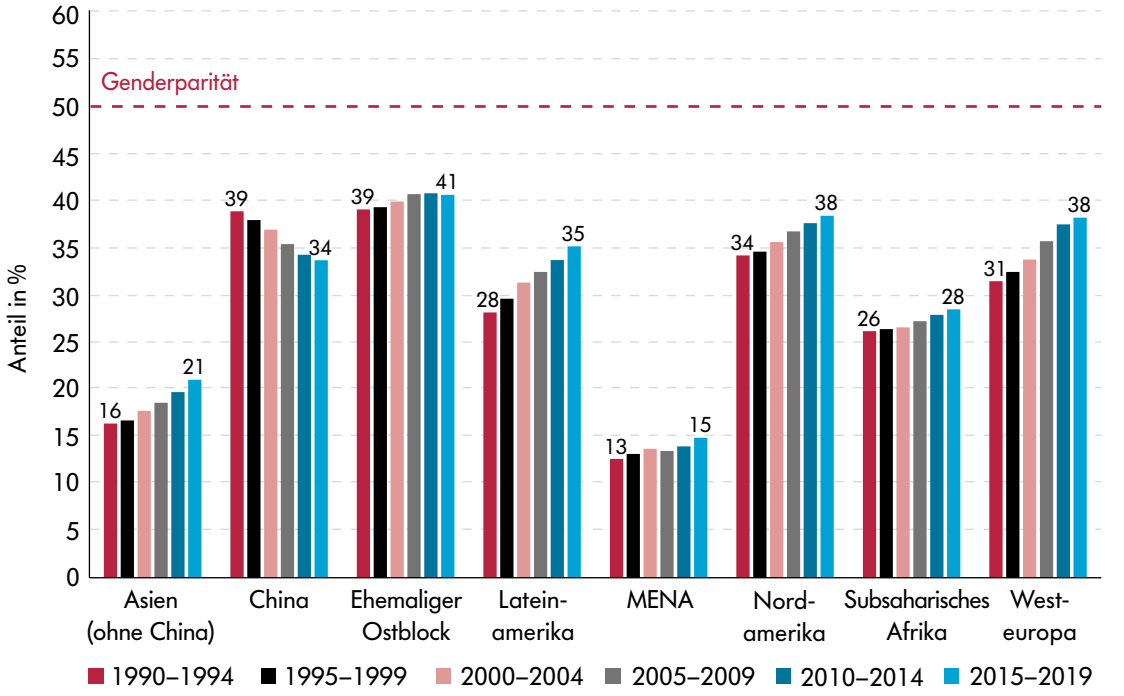
Eine vergleichsweise neue Frage globaler Ungleichheit betrifft den Klimawandel und die mit ihm verbundene Freisetzung klimaschädlicher Treibhausgase. Die Kohlenstoffemissionen sind ähnlich ungleich verteilt wie die weltweiten Einkommen. Im Durchschnitt stößt ein Mensch pro Kopf und Jahr 6,6 Tonnen Kohlendioxidäquivalent aus. Ein neuer Datensatz zur Ungleichheit bei Kohlenstoffemissionen zeigt, dass die 10 Prozent der weltweit größten Emittenten für fast 50 Prozent aller Emissionen verantwortlich sind, während jene 50 Prozent mit den geringsten Emissionen etwa 12 Prozent der Gesamtemissionen verursachen.[04]

Allerdings sind diese Ungleichheiten nicht nur ein Problem zwischen reichen und armen Ländern. Auch in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen gibt es große Emittenten und in reichen Ländern kleine Emittenten. In Europa emittieren die 50 Prozent der Bevölkerung mit den geringsten Emissionen etwa fünf Tonnen pro Jahr und Person, in Ostasien etwa drei Tonnen und in Nordamerika etwa 10 Tonnen. Dies steht in starkem Kontrast zu den Emissionen der oberen 10 Prozent in diesen Regionen. Diese emittieren 29 Tonnen in Europa, 39 in Ostasien und 73 in Nordamerika (*Abbildung 8*).

Während die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung in den wohlhabenden Ländern die von diesen Ländern für 2030 gesetzten Klimaziele bereits mehr oder weniger einhalten (wenn die-

**04** Vgl. Lucas Chancel, Global Carbon Inequality 1990–2019, in: Nature Sustainability 2022 (i. E.).

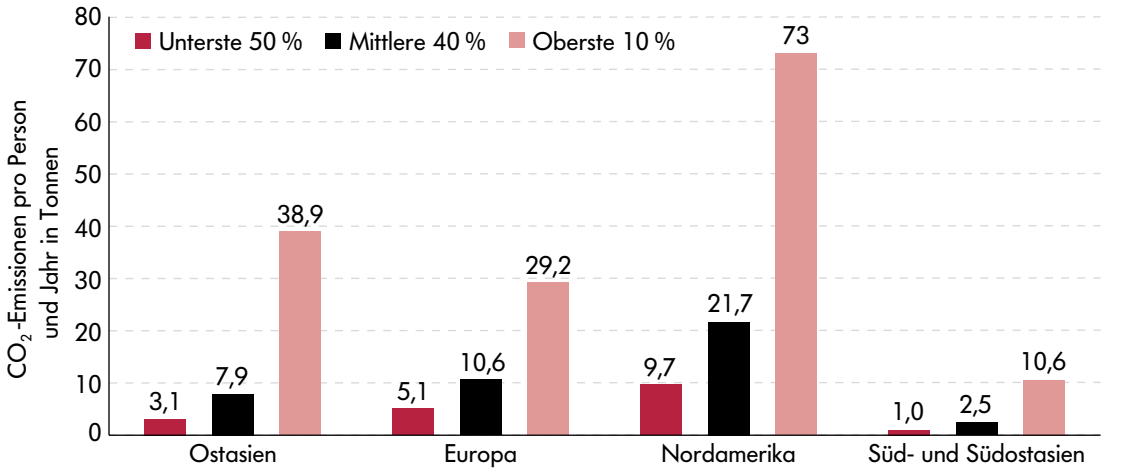
*Abbildung 7:* Frauenanteil am Arbeitseinkommen nach Weltregion, 1990–2020




**Interpretation**: Der Anteil des Arbeitseinkommens, den Frauen erhalten, stieg in Nordamerika zwischen den frühen 1990er und den späten 2010er Jahren von 34 auf 38 %, während er in China von 39 auf 34 % zurückging. Jeder Balken zeigt einen 5-Jahres-Durchschnitt. Die regionalen Durchschnittswerte sind bevölkerungsgewichtet.

*Quellen und Daten:* https://wir2022.wid.world/methodology; Theresa Neef/Anne-Sophie Robilliard, Half the Sky? The Female Labor Income Share in a Global Perspective, World Inequality Lab, Working paper 2021/22

*Abbildung 8:* Pro-Kopf-Emissionen nach Regionen 2019




**Interpretation**: Die 10 % der größten Emittenten in Nordamerika stießen 2019 pro Kopf etwa 73 Tonnen $CO_2$-Äquivalent aus, während die 10 % der größten Emittenten in Südostasien nur etwa 10 Tonnen ausstießen. Die 50 % mit den niedrigsten Emissionen emittieren in jeder Weltregion weniger als 10 Tonnen pro Person und Jahr. Ergebnisse für alle Weltregionen finden sich im World Inequality Report 2022.

*Daten und Quellen:* https://wir2022.wid.world/methodology; Lucas Chancel, Global Carbon Inequality 1990–2019, in: Nature Sustainability 2022 (i. E.)

se Ziele pro Kopf umgerechnet werden), ist dies bei der einkommensstärkeren Hälfte der Bevölkerung nicht der Fall. Bislang haben klimapolitische Maßnahmen wie $CO_2$-Steuern oft unverhältnismäßig starke Auswirkungen auf Gruppen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, während die Konsumgewohnheiten der wohlhabenden Bevölkerungsschichten unverändert bleiben. Hier könnte sich die Klimapolitik stärker auf reiche Verschmutzer*innen ausrichten.

## DEUTSCHLAND IM VERGLEICH

Deutschland gehört heute zu den europäischen Ländern mit der höchsten Einkommens- und Vermögenskonzentration. Die obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher*innen erhalten in Deutschland etwa 40 Prozent des gesamten Nationaleinkommens, während sie in Frankreich nur etwa 32, im Vereinigten Königreich etwa 36 und in der Schweiz 33 Prozent des Einkommens beziehen. Auf die Hälfte der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen entfällt weniger als 20 Prozent des Gesamteinkommens. Allerdings ist der Grad der Einkommenskonzentration in Deutschland noch deutlich von den Vereinigten Staaten entfernt, wo die obersten 10 Prozent etwa 45 Prozent des Gesamteinkommens für sich beanspruchen können.[05]

Deutschland blickt in Bezug auf Einkommensungleichheit auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Durch die Industrialisierung stieg die Einkommenskonzentration bei den reichsten Deutschen von den 1870er Jahren bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs leicht an. Während des Ersten Weltkriegs verursachten die hohen Unternehmensgewinne in der Schwerindustrie einen starken Anstieg der Ungleichheit. Die 10 Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen erhielten Mitte der 1910er Jahre fast 50 Prozent des Gesamteinkommens. Erst in der Zeit der Weimarer Republik, die durch die Hyperinflation der frühen 1920er Jahre und die Auswirkungen der Großen Rezession Anfang der 1930er Jahre geprägt war sowie durch erhebliche Lohnerhöhungen infolge der Einführung von Tarifverträgen, gingen die Einkommensanteile der Spitzenverdiener*innen stark zurück. In der Zeit des Nationalsozialismus nahm die Ungleichheit wieder zu, was vor allem auf die hohen Unternehmensgewinne in den kriegsrelevanten Industrien zurückzuführen ist. Nach einem Rückgang der Ungleichheit in der unmittelbaren Nachkriegszeit übertraf die Einkommenskonzentration bei den obersten 1 Prozent bald wieder das Vorkriegsniveau. Dies steht im Widerspruch zu der weitverbreiteten Ansicht, dass die soziale Marktwirtschaft das Niveau der Ungleichheit niedrig gehalten habe. Seit Ende der 1990er Jahre nahm die Ungleichheit wieder rasch zu. Mitte der 1990er Jahre verdienten die oberen 10 Prozent kaum mehr als 30 Prozent des Gesamteinkommens, heute beträgt der Anteil wieder etwa 40 Prozent. Die Einkommenskonzentration bei den obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher*innen ist damit heute etwa genauso hoch wie um 1900.[06]

Die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und zwischen Ost- und Westdeutschland spaltet die deutsche Gesellschaft nach wie vor. Nur etwa 36 Prozent des gesamten deutschen Arbeitseinkommens entfällt auf Frauen – Parität wäre bei 50 Prozent erreicht. Dies ist vergleichbar mit dem Niveau in ganz Westeuropa, wenn auch etwas niedriger als in Frankreich (41 Prozent) oder Großbritannien (38 Prozent).[07] Ein Grund hierfür: Deutschland weist nach wie vor eine der größten Einkommensbenachteiligungen für Mütter auf.[08] Und auch dreißig Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es zwi-

**05** Vgl. Charlotte Bartels, Top Incomes in Germany, 1871–2014, in: The Journal of Economic History 3/2019, S. 669–707; Thomas Blanchet/Lucas Chancel/Amory Gethin, Why is Europe More Equal than the United States?, in: American Economic Journal: Applied Economics 2022 (i.E.).

**06** Vgl. Bartels (Anm. 5), S. 678, Abb. 2.

**07** Zu beachten ist, dass in diesen Anteil aufgrund der Konstruktion des Indikators als Aggregat aller von Männern und Frauen bezogenen Arbeitseinkommen sowohl ungleiche Entlohnung als auch ungleiche Erwerbsbeteiligung einfließen.

**08** Vgl. Henrik Kleven et al., Child Penalties across Countries: Evidence and Explanations, in: AEA Papers and Proceedings 109/2019, S. 122–126; Julia Schmieder/Katharina Wrohlich, Gender Pay Gap im europäischen Vergleich: Positiver Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und Lohnlücke, DIW Wochenbericht 9/2021, S. 141–147; Annekatrin Schrenker/Katharina Wrohlich, Gender Pay Gap ist in den letzten 30 Jahren fast nur bei Jüngeren gesunken, DIW Wochenbericht 9/2022, S. 149–154. Für eine allgemeine Diskussion der Muster und Ursachen ungleicher Lohneinkommen zwischen den Geschlechtern siehe Francine D. Blau/Lawrence M. Kahn, The Gender Wage Gap: Extent, Trends, and Explanations, in: Journal of Economic Literature 3/2017, S. 789–865; Sophie Ponthieux/Dominique Meurs, Gender In-

schen ost- und westdeutschen Haushalten immer noch deutliche Unterschiede bei Einkommen, Vermögen und Lebensstandard. Das verfügbare mittlere Einkommen in Ostdeutschland beträgt auch heute noch nur 85 Prozent des westdeutschen Durchschnitts,[09] das durchschnittliche Vermögen ostdeutscher Haushalte beträgt sogar weniger als 50 Prozent des westdeutschen Durchschnitts.[10] Ostdeutsche sind unter den Spitzenverdiener*innen nach wie vor unterrepräsentiert, da sie weiterhin oft wesentlich geringere Unternehmenseinkünfte erzielen als westdeutsche Unternehmer*innen.[11]

Hinsichtlich der Vermögenskonzentration hat sich Deutschland im Laufe des 20. Jahrhunderts von einem der relativ gleichsten europäischen Länder (für das uns Daten vorliegen) zum ungleichsten entwickelt. Heute besitzen die reichsten 1 Prozent in Deutschland fast 30 Prozent des gesamten Privatvermögens. Dieser Anteil ist etwas höher als in Frankreich, aber wesentlich niedriger als in den USA, wo die obersten 1 Prozent etwa 35 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Allerdings hat die Vermögensungleichheit im 20. Jahrhundert im Vergleich zum 19. Jahrhundert deutlich abgenommen: Während 1895 das reichste 1 Prozent der Deutschen etwa 50 Prozent des Vermögens besaß, hat sich dieser Anteil in den 1950er Jahren auf weniger als 25 Prozent halbiert. Seitdem ist der Anteil nur noch geringfügig gestiegen. Gleichwohl hat sich die Vermögensverteilung seit der Wiedervereinigung zunehmend polarisiert: Die wohlhabende Hälfte der Bevölkerung konnte ihr durchschnittliches Nettovermögen verdoppeln, und zwar durch Wertsteigerungen bei Unternehmensvermögen für die Reichsten und Wertsteigerungen bei Immobilien für die Mittelschicht. Das reale durchschnittliche Privatvermögen der ärmsten 50 Prozent stagnierte hingegen.[12]

Innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland zudem einer der größten $CO_2$-Emittenten: Während der durchschnittliche „Fußabdruck" in der EU 9,5 Tonnen $CO_2$ pro Kopf beträgt, liegt er in Deutschland bei über 11 Tonnen.

## UMVERTEILUNG DES WOHLSTANDS ALS INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

Der Aufstieg der modernen Wohlfahrtsstaaten im 20. Jahrhundert war mit enormen Fortschritten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Chancen für alle verbunden. Diese wurden jedoch nur durch die Einführung deutlich progressiver Steuersätze möglich. Ähnliche Investitionen und eine erhebliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen werden notwendig sein, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen.

Ungleichheit und Umverteilung waren schon immer das Resultat politischer Entscheidungen, und prinzipiell sind viele Maßnahmen für die Umverteilung des Wohlstands und für Investitionen in die Zukunft denkbar. Wir werden uns in unserem Ausblick auf drei beschränken.

Die Globalisierung ermöglicht es multinationalen Unternehmen, ihre Gewinne in Steuerparadiese zu verlagern und ihre Steuerlast zu senken. Etwa 36 Prozent der multinationalen Gewinne werden jedes Jahr in Steuerparadiese verlagert.[13] Gleichzeitig und teilweise als Reaktion auf die Gewinnverlagerungsmöglichkeiten haben viele Länder ihre Unternehmenssteuern gesenkt. Infolgedessen ist der weltweite durchschnittliche nominale Unternehmenssteuersatz zwischen 1985 und 2018 um mehr als die Hälfte gesunken, von 49 auf 24 Prozent. Dieser Unterbietungswettbewerb kann die Progressivität der nationalen Steuersysteme untergraben, da die Nutznießer*innen der Unternehmensgewinne in der Regel die Unternehmenseigentümer*innen und Aktionär*innen sind, die sich an der Spitze der Einkommensverteilung befinden. Um dieses Problem anzuge-

equality, in: Anthony Atkinson/Francois Bourguignon (Hrsg.), Handbook of Income Distribution, Vol. 2A, Amsterdam 2015, S. 981–1146.

**09** Vgl. Peter Krause, 30 Jahre seit dem Mauerfall: Fortschritte und Defizite bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland, DIW Wochenbericht 45/2019, S. 827–838.

**10** Vgl. Thilo Albers/Charlotte Bartels/Moritz Schularick, Wealth and Its Distribution in Germany 1895–2018, CESifo Working Paper Nr. 9739/2022.

**11** Vgl. Stefan Bach/Charlotte Bartels/Theresa Neef, When Capitalism Takes Over Socialism: The National Income Distribution in East and West Germany since 1992, unveröffentlichtes Manuskript 2022. Eine frühere Version des Artikels findet sich in: Raj Chetty et al. (Hrsg.), Measuring Distribution and Mobility of Income and Wealth, Chicago 2021, www.nber.org/system/files/chapters/c14457/c14457.pdf.

**12** Vgl. Albers/Bartels/Schularick (Anm. 10).

**13** Vgl. Thomas Tørsløv/Ludvig Wier/Gabriel Zucman: The Missing Profits of Nations, in: Review of Economic Studies 2022 (i. E.).

hen, haben sich im Juni 2021 mehr als 130 Länder, koordiniert durch das „Inclusive Framework" der OECD, darauf geeinigt, multinationale Gewinne mit einer Mindeststeuer von 15 Prozent zu belegen. Sollte eine globale Mindeststeuer in Kraft treten,[14] würde sie einige der extremsten Formen des Steuerwettbewerbs abschwächen, wie zum Beispiel die Tatsache, dass einige Länder Nullsteuersätze anbieten. Sie würde außerdem künstliche Gewinnverschiebungen verringern und könnte so erhebliche Staatseinnahmen schaffen.[15]

Darüber hinaus ist auch die Steuerhinterziehung durch vermögende Privatpersonen ein Problem für die Staatshaushalte, denn auch sie untergräbt die Progressivität der nationalen Steuersysteme. Finanzielle Intransparenz macht es wohlhabenden Steuerflüchtlingen leicht, ihr Vermögen in Treuhandgesellschaften, Stiftungen und Briefkastenfirmen zu verlagern.[16] Untersuchungen haben gezeigt, dass etwa 8 Prozent des weltweiten Finanzvermögens der privaten Haushalte oder das Äquivalent von 10 Prozent des globalen BIP in Steueroasen gehalten werden.[17] Die Steuereinnahmen, die auf diese Weise allein der EU entgehen, werden auf 50 bis über 100 Milliarden Euro jährlich geschätzt.[18]

Um der Steuerhinterziehung weltweit ein Ende zu setzen, ist die Schaffung umfassender finanzieller Transparenz durch ein globales Vermögensregister notwendig. Die ersten Bausteine für ein solches Register sind bereits vorhanden: Auf OECD-Ebene wurde mit dem „Common Reporting Standard" (CRS) die Grundlage für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzvermögen, vor allem Bankkonteninformationen, zwischen den Finanzbehörden geschaffen. Der CRS trat in den Jahren 2017 und 2018 in Kraft. Bis 2020 hatten sich mehr als 100 Länder diesem automatischen Informationsaustausch angeschlossen. Darüber hinaus mussten die EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen der EU-Geldwäscherichtlinie Transparenzregister einrichten, die Auskunft über die wirtschaftlichen Eigentümer von Unternehmen geben. Für den Aufbau eines umfassenden Registers zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung benötigen wir jedoch auch Informationen darüber, wer Anteile an Unternehmen, Immobilien oder Luxusgüter wie Yachten oder Kunstwerke besitzt. Informationen über Anleihen und Aktien werden von staatlichen und privaten „Zentralverwahrern" (etwa der Depository Trust Company in den USA oder Clearstream und Euroclear für in der EU ausgegebene Wertpapiere) erfasst, deren Zugang aber nicht immer kostenlos oder öffentlich ist. Informationen darüber, wer Eigentümer*in von Immobilien ist, werden in der Regel in nationalen Registern erfasst, ohne dass bisher ein systematischer grenzüberschreitender Informationsaustausch stattfindet.

Ein globales Vermögensregister könnte schließlich auch als Informationsgrundlage für die Einführung einer globalen Vermögenssteuer dienen. Angesichts der hohen Vermögenskonzentration können schon moderate progressive Steuern der öffentlichen Hand erhebliche Einnahmen generieren. Die erzielten Einnahmen könnten dann in Bildung, Gesundheit und die notwendige ökologische Transformation reinvestiert werden.

Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff.

**14** Die Umsetzung des Abkommens wird derzeit in den Ländern verhandelt. Allerdings gab es einige Rückschläge im Umsetzungsprozess in der EU und den USA. Zudem untergraben womöglich einige Details wie zum Beispiel ein aktivitätsbezogener Freibetrag („substance-based carve-out") oder der recht niedrige Steuersatz die Wirksamkeit des Abkommens.

**15** Vgl. Mona Baraké et al., Revenue Effects of the Global Minimum Tax: Country-by-Country Estimates, EU Tax Observatory, Note No. 2, Oktober 2021.

**16** Untersuchungen zeigen, dass die Offshore-Steuerflucht vor allem von Vermögenden begangen wird. Siehe Annette Alstadsæter/Niels Johannesen/Gabriel Zucman, Tax Evasion and Inequality, in: American Economic Review 6/2019, S. 2073–2103; John Guyton et al., Tax Evasion at the Top of the Income Distribution: Theory and Evidence, NBER Working Paper 28542/2021.

**17** Vgl. Annette Alstadsæter/Niels Johannesen/Gabriel Zucman, Who Owns the Wealth in Tax Havens? Macro Evidence and Implications for Global Inequality, in: Journal of Public Economics 162/2018, S. 89–100.

**18** Eine Zusammenfassung dieses Themas findet sich in der Literaturdatenbank des EU Tax Observatory unter www.taxobservatory.eu/repository/scale-of-tax-evasion-individuals.

THERESA NEEF
ist Osteuropa-Koordinatorin des Word Inequality Lab und Researcher am EU Tax Observatory an der Paris School of Economics (PSE). Sie promoviert an der Freien Universität Berlin.
theresa.neef@psemail.eu

LUCAS CHANCEL
ist Co-Direktor des World Inequality Lab an der Paris School of Economics (PSE) und Professor für Ökonomie an der Sciences Po in Paris.
lucas.chancel@psemail.eu

# UNGLEICHHEIT IN DER KLASSENGESELLSCHAFT

*Christoph Butterwegge*

Seit jeher umstritten ist die Frage, ob soziale Ungleichheit nur individuell erlebt beziehungsweise erlitten wird oder ob es sich dabei auch um ein systemisch bedingtes Kollektivschicksal handelt. Wäre das Erstere der Fall, könnte man das Verhalten der einzelnen Individuen für ihren sozialen Status verantwortlich machen und sie gegebenenfalls zu mehr Privatinitiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung aufrufen; ist jedoch Letzteres der Fall, sind Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen für den Zerfall der Gesellschaft in Großgruppen, Klassen oder Schichten ausschlaggebend.

Ob jemand einer bestimmten Klasse angehört, ist kein Zufall, sondern liegt in der ökonomischen Grundstruktur jener Gesellschaft begründet, der er angehört. Während eine (marxistische) Klassenanalyse die als Gesellschaftsklassen identifizierten Großgruppen der Bevölkerung eines Landes ihrer Stellung im ökonomischen Produktions- und Reproduktionsprozess entsprechend horizontal ordnet, konstruieren Schichtungstheorien eine Hierarchie von Sozialschichten. Wegen ihrer analog gewählten Schlüsselkategorie geht die Schichtungssoziologie wie die Geologie vor. Während diese Gesteinsformationen untersucht, deren übereinanderliegende Schichten sie freilegt, analysiert jene Sozialstrukturen, wobei eine soziale Rangordnung entsteht, die meist eine Unter-, Mittel- und Oberschicht umfasst.

Klassentheorien führen die soziale Ungleichheit auf das bestehende Wirtschafts- und/oder Gesellschaftssystem zurück, während Schichtkonzepte das Phänomen lediglich beschreiben. „Klassenkonzepte wollen das Zustandekommen sozialer Ungleichheit, kollektives Handeln und sozialen Wandel erklären, und nehmen dabei eine gesellschaftskritische Perspektive ein."[01] Letztere geht verloren, wenn man die Analyse der Sozialstruktur einer Gesellschaft auf individuelle Leistungsmerkmale wie den Beruf, das Einkommen oder den Bildungsgrad, auf Mentalitäten und auf subjektive Momente verkürzt, welche die Mitglieder von Großgruppen teilen.

Die sozioökonomische Ungleichheit der Gegenwart lässt sich nur verstehen unter Rückgriff auf die analytische Schlüsselkategorie der Klasse. Im Folgenden werden daher die einflussreichsten Klassentheorien – jene von Karl Marx und Friedrich Engels sowie jene von Max Weber als ihrem wohl prominentesten bürgerlichen Kritiker im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert – dargestellt, um ein theoretisches Gerüst für die Analyse der heutigen Ungleichheitsverhältnisse zu schaffen. Anschließend geht es um neuere Klassentheorien, mit deren Hilfe die jüngsten Veränderungen des Kapitalismus erfasst werden sollen.

## MARX'SCHE KLASSENTHEORIE

Marx und Engels behandelten das Thema „Ungleichheit" nicht als individuelles, sondern als strukturelles Problem und seine Ausprägungen als kollektives Schicksal, das sich in der Klassenstruktur einer Gesellschaft niederschlägt. Für sie repräsentierten soziale Klassen wie keine andere Großgruppe die Ungleichheit in einer Gesellschaft. Klassen und Schichten verkörpern quasi die sozioökonomischen Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft, ohne ein festgefügtes Kollektiv zu bilden, dessen personelle Zusammensetzung sich nie ändert. Mittels dieser Basiskategorie erschließt sich das kompliziertere Schichtgefüge, also die weitere Einteilung beziehungsweise Untergliederung der Gesellschaft in mehrere Bevölkerungsschichten.

Laut dem Jenaer Soziologen Klaus Dörre umfasst die Klassentheorie von Marx und Engels vier Essentials: „*Erstens* beansprucht sie, Ordnung in die chaotische Vielfalt sozialer Ungleichheiten zu bringen, indem sie in der ökonomischen Struktur des Kapitalismus verankerte, empirisch fassbare Klassenlagen beschreibt. *Zweitens* ist der Marxsche Klassenbegriff ein relationaler. Eine Klasse lässt sich nur in ihren Beziehungen zu anderen

Klassen definieren. (…) *Drittens* impliziert der Marxsche Klassenbegriff ein besonderes Herrschaftsverhältnis. Obwohl es formell auf Äquivalententausch beruht, bedarf das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis zu seiner Reproduktion zusätzlich außerökonomischer, staatlich-politischer Herrschaftsmittel. *Viertens* schließlich dient der Marxsche Klassenbegriff in seiner ursprünglichen Verwendung der Kritik von Klassenherrschaft und gegebenenfalls einer sozialen Mobilisierung zur Aufhebung eben dieser Herrschaft."[02] Als fünftes Element der Klassentheorie von Marx und Engels ließe sich folglich das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft bestimmen, in der sozioökonomische Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt wären.

Zwar berücksichtigte die Klassenanalyse von Marx und Engels nicht alle Verästelungen der Sozialstruktur, sie erhellte jedoch die historischen Entstehungszusammenhänge, ökonomischen Herrschaftsverhältnisse und politischen Machtstrukturen der bürgerlichen Gesellschaft. Klassen repräsentieren die Produktions-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse einer Gesellschaft, bilden aber nicht bloß deren Sozialstruktur ab, sondern bestimmen auch die Richtung und das Tempo des sozialen Wandels. Die soziale Ungleichheit beruht auf der ökonomischen Ungleichheit, welche sich in der Klassenspaltung manifestiert und die das politische Machtgefüge mit historisch kontingenten Brechungen reflektiert.[03]

Das kapitalistische Privateigentum entsteht durch (gewaltsame) Aneignung beziehungsweise durch Enteignung der Mehrwert produzierenden Lohnarbeiter/innen. Das bestehende Wirtschaftssystem basiert auf rechtlicher Gleichheit, aber eben auch auf sozioökonomischer Ungleichheit, die es ständig reproduziert. „Soziale Ungleichheit kann zwar mehr oder weniger stark ausgeprägt sein, sie bleibt aber Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise und sie ist zugleich ihr Ergebnis."[04]

Waren es früher Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Geselle, die sich unversöhnlich gegenüberstanden, so hatten sich die Klassengegensätze im bürgerlichen Zeitalter laut Marx und Engels weiter vereinfacht: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat."[05] Zu den Proletarier(inne)n zählten Marx und Engels auch Beschäftigte höherer Gehaltsstufen, die man heutzutage vermutlich der Mittelschicht zurechnen würde, wie ein weiteres Zitat aus dem Manifest zeigt: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt."[06]

Offenbar erwarteten Marx und Engels am Vorabend der französischen Februar- und der deutschen Märzrevolution 1848 eine weitere Verarmung der Proletarier, denn sie prognostizierten: „Der moderne Arbeiter (…) sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden."[07] Zwar kam es weder zu einer allgemeinen Pauperisierung des Proletariats, wie sie Marx und Engels mit der Konstruktion einer „Verelendungstheorie" unterstellt wurde – sieht man von den total verelendeten Arbeiter(inne)n des Globalen Südens ab –, noch zu einer Proletarisierung der Mittelschicht. Nur ein vulgärmarxistischer Geschichtsdeterminismus kann die Begründer des Marxismus jedoch so missdeuten, als ob kein Raum für eine alternative Sozialstrukturentwicklung geblieben wäre.

Der dritte und letzte Band von Marxens Hauptwerk „Das Kapital", den Friedrich Engels 1894 herausgab, endet mit einem unvollendet ge-

**01** Martin Groß, Klassen, Schichten, Mobilität. Eine Einführung, Wiesbaden 2015², S. 42.
**02** Klaus Dörre, Landnahme und soziale Klassen. Zur Relevanz sekundärer Ausbeutung, in: Hans-Günter Thien (Hrsg.), Klassen im Postfordismus, Münster 2011², S. 116 (Hervorh. im Original).
**03** Vgl. hierzu Christoph Butterwegge, Ungleichheit in der Klassengesellschaft, Köln 2021², S. 10ff.
**04** Sabine Nuss, Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums, Berlin 2019, S. 70.
**05** Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: dies., Werke (MEW), Bd. 4, Berlin (Ost) 1959, S. 463.
**06** Ebd., S. 465.
**07** Ebd., S. 473.

bliebenen 52. Kapitel, das den Titel „Die Klassen" trägt und bereits im ersten Absatz von Lohnarbeitern, Kapitalisten und Grundeigentümern als den „drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft" spricht.[08] Allerdings wies Marx darauf hin, dass sich diese Klassengliederung selbst in England, dem damals entwickeltsten Industriestaat überhaupt, (noch) nicht voll herausgebildet habe und dass es „Mittel- und Übergangsstufen" zwischen den Hauptklassen gebe.

Es scheint so, als hätten Marx und Engels die Begriffe „Klasse" und „Schicht" als Synonyme gebraucht. Vermieter, Einzelhändler, Pfandleiher und ähnliche Berufsgruppen, die den Lohn der Proletarier vereinnahmten, zählten sie zur Bourgeoisie, deren Kern die Industriellen bildeten. Kleinunternehmer, Mittelständler, Kaufleute, Rentiers, Handwerker und Bauern sanken der Tendenz nach zur Arbeiterklasse herab, die gewissermaßen als Sammelbecken aller Deklassierten fungierte: „So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung."[09] Die herrschende Bourgeoisie wiederum zerfiel in mehrere Kapitalfraktionen, etwa das Handels-, Manufaktur-, Industrie- und Bankkapital sowie die Finanzoligarchie, wie es eine selbstständige und eine lohnabhängige Mittelschicht und neben der Arbeiterklasse das Sub- beziehungsweise „Lumpenproletariat" der Obdachlosen, Bettler/innen und Vagabund(inn)en gab.

In der bürgerlichen Gesellschaft sah Marx eine soziale Polarisierung strukturell angelegt, bemerkte er doch, dass die Akkumulation von Kapital mit einer Akkumulation von Not und Elend verbunden war. Im ersten, 1867 erschienenen Band des „Kapitals" heißt es dazu: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf seiten der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert."[10] Zwar sind die katastrophalen Arbeitsbedingungen und sozialen Verwerfungen, unter denen die Proletarier/innen des frühen Industriezeitalters litten, nicht zuletzt aufgrund harter Kämpfe der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung heute zumindest hierzulande in den meisten Branchen und Betrieben überwunden, Ausbeutung und Unterdrückung von Lohnarbeiter(inne)n gibt es auf der Welt jedoch nach wie vor zuhauf.

## MAX WEBERS KLASSENBEGRIFF: MÄRKTE ALS QUELLE DER UNGLEICHHEIT?

„Klasse" nannte der Heidelberger Jurist, Historiker, Nationalökonom und Soziologe Max Weber in seinem 1922 posthum erschienenen Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft" eine Personengruppe, deren Mitglieder sich in einer gemeinsamen Klassenlage befinden. Darunter verstand er die typische Chance der Güterversorgung, der äußeren Lebensstellung beziehungsweise des inneren Lebensschicksals, welche aus Maß und Art der Verfügungsgewalt (oder des Fehlens einer solchen) über Güter oder Leistungsqualifikationen und aus der gegebenen Art ihrer Verwertbarkeit für die Erzielung von Einkommen oder Einkünften innerhalb einer gegebenen Wirtschaftsordnung folgt. „Wir wollen da von einer ‚Klasse' reden", schrieb Weber erläuternd, „wo 1. einer Mehrzahl von Menschen eine spezifische ursächliche Komponente ihrer Lebenschancen gemeinsam ist, soweit 2. diese Komponente lediglich durch ökonomische Güterbesitz- und Erwerbsinteressen und zwar 3. unter den Bedingungen des (Güter- oder Arbeits-)Markts dargestellt wird (‚Klassenlage')."[11]

Weber differenzierte zwischen „Erwerbsklassen", bei denen die Klassenlage in erster Linie durch die Chancen der Marktverwertung von Gütern oder Leistungen bestimmt wird, und „Besitzklassen", bei denen hauptsächlich Besitzunterschiede die Klassenlage bestimmen. Letztere unterteilte er noch einmal in „positiv privilegierte Besitzklassen", zum Beispiel Rentiers im weitesten Sinne (Sklaven-, Boden- und Bergwerksbesitzer, Aktionäre und Gläubiger), sowie in „negativ privilegierte Besitzklassen", etwa Leibeigene, Deklassierte, Verschuldete und Arme.[12]

Damit unterstellte Weber in Abgrenzung von Marx, dass Ungleichheit nicht durch die Ausbeu-

**08** Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3, in: MEW, Bd. 25, Berlin (Ost) 1964, S. 892.
**09** Marx/Engels (Anm. 5), S. 469.
**10** Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, Berlin (Ost) 1962[11], S. 675.
**11** Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft (Grundriß der Sozialökonomik, III. Abteilung), Tübingen 1922, S. 632.
**12** Vgl. ebd., S. 177 f.

tung von Lohnarbeiter(inne)n im Produktionsprozess, sondern erst durch die nachgelagerten Tauschvorgänge auf den Märkten entsteht. Webers theoretischer Ansatz versagt im Hinblick auf strukturell bedingte Abhängigkeitsverhältnisse: „Wenn individuelle Qualifikationen und persönliche Anstrengungen im freien Markt über die Klassenlage entscheiden, kann von Ausbeutung nicht mehr die Rede sein."[13] Dementsprechend gibt es Weber zufolge auch keine gemeinsamen ökonomischen Interessen einer (arbeitenden) Klasse.

Natürlich ist Besitz nicht gleich Besitz, Qualität und Quantität des Vermögens sind vielmehr von ausschlaggebender Bedeutung. Weber äußerte sich jedoch weder zur Art noch zur Höhe des Besitzes, der die Klassenlage bestimmt. Selbst wenn man von der Größe des Besitzes als einem wichtigen Kriterium absieht, ist es nicht gleichgültig, ob es sich um Geldvermögen (zum Beispiel Staatsanleihen und Kommunalobligationen), um Grundvermögen (etwa Ackerland) oder um Kapitalvermögen (Unternehmen beziehungsweise Unternehmensanteile) handelt. Kapitaleigentümer entscheiden nämlich über das Wohl und Wehe der Beschäftigten wie ihrer Familien, aber letzten Endes auch über die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft – selbst dann, wenn sie auf deren Geschicke nicht aktiv politisch Einfluss zu nehmen suchen. Auch dürfte die Abgrenzung zwischen „Besitz-" und „Erwerbsklassen" heute schwerer fallen als zu Webers Lebzeiten, weil hohe Erwerbseinkommen in Teilen der Mittelschicht häufiger mit Kapitaleigentum in gewissem Umfang einhergehen. Unterbelichtet blieb bei Weber die Binnengliederung der einzelnen Klassen, ebenso wie deren Stellung zueinander.

Als grundlegend für die Sozialstruktur erachtete Weber die Verteilung der Verfügungsgewalt über sächlichen Besitz innerhalb einer sich auf dem Finanz-, Güter- oder Arbeitsmarkt zum Zweck des Tausches begegnenden und miteinander konkurrierenden Menschengruppe. „Besitz" und „Besitzlosigkeit" bildeten für ihn die Extrempositionen sämtlicher Klassenlagen, sei es, dass diese im Preis- oder sei es, dass sie im Konkurrenzkampf wirksam würden. Da die Art der Chance auf dem Markt das Schicksal der Angehörigen einer Klasse determiniere, sei die Klassenlage letztlich identisch mit der Marktlage, so Weber.

Märkte erzeugen die Ungleichheit jedoch nicht, sondern machen sie nur deutlicher erkennbar. Auf ihnen agieren Wirtschaftssubjekte, deren Stellung im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozess letztlich für ihre Handlungsspielräume ausschlaggebend ist, mit unterschiedlicher Kaufkraft und unterschiedlichem Machtpotenzial als Nachfrager/innen und Anbieter/innen. Nicht erst der Arbeitsmarkt verurteilt den Paketzusteller, seinen Lebensunterhalt mit einem prekären Beschäftigungsverhältnis und einem skandalös niedrigen Lohn bestreiten zu müssen, sondern der Ausschluss von den Produktionsmitteln durch das kapitalistische Privateigentum bildet die eigentliche Quelle seiner Unterprivilegierung und Ausbeutung. Würde ihm der Lieferdienst gehören, für den er arbeitet, wäre auch seine geringe Qualifikation kein entscheidendes Handicap im Kampf um einen hohen sozialen Status. Dasselbe gilt für den Wohnungsmarkt, auf dem Mietwohnungen im Zeitalter des Finanzmarktkapitalismus von Spekulanten wie jede andere Ware be- und gehandelt werden.

## RÜCKKEHR DER KLASSEN IM FINANZMARKTKAPITALISMUS?

Eine kritische Gesellschaftstheorie, die auf der Höhe ihrer Zeit sein will, kommt nicht ohne den Klassen- und den Schichtbegriff aus. Der Münsteraner Soziologe Hans-Günter Thien hat 2014 die wichtigsten Veröffentlichungen zur Klassentheorie aus den vergangenen 50 Jahren gesichtet, ohne dabei allerdings auf einen Ansatz gestoßen zu sein, der die „Neuzusammensetzung" der arbeitenden Klasse – er nennt sie die Klasse der Lohnarbeiter/innen – und die Kräfteverschiebungen innerhalb der herrschenden Klasse überzeugend erfasst.[14] Thien stellen sich deshalb nach seiner umfangreichen Literaturrecherche mehr Fragen zur Sozialstrukturanalyse, als er zu beantworten vermag. Auch der Heidelberger Soziologe Thomas Schwinn konstatiert Mitte der 2000er Jahre in seinem Einführungsband zu diesem Themenkreis, die Theorie sozialer Ungleichheit habe „seit den Klassikern der Soziologie keine großen Fortschritte zu verzeichnen".[15]

In der Fachdiskussion nach dem Zweiten Weltkrieg spielte die Klassenstruktur praktisch keine Rolle mehr. „Allgemein gab es in der deutschen Soziologie, ganz anders als in der an-

**13** Groß (Anm. 1), S. 32.

**14** Vgl. Hans-Günter Thien, Klassentheorien – die letzten 50 Jahre, in: Prokla 175/2014, S. 163–190.

**15** Thomas Schwinn, Soziale Ungleichheit, Bielefeld 2007, S. 5.

gelsächsischen, im 20. Jahrhundert einen ausgeprägten Hang, soziologische Totenreden auf die Klassengesellschaft zu halten – als ob Klassen verschwinden würden, wenn man sich von diesem Begriff verabschiedete."[16] Weder die überwiegend systemkonforme – um nicht zu sagen: konformistische – Soziologie noch die auf den Markt als vermeintlich idealen gesellschaftlichen Regulierungsmechanismus fixierte Ökonomie in (West-)Deutschland waren für das Problem der wachsenden Ungleichheit besonders sensibel.[17]

Mit dem Untergang des „real existierenden" Sozialismus hat der Marxismus weiter an Bedeutung eingebüßt. Nachdem die Berliner Mauer im November 1989 gefallen, der Warschauer Pakt im Frühsommer 1991 aufgelöst und die Sowjetunion im Dezember 1991 untergegangen war, galt die Klassenanalyse zumindest in den hoch entwickelten Staaten Westeuropas, Nordamerikas und Südostasiens als nicht mehr zeitgemäß. Dabei trugen diese Ereignisse von historischer Bedeutung wesentlich dazu bei, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den entwickeltsten Gesellschaften des Globalen Nordens weiter vertiefte.

Erst im Gefolge der globalen Finanzkrise ab 2007/08 wurden Stimmen laut, die dafür plädierten, zumindest Marxens Krisentheorie und Klassenanalyse von dem totalen Ideologieverdikt auszunehmen, das linkes Denken getroffen hatte. Was vielen Beobachter(inne)n als Wiederkehr vermeintlich längst überholter Gesellschaftsstrukturen erschien, ließ allerdings nur deutlicher hervortreten, dass sich diese nie grundlegend gewandelt hatten. Der Bremer Soziologe Olaf Groh-Samberg stellte daher zu Recht fest: „Nach wie vor ist die soziale Klassenzugehörigkeit eine der prägendsten Determinanten der sozialen Ungleichheit von Lebenschancen."[18]

## DIE BUNDESREPUBLIK – EINE „ABSTIEGSGESELLSCHAFT"?

In der jüngsten Vergangenheit erregte das Thema der wachsenden Ungleichheit in Deutschland durch Oliver Nachtweys Buch „Die Abstiegsgesellschaft" wieder ein höheres Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit. Seine umstrittene Kernthese besagt, dass die Bundesrepublik in der „regressiven Moderne" von einer „Gesellschaft des Aufstiegs und der sozialen Integration" zu einer „Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der Prekarität und Polarisierung" geworden sei.[19] Den gesellschaftlichen Niedergang belegte Nachtwey allerdings nur partiell, etwa durch den Hinweis auf einen mit dem Dienstleistungsbereich wachsenden Niedriglohnsektor. Die Erklärung der Bundesrepublik zur „Abstiegsgesellschaft" führt jedoch schon deshalb in die Irre, weil Deutschland nach dem Krisenjahr 2009, das mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,7 Prozent endete, zehn Jahre lang wirtschaftlich florierte und selbst in der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Rezession nur einzelne Bevölkerungsgruppen vom sozialen Abstieg betroffen oder bedroht waren.

Das für die junge Bundesrepublik konstitutive Versprechen, dass mit einem sozialen Aufstieg und materiellem Wohlstand bis an sein Lebensende belohnt wird, wer sich anstrengt, fleißig ist und etwas leistet, gilt zwar längst nicht mehr, wenn man sich darauf überhaupt je berufen konnte. Obwohl der soziale Abstieg häufiger und der Aufstieg von ganz unten schwerer geworden ist, fällt Letzterer aber häufig steiler aus als früher, wenn man etwa an erfolgreiche Start-up-Unternehmer in der digitalen Plattformökonomie denkt. „Abstiegsgesellschaften" sind höchstens Burkina Faso, Bangladesch und Burundi, nicht aber die Bundesrepublik Deutschland. Denn diese fallen als ganze Volkswirtschaften immer weiter hinter entwickelte Staaten des Globalen Nordens zurück.

Hans-Günter Thien kritisiert, dass Nachtwey eine Bestimmung der Klassenstruktur des Gegenwartskapitalismus schuldig bleibe, die „eigentümliche Melange" von Klassen und Schichten, die er den Leser(inne)n zumute, sowie das „arge Durcheinander zwischen den Begriffen Klasse und Schicht" im Hinblick auf die gesellschaftliche Mitte: „Letztendlich bleibt völlig unklar, um wen es sich denn bei dieser ‚Mitte' handelt; noch unklarer bleibt, ob die gleichfalls immer wieder für die offensichtlichen Veränderungen der Wirtschaft angesprochenen Transnationalisierungs-

**16** Oliver Nachtwey, Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016, S. 33.

**17** Vgl. hierzu Christoph Butterwegge, Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, Weinheim–Basel 2020², S. 63 ff.

**18** Olaf Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden 2009, S. 203.

**19** Nachtwey (Anm. 16), S. 8.

und Digitalisierungsprozesse Auswirkungen auf jene Mitte haben."[20]

Oliver Nachtwey hat das von seinem verstorbenen Münchner Fachkollegen Ulrich Beck eingeführte Bild des Fahrstuhls aufgegriffen, in dem Klassen und Schichten gemeinsam nach oben oder unten fahren.[21] Bis in die 1980er Jahre hinein seien Ungleichheiten zwar bestehen geblieben, Arm und Reich jedoch gemeinsam nach oben gefahren, meint Nachtwey, weshalb die sozialen Unterschiede an Bedeutung verloren hätten.[22] So wenig alle Gesellschaftsmitglieder, unabhängig von ihrer Klassen- und Schichtzugehörigkeit, „im selben Boot" sitzen, so wenig benutzen sie jedoch gemeinsam einen Aufzug. Denn ihre materiellen Interessen stimmen grundsätzlich nicht überein, sind vielmehr unterschiedlich, zum Teil sogar gegensätzlich. Während der Fahrt verharren alle Insassen eines Aufzuges unabhängig davon, ob sich dieser nach oben oder nach unten bewegt, auf derselben Ebene. Hingegen bleibt der soziale Abstand zwischen Kapitaleigentümern und lohnabhängig Beschäftigen nie konstant, sondern ändert sich ständig.

Treffender ließe sich von einem sozialen Paternostereffekt sprechen: Armut und Reichtum sind im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem strukturell miteinander verzahnt, weshalb zur selben Zeit, in der bestimmte Personen(gruppen) nach oben fahren, andere nach unten gelangen. Bei genauerem Hinsehen hinkt jedoch auch dieser Vergleich, weil eine Kabine nach dem Wendemanöver im Keller die Richtung ändert und ihre Passagiere automatisch wieder nach oben befördert, während Armen der Wiederaufstieg nur selten gelingt, und weil die Fahrt nach oben die Benutzer/innen des Paternosters keine Mühe kostet, was für Arme ebenfalls nicht gilt.

## „GESELLSCHAFT DER SINGULARITÄTEN"?

Der in Berlin lehrende Soziologe Andreas Reckwitz hält die „Kulturalisierung und Singularisierung des Sozialen in der Spätmoderne" für den Beginn einer „neuen Klassengesellschaft", die sich jedoch anders zusammensetze als die vergangene, die mit der industriellen Moderne verschwunden sei.[23] Zwar sei die globale Ökonomie der Spätmoderne, wie Reckwitz sie nennt, eine im Kern weiterhin kapitalistische. Es handle sich heute aber um einen „postindustriellen" und „kognitiv-kulturellen" Kapitalismus, auf dessen Märkten nur erfolgreich sei, was über seine Funktion hinaus einen symbolischen Wert habe. Kognitiv sei diese Ökonomie, weil immaterielles Kapital, das heißt Urheberrechte, Patente, Netzwerke, Datenbestände und anderes mehr, durch Wissensarbeit komplettiert werde. „Kulturell ist dieser Kapitalismus, weil unter den kognitiven Gütern jenen ein besonderer Stellenwert zukommt, die weniger funktionale Nützlichkeitsgüter sind, sondern von denen die Konsumenten einen kulturellen Wert und kulturelle Einzigartigkeit (Singularität) erwarten: von der Erlebnisreise über die Netflix-Serie und die Markenkleidung bis hin zur Bioernährung und zur Wohnung in ausgesuchter Lage."[24]

Reckwitz spricht von einer „Gesellschaft der Singularitäten", manche der von ihm als neu benannten Entwicklungstendenzen sind allerdings uralt. Das gilt beispielsweise für den Umstand, dass Immobilien in einer außergewöhnlich attraktiven Lage sehr begehrt sind und exorbitant hohe Preise erzielen genauso wie für die von ihm als weiterer Beleg angeführte Tatsache, dass mit Nike-Sportschuhen überteuerte Prestigeprodukte gekauft werden. Um ihren Sonderstatus zu demonstrieren, haben Menschen, die es sich leisten konnten, immer schon auf ostentativen Konsum gesetzt. Rolex (Luxusuhren) und Rolls-Royce (Nobelautomobile) gibt es seit dem Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts, und auch die beiden Modemarken Chanel und Gucci sind nicht viel jünger. Schon erheblich länger träumen Philatelist(inn)en aus aller Welt von der Blauen Mauritius – nicht etwa, weil diese Briefmarke einer britischen Kolonie besonders schön wäre, sondern ausschließlich deshalb, weil sie eine Rarität und berühmt ist wie keine zweite, ohne dass in diesem Zusammenhang bisher jemand vom „Singularitätskapital" gesprochen hätte, wie es Reckwitz tut.

Von der marxistischen Klassentheorie distanziert sich Reckwitz ebenso wie von „Einseitigkei-

**20** Hans-Günter Thien, Nachwort 2018: Notizen zur neueren Diskussion, in: ders., Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland, Münster 2018², S. 209–230, hier S. 213.
**21** Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 122ff.
**22** Vgl. Nachtwey (Anm. 16), S. 126.
**23** Vgl. Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017, S. 175.
**24** Ders., Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin 2020⁴, S. 141.

ten“ der Lebensstil- und Milieuforschung, indem er die Relevanz spezifischer kultureller Lebensformen für die Konstitution von sozialen Klassen stärker akzentuiert, ohne die Bedeutung der ungleichen Ressourcenverteilung völlig zu leugnen: „Klassen sind mehr als sozialstatistische Einkommensschichten und auch mehr als alltägliche Lebensstile. Klassen sind kulturelle, ökonomische und politische Gebilde *zugleich*. Als Klasse teilt eine Gruppe von Individuen eine gemeinsame Lebensführung samt den entsprechenden Lebensmaximen, Alltagsvorstellungen und Praktiken.“[25]

Etwas anderes haben weder Marx noch Engels behauptet. Zwischen ihnen und Reckwitz ist jedoch die Reihen- beziehungsweise Rangfolge zwischen der sozioökonomischen, der politischen und der kulturellen Dimension des Klassenbegriffs strittig. Und an dieser zentralen Stelle irrt Reckwitz gründlich. Einen berühmten Satz aus der „Dreigroschenoper“ von Bertolt Brecht abwandelnd, kann man nämlich formulieren: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Kultur. Das gilt für die Menschheitsgeschichte ebenso wie für die Biografie jedes einzelnen Individuums. Sobald die materiellen Existenzgrundlagen der Menschen gesichert und damit die Voraussetzungen für eine halbwegs angstfreie Betätigung auf geistigem Gebiet entstanden sind, gewinnt die Kultur zwar enorm an Bedeutung für ihr Leben, sie bleibt aber weiterhin von diesen Grundlagen abhängig. Das mussten Kreative, Künstler/innen und Kulturschaffende zuletzt während der Coronakrise leidvoll erfahren: Als viele ihrer Aufträge oder Auftritte storniert wurden, stand die Sicherung der nackten Existenz für alle Betroffenen im Vordergrund ihres Tuns.[26]

**25** Ebd., S. 67 f. (Hervorh. im Original).
**26** Vgl. hierzu Christoph Butterwegge, Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona, Weinheim–Basel 2022, S. 119 ff.

CHRISTOPH BUTTERWEGGE
ist Sozialwissenschaftler und Ungleichheitsforscher. Bis 2016 war er Professor für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften der Universität zu Köln.
www.christophbutterwegge.de

APuZ EDITION

Zum Wieder- und Weiterlesen

*2022*
Bestell-Nr. 10799

*2021*
Bestell-Nr. 10751

*2021*
Bestell-Nr. 10714

*2020*
Bestell-Nr. 10497

Hier bestellen
oder kostenfrei herunterladen

bpb.de/shop

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. September 2022

REDAKTION
Anne-Sophie Friedel
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
Stefan Schult (Praktikant)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT
Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ
le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT
Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X

Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.

bpb:

APuZ

Nächste Ausgabe
39/2022, 26. September 2022

KUBA

bpb:

APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz